

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

15. AUG. 1985
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK-II

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt, August 1985

Einzelheft 4,- DM

XXV. Jahrgang

D 3476 E

8/85

Genau 211,7 Milliarden DM hat diese Bonner Wenderegierung in drei großangelegten Sozialamputationen den Lohnabhängigen aus der Tasche gezogen. Massenarbeitslosigkeit nahe der 3-Millionen-Grenze benutzt sie als ein willkommenes Druckmittel gegen gewerkschaftliche Rechte. Dagegen ist Widerstand geboten. Der DGB-Bundesvorstand hat deshalb zu einer Aktionswoche vom 14. bis 20. Oktober aufgerufen. Deren Ziel kann es nur sein, dem sozialreaktionären Abbaukurs Einhalt zu gebieten, ja das verlorene soziale Terrain wiederzugewinnen.

Die drei Leitthemen „Arbeit für alle“, „Stopp dem Sozialabbau“ und „Verteidigt die Arbeitnehmerrechte“ markieren zugleich die zentralen Widerstandsfelder. Um die Oktoberwoche zu einem Höhepunkt gewerkschaftlicher Aktivitäten werden zu lassen, planen die DGB-Landesbezirke, aber auch die Einzelgewerkschaften bereits ab Mitte September eine umfangreiche öffentliche Aufklärungskampagne. So werden die DGB-Kreise angehalten, in Flugblattaktionen vor Betrieben und Verwaltungen, mit Informationsständen und Gesprächen mit zuständigen Abgeordneten die Probleme und Forderungen der abhängig Beschäftigten aufzuzeigen. Auch die Kreisdelegiertenversammlungen des DGB, die satzungsgemäß im September und Oktober durchgeführt werden, rücken die Sozialpolitik und die Angriffe auf Gewerkschaftsrechte in den Mittelpunkt. Der „Sozialstaat und seine Opfer“ – so lautet beispielsweise eine Konferenz, die der Frankfurter DGB vorhat, um Betroffene selbst schildern zu lassen, wie der Sozialabbau doppelt und dreifach die Arbeitnehmerhaushalte beutelt. In der Aktionswoche selbst, so überlegt man bei der IG Metall, sollen die speziellen Probleme einzelner Beschäftigtengruppen wie der Jugendlichen oder Frauen, vor allem aber auch der Arbeitslosen in den Mittelpunkt gerückt

Aktionswoche des Widerstands vorbereiten

werden. Als Höhepunkt des gewerkschaftlichen Protestes werden die regionalen Großdemonstrationen und Abschlußkundgebungen vorbereitet. Streikbare Interessenvertretung wäre demnach angesagt. Und genau sie ist es auch, die die Gewerkschaften aus dem „schweren Wetter“ herausführen kann, in das der DGB-Vorsitzende sie geraten sieht.

Während nun aber die Mitglieder und Funktionäre bereits mit der Vorbereitung der Aktionswoche begonnen haben, trafen sich Ende Juli Vertreter der Gewerkschaften und der Bundesregierung. Dabei wurde eine faktische Neuauflage der konzertierten Aktion für September vereinbart. Die FAZ feiert bereits heute diese Zusage als eine „goldene Fessel“ der Sozialpartnerschaft, die sich der DGB angelegt habe – gerade im Hinblick auf die Aktionswoche. Fesseln aber, auch wenn sie vergoldet sind, lähmen die Bewegungsfreiheit. Ist sich der DGB-Bundesvorstand eigentlich über die verheerenden Auswirkungen auf seine Glaubwürdigkeit im klaren? Gerade damit sich die Blütenträume der Unternehmer/Regierung-Koalition von gefesselten Gewerkschaften nicht erfüllen, sollte die Aktionswoche um so intensiver vorbereitet und durchgeführt werden – und zwar als Auftakt für eine breite soziale Bewegung, die eine Änderung der Regierungspolitik erzwingt. reb

Aus dem Inhalt:

- Brauchen die Gewerkschaften wirklich keine andere Regierung? 3
- Für nächste Tarifrunde gewinnt Konzept der IG Metall Konturen 4
- Im hessischen Kfz-Handwerk gelang Durchbruch zur 38,5-Stunden-Woche / Interview mit Günter Schwarz, Bezirkssekretär der IG Metall 5
- Traum des BDI von Kinderarbeit, Sklaven und 16-Stunden-Tag? 7
- Dem Bundespostminister Übernahmeerklärung abgerungen Interview mit Rolf Büttner, Bundesjugendsekretär der DPG 11
- ... die im Dunkeln sieht man nicht Strategien gegen die „Neue Armut“ 12

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION:

- DGB-Bundesvorstand: Erklärung zu SDI und Aufruf zum Antikriegstag
- Hans Preiss: 40 Jahre danach und kein bißchen weise
- Franz Steinkühler: Nicht Befreiung von, sondern in der Arbeit 13 – 24
- Großbürgerliche Presse stimmt Ereiferungen Niggemeiers zu 25
- Zum BetrVG die erste Lesung: Niedriges Motiv hinter hohlem Pathos 29
- Möglichkeiten der Einigungsstelle werden oft nicht voll genutzt 30
- Hinterbliebenenrente à la Blüm – eine Reform mit Haken und Ösen 32
- Gewerkschaften aus Ost und West gegen Weltraummilitarisierung 34

„Zusammenarbeit“ klingt besser als das häßliche Wort „Verzicht“

Wenn man dem Bundeskanzler und dem Arbeitgeberpräsidenten, Kohl und Esser, glauben darf, dann beginnt ab dem 5. September 1985 eine neue Wende – die zum Besseren: Die Arbeitslosigkeit wird überwunden, der Sozialabbau beendet und zurückgenommen, das Betriebsverfassungsgesetz nicht verschlechtert, sondern um wirksame Mitbestimmungsrechte erweitert usw. Denn das alles können Regierungen und Unternehmer, ohne daß sie mit dem DGB gemeinsam am runden Tisch sitzen, gar nicht machen. Ja, sie wissen nicht einmal, was der DGB fordert und politisch für falsch hält, denn es fehlte bislang diese Gemeinsamkeit. – Soll man das glauben?

Man muß kein Prophet sein; es genügt, die Klasseninteressen und die Triebkräfte wirtschaftlichen und politischen Handelns in dieser Gesellschaft zu kennen, um vorhersagen zu können: Nichts wird sich mit dem Spitzengespräch zwischen Regierung, Unternehmern und DGB am 5. September ändern. Die notwendigen Worte und Argumente sind längst alle ausgetauscht. Die „andere Seite“ weiß auch ohne Rund-Tisch-Gespräche, was die Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiterschaft fordern und für unabdingbar halten.

Nach zehn Jahren wirtschaftlicher Instabilität, Massenarbeitslosigkeit ohne Aussicht auf ein Ende, Sozialabbau und um sich greifender Armut ist jedoch der Punkt gekommen, an dem die maßgeblichen Repräsentanten eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, das solche Entwicklungen zwangsläufig hervorbringt, im Interesse der Sicherung und Fortsetzung der eingeschlagenen politischen Haupttrichtung optische, hoffnungswenkende Manöver für notwendig halten. Darum ihr Appell an die Gewerkschaften zum „gemeinsamen Handeln“ gegen Arbeitslosigkeit. Man muß aber auch sehen, daß solche Appelle allen jenen im DGB entgegenkommen, die zur „Marktwirtschaft“ mit allen ihren Folgen ohnehin keine tiefgreifende Alternative sehen oder wollen und darum nach „partnerschaftlichen“ Lösungen suchen, die wiederum nicht ohne Verzicht auf gewerkschaftliche Positionen und Forderungen zu haben sind.

Es war genau richtig, daß der DGB-Bundesvorstand in der Juni-Sitzung die Oktober-Aktionen gegen Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Demontage von Gewerkschaftsrechten beschloß. Denn diese Politik basiert auf der Interessenlage der Konzerne und des Besitzbürgertums. Dagegen kommt man nicht mit „besseren Argumenten“ an, die vom Tisch gewischt werden, sondern nur mit aktiver Gegenwehr der Betroffenen. „Die Aktionen sind besonders wichtig“, sagte am 27. Juli in einem Interview Siegfried Bleicher vom DGB-Bundesvorstand. „Wenn der Kanzler merkt, daß ihm die Arbeitnehmer nicht nur bei Landtagswahlen davonlaufen, dann wird er vielleicht eher reagieren als auf Spitzengespräche.“

Insofern war das Spitzentreffen am 23. Juli zwischen Regierung und DGB-Bundesvorstand und die Vereinbarung des Dreier-Gesprächs am 5. September ein offensichtlich zugeständnis an die Ideologie und Verfechter der Sozialpartnerschaft. Schon dieses Treffen, wie übrigens alle Be-

GLOSSE

Belehrung

Manche Politiker, obwohl sehr lange „im Geschäft“, scheinen gelegentlich den Blick dafür zu verlieren, daß nicht sie, sondern andere in dieser Flick-Horten-Pharma-Republik die wirklich Mächtigen sind. Und so riskieren sie schon mal 'ne dicke Lippe, als hätten sie was zu sagen.

Etwa Heiner Geißler, Familienminister und CDU-Generalsekretär. Nicht, daß er ein kleines Licht wäre in der Partei. Aber eben in der Partei! Unter denen, die alle nicht die wirklich Mächtigen im Lande sind und die alle nicht das letzte Wort haben, ist er ziemlich mächtig und hat er viel zu sagen.

Aber da passierte es ihm am 17. Juli vor der Presse in Bonn, daß er die Kritik an seinem Gesetzentwurf für einen Erziehungsurlaub als „Rückfall in den Manchesters-Liberalismus“ bezeichnete. Recht hat er ja. Doch da haben sie ihn auf dem falschen Bein erwischt, und es half ihm nicht, ansonsten ein so getreuer Paladin zu sein: Diejenigen, die sich „die Wirtschaft“ nennen, verwahrten sich „mit aller Entschiedenheit gegen die Verunglimpfung der Arbeitgeber“ durch Geißler. So die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. Von einem solchen Minister brauche „die Wirtschaft auch keine Belehrungen über die soziale Marktwirtschaft“.

Den Rüssel wird er sich hinter den Spiegel stecken und durch Dutzende Ausfälle gegen Gewerkschaften und Demokraten wettmachen müssen. Sonst brauchen die wirklich Mächtigen nicht nur keine Belehrungen, sondern auch keinen Geißler mehr.

gegnungen Kohl/Breit zuvor – machte die solchen Veranstaltungen innewohnende Ergebnislosigkeit deutlich. Jene „Ergebnisse“ der nach dem Januar-Treffen eingerichteten sechs Arbeitsgruppen, die man in der gemeinsamen Erklärung hervorhob, betreffen ohnehin bekannte Standpunkte bzw. Vorhaben, die nicht erst der Wende-regierung abgerungen werden mußten.

Keine „Ergebnisse“ gab es indessen bei den Hauptanliegen des DGB, die zugleich die Kernbereiche der Politik der reaktionären Wende sind: Die Untätigkeit gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau sowie Aushöhlung demokratischer Rechte der Betriebsräte und Gewerkschaften. Die Forderung des DGB nach einem 50-Milliarden-Beschäftigungsprogramm wurde nicht akzeptiert; auch wurde kein Kurswechsel bei der Sozialdemontage in Aussicht gestellt. Ebenso kann nicht die Rede sein von der Annullierung der Pläne zur Verschlechterung der Betriebsverfassung oder zur Änderung des § 116 AFG, womit der Anspruch auf Kurzarbeitergeld für mittelbar von Arbeitskämpfen betroffene Arbeitnehmer gestrichen werden soll.

Ernst Breit sagte nach dem Gespräch selbst, daß er bei Fortsetzung des von der Bundesregierung eingeschlagenen Kurses keine Aussicht auf beschäftigungs- und sozialpolitische Erfolge sieht. Er kündigte an, daß die Herbstaktionen wie geplant durchgeführt werden sollen.

In den Gewerkschaften muß man sich klar darüber sein, daß die Unternehmer und ihre politischen Vertreter die für den 5. September anberaumte neue Form der „konzertierten Aktion“ brauchen, um sie noch stärker öffentlichem Druck auszusetzen, der sie unfähig machen soll, Arbeitnehmerinteressen wirksam zu verteidigen. Auf der anderen Seite des Tisches wird die sattsam bekannte Koalition von Kabinett und Kapital sitzen, alle diejenigen, die das Sozial- und Tarifvertragssystem revidieren und den Arbeitnehmer für die neuen Bedürfnisse kapitalistischer Profitwirtschaft „flexibilisieren“ wollen, wie Esser von der BDA und Langmann vom BDI. Da werden Kohl, Blüm und andere Wendeminister sitzen, auch Zimmermann, der gegenwärtig gegen das Land Hessen klagt, um demokratische Verbesserungen des dortigen Personalvertretungsgesetzes zu Fall zu bringen.

Hätten sie die Absicht, gewerkschaftliche Forderungen zu verwirklichen, könnten sie dies jederzeit tun. Aber sie brauchen die „konzertierte Aktion“, um nicht ihrerseits Zugeständnisse an die Gewerkschaften zu machen, sondern diese sollen von ihren Positionen heruntergebracht werden.

Ein Schlaglicht auf diese Absicht zeigen die nach dem Gespräch am 23. Juli von der Wende-regierung gestarteten neuen Provokationen. Im Hinblick darauf mehrten sich in den Gewerkschaften Forderungen nach Verzicht auf das für den 5. September angesetzte Spitzengespräch. Statt dessen sollte der DGB seine Positionen dadurch nachdrücklich stärken, daß er die Vorbereitungen für die Protestaktionen im Oktober zügig vorantreibt. Gerd Siebert

Brauchen die Gewerkschaften wirklich keine andere Regierung?

Gustav Fehrenbach, stellvertretender Vorsitzender des DGB, stellte im Hinblick auf die vom 14. bis 20. Oktober stattfindende Aktionswoche fest, und hier wird ihm sicherlich kein Gewerkschafter widersprechen: „Die Gewerkschaften machen keine Parteipolitik, aber sie ergreifen Partei im Interesse der Arbeitnehmer.“ Er, der Mitglied der CDU ist, fügte dann allerdings hinzu: „Die Gewerkschaften wollen keine andere Regierung, aber sie wollen eine andere Politik.“ Dieser Satz findet sich seitdem immer wieder in den Reden unzähliger Gewerkschaftsfunktionäre.

DAS ARGUMENT

Siegfried Bleicher, Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, sagte: Obwohl die Bundesregierung eine Politik des Abbaus sozialer Leistungen und der Beseitigung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten betreibt, sei es nicht Aufgabe des DGB, an der Demontage einer Regierung mitzuwirken. Nur der Wähler habe in einer Demokratie Anspruch, über Wahlergebnisse eine Veränderung politischer Mehrheits- und Machtverhältnisse herbeizuführen. Julius Lehlbach, DGB-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz, meinte: „Der DGB will keine andere Regierung. Dies ist Sache des Wählers. Der DGB will von dieser Regierung eine andere Politik, die den Ansprüchen des sozialen Rechtsstaates gerecht wird und nicht zu seiner Zerstörung treibt.“ Ernst Eisenmann, Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, sagte am 28. Juni auf der Bezirkskonferenz in Balingen fast wörtlich dasselbe. Als der 1. Bevollmächtigte der IG Metall in Waiblingen, Hein Bormann, dieser These entschieden widersprach, meinte Franz Steinkühler, daß es falsch sei, eine andere Regierung zu fordern. „Wir brauchen“, sagte er, „eine andere Politik. Die Wähler sind dazu da, die Regierung auszuwechseln. Ihr müßt dies als dialektischen Prozeß betrachten. Wenn wir in der Lage sind, die Politik zu ändern, dann wird sich auch die Regierung geändert haben, weil das eine von dem anderen nicht zu trennen ist.“

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Gewerkschaftsfunktionäre der politischen Situation unseres Landes in einigen Fragen recht hilflos gegenüberstehen und zu einer Argumentation Zuflucht nehmen, die einer ernsthaften Prüfung nicht standhält. Zu fragen ist schlichtweg, ob sie sich nicht ein X für ein U vormachen? Franz Steinkühler selbst hat doch am 29. Juni in seiner Rede in Balingen völlig zutreffend darauf verwiesen, daß man bei der Analyse der „Wende“ viel zu kurz greifen würde, wenn sie ausschließlich mit dem sogenannten Machtwechsel von der sozial-liberalen zur konservativ-liberalen Koalition und mit der Politik dieser Regierung seit dem Oktober gleichgesetzt würde. Um diese Politik richtig zu werten, sei es notwendig, daß die Gewerkschaften diese als Element einer sehr viel weitergreifenden Strategie betrachteten, die die Reorganisation der Kapitalverwertungsbedingungen, die damit verbundenen neuen sozialen Prozesse vorantreibt – und die gleichzeitig darauf abziele, jene Machtposition, die die Gewerkschaften in Jahrzehnten aufbauten, zu brechen. Dem ist sicherlich nichts hinzuzufügen.

Diese Regierung erfüllt einen Auftrag des Kapitals. Von ihr daher zu erwarten, daß sie eine Politik im Interesse des kleinen Mannes betreiben könnte, wäre eine furchtbare Illusion. Mit einer anderen Regierung, folglich einer SPD-geführten, könnte der Bewegungsspielraum der Gewerkschaften erweitert und deren Kampfbedingungen verbessert werden. Aber, und das zeigt die Erfahrung mit der Endphase der sozial-liberalen Koalition, ohne ständigen Druck der Gewerkschaften auf eine solche Regierung würde die Möglichkeit nicht zur Wirklichkeit werden.

Auch auf die nächsten Wahlen zu hoffen, wäre illusionär, denn zum einen wurde die Regierung Schmidt nicht durch die Wähler gestürzt. Im Hintergrund standen gewichtige Kapitalinteressen. Und zum anderen werden Wahlen in unserem Land nach wie vor durch Unternehmermillionen finanziert. Der Flick-Skandal (z. B. wg. Kohl) sollte doch den Blick für die gesellschaftspolitischen Realitäten geöffnet haben.

Aber auch ein für die Arbeiter, Angestellten und Beamten positiver Wahlausgang fällt nicht vom Himmel. Deshalb ist nicht ein Warten auf die nächsten Bundestagswahlen, sondern sind heutige Aktivitäten gefragt. Wer daher die Politik ändern will, der kommt nicht umhin, dafür zu wirken, daß diese Wende-Regierung verschwindet. Dies muß auch völlig unmißverständlich gesagt werden, denn die Wähler müssen schließlich wissen, was die Gewerkschaften wirklich wollen.

Heinz Schäfer

Partnerschaft

Eine nicht alltägliche Gesprächsrunde hatte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung Ende Juni im noblen Insel-Hotel in Konstanz zusammengebracht. Das Thema: Soziale Marktwirtschaft und Mitbestimmung. Handelnde Personen: Berthold Keller, Vorsitzender der GTB; Ernst Breit, Vorsitzender des DGB; Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA); Wolfgang Vogt, CDU, Parlamentarischer Staatssekretär bei Minister Blüm; Irmgard Adam-Schwaetzer, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der FDP; Anke Fuchs, Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD; Adolf Müller-Remscheid, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Zuhörer: gewerkschaftliche Mandatsträger in Aufsichtsräten von Unternehmen der Textil- und Bekleidungsindustrie.

Da saßen also die „Sozialpartner“ beisammen, um ein Bekenntnis zu einem sozialen Kapitalismus abzugeben, den man artig „Marktwirtschaft“ tituliert, und zur Mitbestimmung – natürlich. Alle wollen sie die Mitbestimmung: Gewerkschafter mehr, Unternehmer und Koalitionspolitiker weniger. Otto Esser sieht z. B. überhaupt „keine stichhaltigen Gründe“ für die DGB-Forderung, „das bereits am stärksten entwickelte Mitbestimmungssystem der Welt noch weiter auszubauen“. Und Vogt, Adam-Schwaetzer und Müller-Remscheid sehen ebenfalls „keinen Handlungsbedarf“.

Anke Fuchs hingegen will die Mitbestimmung weiter ausgebaut wissen, „um den demokratischen und sozialen Frieden zu festigen“. Mehr Rechte und Würde für die betroffenen Arbeitnehmer erscheinen offensichtlich manchem nur als Abfallprodukt einer ganz anderen Zielstellung für die Mitbestimmung. Auch Vogt votierte für Mitbestimmung aus diesem Blickwinkel heraus: „Die soziale Marktwirtschaft ist ein Partnerschaftsmodell. Partner kann nur sein, wer Entscheidungsbefugnisse hat.“ Sogar einem Redakteur des bürgerlichen „Südkurier“ fiel auf: „Partnerschaft“ war auch eines der am meisten gebrauchten Worte.“

Möglicherweise war es diese Atmosphäre, die den DGB-Vorsitzenden Breit sagen ließ, daß ein solches Beisammensein nur zwölf Monate nach den härtesten Auseinandersetzungen im vergangenen Jahr um die 35-Stunden-Woche damals wohl niemand für möglich gehalten habe. Man müsse „wieder zu Verhältnissen zurückfinden ...“, die eine Grundsubstanz gegenseitigen Vertrauens zwischen Gewerkschaften, Arbeitgebern und Politik sicherstellen“. Wie Esser sagte, erhoffen sich die Unternehmer von solchen Gesprächen, daß die gewerkschaftliche Seite die Unternehmerargumente „erwägenswert“ findet. Das wäre für die „partnerschaftliche Beziehung ein Gewinn“. G.S.

Für nächste Tarifrunde gewinnt Konzept der IG Metall Konturen

Auf der Beiratssitzung der IG Metall am 25. Juni erklärte der Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, daß in Kürze die tarifpolitischen Prioritäten für 1986/87 beraten würden. Nach der Sommerpause werde er, Mayr, „erste grundsätzliche Vorstellungen in der Organisation zur Diskussion stellen“. Der 2. Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, äußerte sich auf der Bezirkskonferenz seiner Organisation in Balingen am 29. Juni zur Tarifpolitik.

Steinkühler bekräftigte das gewerkschaftliche Ziel nach Verwirklichung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Wenn der Zeitraum von der 48- zur 40-Stunden-Woche 11 Jahre umfaßte, so müsse der Weg von der 40- zur 35-Stunden-Woche rascher beschritten werden. Zu den tarifpolitischen Schwerpunkten gehöre auch in Zukunft die Erhöhung der Löhne und Gehälter, die Sicherung und die Verbesserung der Realeinkommen. Hier seien objektiver Handlungsbedarf entstanden und subjektive Erwartungen erweckt worden, denen die Gewerkschaft sich sobald wie möglich stellen müsse.

Es sei klar, daß sich mit den Forderungsmöglichkeiten nicht automatisch die Durchsetzungschancen verbesserten. Genauso klar sei aber auch, daß die IG Metall sich auch in der Zukunft weder in der Arbeitszeitfrage noch in der Einkommensfrage auf ein freiwilliges Entgegenkommen der Metallunternehmer verlassen könne.

In Balingen hatte der Stuttgarter Bezirksleiter der IG Metall, Ernst Eisenmann, am 28. Juni in seinem Geschäftsbericht erklärt: „Die Forderung nach einer kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhung ist für das Frühjahr 1986 an erster Stelle zu sehen.“ Dies kristallisierte sich in den Diskussionen auf den Betriebsversammlungen und in den örtlichen Gewerkschaftsgremien heraus. Niemand brauche sich darüber zu wundern, wenn bei den Beschäftigten der Ruf nach einer kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhung immer lauter werde.

Trotz vollem Lohnausgleich für die Arbeitszeitverkürzung seien der Preis für diese Arbeitszeitverkürzung auch mäßige Lohn- und Gehaltsabschlüsse gewesen. Dazu komme noch, daß seit den achtziger Jahren die Beschäftigten nicht nur einen Sozialabbau ohne Gleichen über sich ergehen lassen mußten. Auch durch die Steuerprogression und bei den Sozialversicherungsbeiträgen seien die Arbeitnehmer insgesamt stärker zur Kasse gebeten worden.

Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bleibe nach wie vor aktuell. Weitere Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen sei aber eher möglich, wenn vorab die materielle Basis derer gestärkt werden könne, die diese Forderung durchsetzen müßten. Eisenmann sieht keinen Gegensatz zwischen den Lohn-/Gehaltsforde-

rungen und einer weiteren Arbeitszeitverkürzung. Die Frage der zeitlichen Abfolge sei auch eine Frage des Kräfteverhältnisses. In einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ vom 1. Juli sagte Hans Mayr, daß der Vorstand am 10. September einen Beschluß fassen werde, nachdem zuvor die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder dieses Problem diskutiert hätten und die Bezirksleiter gehört worden seien. Mayr: „Ich vertrete allerdings auch schon heute den Standpunkt, daß die Arbeitnehmer wieder einmal einen kräftigen Kaufkraftschub brauchen.“

Wenn sich der Vorstand dafür entscheiden würde, das Schwergewicht auf die Lohnprozente zu legen, so würde das die Forderung nach einer weiteren Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht beeinträchtigen. Hier wären z. B. Stufen- oder Langzeitregelungen denkbar. Ergänzend hierzu sagte Mayr, daß die IG Metall nichts gegen wirklich flexible Arbeitszeitleösungen habe. Franz Steinkühler erklärte hierzu in einem Interview mit der „Zeit“ vom 5. Juli, daß er sich ein paar Formeln zur Flexibilisierung der Arbeitszeit vorstellen könne, „an denen auch wir Interesse hätten“.

Aus diesen Äußerungen, wenn sie zum Teil auch nur vage sind, zeichnen sich aber schon deutlich die Konturen des Beschlusses ab, den die IG Metall am 10. September zu fassen beabsichtigt:

1. Schwerpunkt der Tarifrunde 1986 wird eindeutig die Lohn- und Gehaltserhöhung sein.
2. Unabhängig davon, ob die IG Metall den Tarifvertrag über die Arbeitszeit tatsächlich zum 30. September 1986 fristgemäß kündigt, wird sie die Möglichkeiten, die sich aus dem Auslaufen des Manteltarifs ergeben könnten, in den verbleibenden Monaten des Jahres 1986 noch nicht wahrnehmen und die nächste Stufe der Arbeitszeitverkürzung erst 1987 in Angriff nehmen. Deshalb „tarifpolitische Prioritäten 1986/87“ (Mayr).

Man kann davon ausgehen, daß den Unternehmern schon im Vorfeld signalisiert wird, daß die IG Metall sich mit einem Stufenplan abfinden wird und auch bereit ist, Unternehmerwünschen nach einer weiteren Flexibilisierung entgegenzukommen.

Heinz Schäfer

Strategie und Taktik

Auf dem 14. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in München sagte der Vorsitzende Hans Mayr in der Antragsdebatte zur Tarifpolitik: „Wir können bei diesem Gewerkschaftstag nicht – und das wird jeder verstehen – über Strategie und Taktik miteinander diskutieren. Aber Strategie und Taktik spielen bei dieser Tarifbewegung auch eine sehr, sehr große Rolle. Und der Vorstand der IG Metall ist insoweit – ich sage dies ganz offen – bei dieser Diskussion in einem Nachteil, weil wir nicht alleine unter uns sind. Er kann genau über die Punkte, auf die es hier ankommt, nichts sagen.“

Hier finden wir die verbreitete Auffassung wieder, daß es nicht richtig sei, auf dem offenen Markt zu sagen, wie man vorzugehen beabsichtigt. Man gibt sich offenbar der Hoffnung hin, mit einer raffiniert ausgeklügelten Geheimstrategie zum Ziel kommen zu können.

Erfolge der Tarifpolitik waren aber immer das Ergebnis des Handelns von Massen, zumindest aber von ihrer Bereitschaft zum Handeln. Diese kämpfen aber nicht blind. Sie wollen wissen, wohin die Reise gehen soll. Deshalb ist es schon notwendig, mit den eigenen Mitgliedern über Strategie und Taktik offen zu diskutieren. Mit Unternehmern ist dies nicht nötig.

In einem Gespräch mit dem „Handelsblatt“ am 1. Juli sind es daher vor allem zwei Äußerungen Hans Mayrs, die Verwunderung erregen, weil sie Fragen der Strategie und Taktik beinhalten. 1. „Jede Arbeitszeitverkürzung kostet Geld, und was hier erreicht wird, kann bei einer Lohnerhöhung nicht mehr beansprucht werden. Entscheidend sind die Kosten einer Tarifbewegung, nicht die Art der Kosten.“ Bevor also in der IG Metall Klarheit über die Höhe der Forderungen herrscht, signalisiert Hans Mayr den Unternehmern, solle sich die IG Metall für Arbeitszeitverkürzungen entscheiden, dann treten wir im Lohn kurz. Der Umkehrschluß bietet sich geradezu an, wenn wir den Lohn zum Schwerpunkt machen, dann spielt sich in der Arbeitszeitfrage nicht viel ab. Wird dies dazu beitragen, die Mitglieder zu mobilisieren?

2. „Die IG Metall hat nichts gegen wirklich flexible Arbeitszeitleösungen. Tarifverträge müssen nur den Rahmen einer kürzeren Arbeitszeit vorgeben. Wie dieser Rahmen dann ausgefüllt wird, das kann in den Betrieben durch Betriebsvereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsräten entschieden werden. Die Betriebe müssen hier Freiheit haben.“ Merkt Hans Mayr wirklich nicht, daß er hier in einer ganz zentralen Frage den Unternehmern Entgegenkommen anbietet, ohne daß diese sich auch nur von der Stelle zu rühren brauchen?

H. Sch.

Im hessischen Kfz-Handwerk gelang Durchbruch zur 38,5-Stunden-Woche

Interview mit Günter Schwarz, Bezirkssekretär der IG Metall

Am 17. Juli wurden zwischen der IG Metall, Bezirksleitung Frankfurt, und der Gewerkschaft HBV, Landesbezirksleitung Hessen, sowie dem Landesverband Hessen des Kraftfahrzeuggewerbes (Landesinnungsverband des Kraftfahrzeug-Handwerks) ein neuer Tarifvertrag vereinbart. Am 19. Juli folgte ein Abschluß mit dem hessischen Fachverband Kraftfahrzeughandel und -gewerbe. Über deren Inhalt sprach unser Redakteur Heinz Schäfer mit dem Bezirkssekretär der IG Metall, Günter Schwarz. Dieser ist in der Bezirksleitung Frankfurt der IG Metall verantwortlich für Handwerksarbeit, Tarifpolitik im Handwerk sowie für ausländische Arbeitnehmer.

NACHRICHTEN: Am 17. bzw. 19. Juli konnte Ihre Gewerkschaft unter Ihrer Verhandlungsführung Verhandlungsergebnisse erzielen. Können Sie uns diese kurz vorstellen?

Günter Schwarz: Die Löhne und Gehälter erhöhen sich ab 1. Juli 1985 um 3 Prozent und ab 1. Juli 1986 noch einmal um 2 Prozent. Für die Auszubildenden beträgt die Erhöhung zu diesen Zeitpunkten 15 bzw. 10 Mark. Wir sind natürlich stolz darauf, daß es uns gelang, als erste Branche im Handwerk die 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zum 1. 7. 1986 durchzusetzen (im Kraftfahrzeughandel schon zum 1. 1. 1986). Damit durchbrachen wir das von Herrn Schnitker verhängte Tabu. Hervorheben möchte ich hier ganz besonders, daß die Vereinbarung über die Arbeitszeitverkürzung für alle Arbeitnehmer zutrifft, also auch für die Auszubildenden.



Des weiteren haben wir bei zwei weiteren wichtigen Fragen tarifpolitisches Neuland betreten. Das ist zum einen die Regelung, daß eine Abgeltung der Mehrarbeit einschließlich der Zuschläge grundsätzlich durch Gewährung von Freizeit zu erfolgen hat. Das ist ein erster Beitrag gegen das Überstundenunwesen, für den Erhalt der Gesundheit und gegen die Frühinvalidität. Sie müssen wissen, daß heute bereits jeder zweite Frühinvalid wird, mit 54 Jahren aus dem Berufsleben ausscheiden muß und dann nur noch eine Lebenserwartung von ganzen sechs Jahren hat, während je-

zollen, aber auch den Angestellten, die sich aktiv an den Protestaktionen beteiligten.

NACHRICHTEN: Aber Sie haben dann doch zugestimmt, daß die wöchentliche Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden betragen kann.

Günter Schwarz: Das ist richtig. Diese Kröte mußten wir schlucken. Wir mußten in einem gewissen Umfang eine Flexibilisierung zulassen. Im Verhandlungsergebnis vom 26. Juni war dies noch nicht vorgesehen. Aber der Zentralverband setzte die hessische Tarifkommission des Kfz-Handwerks unter massivem Druck. In einem Hotel am Frankfurter Flughafen waren 30 Leute aus dem ganzen Bundesgebiet zusammengetrommelt worden. Diese haben in einer 12stündigen Diskussion die Mitglieder der hessischen Tarifkommission der Arbeitgeber regelrecht niedergemacht. Diese haben sich dann geduckt. Wir konnten dann diese eine Verschlechterung gegenüber dem Stand vom 26. Juni nicht verhindern.

Aber ich habe da keine Angst. Die Betriebsräte haben das in der Hand. Sie regeln das vor Ort. Selbst die Unternehmer erklärten fast alle, daß sie bei der einheitlichen Regelung von 38,5 Stunden bleiben. Dennoch sollte uns allerdings nichts den Blick verstellen auf den großartigen Erfolg, den wir erzielt haben, den ich als Durchbruch werte und der sicherlich die nicht unbegründete Hoffnung nährt, daß andere Tarifbezirke und andere Branchen es jetzt leichter haben werden, zu positiven Ergebnissen zu kommen. Schon ist es unseren Kollegen in Berlin ebenfalls gelungen, zu einem Tarifabschluß zu kommen, auf der Grundlage unseres Verhandlungsergebnisses. Unsere Kolleginnen und Kollegen sind zufrieden, dies zeigt sich auch daran, daß wir im Ergebnis der Tarifaufeinandersetzung einen beachtlichen Mitgliederzuwachs in unsere Gewerkschaft haben.

Metallhandwerker traten in den Streik

Begleitet von der Solidarität anderer DGB-Gewerkschaften hat am 24. Juli der Streik in sechs Betrieben des nordrhein-westfälischen Metallhandwerks begonnen. Ursache des Arbeitskampfes ist die Weigerung der Unternehmer, die von der IG Metall geforderte 38,5-Stunden-Woche einzuführen. Darüber war ein Jahr verhandelt worden. Im Mai jedoch scheiterten die Verhandlungen. Bei einer Urabstimmung Anfang Juli hatten sich 87 Prozent der Befragten für den Arbeitskampf zur Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderung ausgesprochen. Kurz vor Redaktionsschluß fanden weitere Streikurabstimmungen mit einem eindeutigen Votum für die IG-Metall-Forderung statt. Es ist damit zu rechnen, daß weitere Belegschaften des Metallhandwerks die Streikfront verstärken werden.

mand, der normal in Rente gehen kann, im Durchschnitt 17 Jahre länger lebt.

Mit dem Inkrafttreten der Arbeitszeitverkürzung am 1. 7. 1986 bzw. 1. 1. 1986 wird für die gewerblichen Arbeitnehmer ein Monatslohn eingeführt. Damit geht für diese Personengruppe ein alter Wunschtraum in Erfüllung und erfolgt auch auf diesem Gebiet eine Gleichstellung mit den Angestellten.

NACHRICHTEN: War dieser Tarifabschluß leicht durchsetzbar?

Günter Schwarz: Ganz im Gegenteil. Am 26. Juni schien die 38,5-Stunden-Woche ab 1. 7. 1986 im hessischen Kfz-Handwerk ohne Einschränkung perfekt. Drei Minuten vor Ablauf der Erklärungsfrist am 1. Juli verlangten die Unternehmer plötzlich bei uns eine Fristverlängerung. Und eine halbe Stunde vor Ablauf der verlängerten Frist wollten die Unternehmervertreter dann wesentliche Verschlechterungen des bereits fixierten Verhandlungsergebnisses. So wollten sie eine variable Arbeitszeit zwischen 37 und 40 Stunden ohne Mitbestimmung des Betriebsrates festsetzen und über einen Monatslohn nur noch „verhandeln“. Sie wollten außerdem die Laufzeit um ein halbes Jahr verlängern und die Auszubildenden ausklammern. Mit ihrem Verhalten hatten die Unternehmer die Unruhe in den Betrieben geradezu provoziert. Wir riefen den Kolleginnen und Kollegen zu: „Jetzt gilt's: Stärke zeigen.“ Diese wurde dann auch gezeigt. In Dutzenden Betrieben wurde gestreikt. Unsere Mitglieder machten auch in Versammlungen und Demonstrationen deutlich, daß sie für das am 26. Juni erzielte Ergebnis voll eintreten. Ihre gezeigte Stärke trug wesentlich dazu bei, daß die starre Haltung der Arbeitgeber, unter der Fuchtel ihres Zentralverbandes in Bonn, durchbrochen wurde.

Erwähnen möchte ich hier noch, daß zum Verhandlungsort in Zeilsheim mehr als 300 Mitglieder kamen, und an einer Protestkundgebung nahmen dort rund 150 teil. Unsere Mitglieder haben prima reagiert. Hohes Lob muß ich unseren Kolleginnen

Arbeitnehmer leben schlechter – Unternehmer scheffeln Geld

In den vergangenen Jahren hat sich ein ständiger Umverteilungsprozeß auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Beamten vollzogen. Allein 1984 sank das Arbeitseinkommen der abhängig Beschäftigten netto und nach Berücksichtigung der Preissteigerungsrate von 2,4 Prozent um knapp 1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Gewinne dagegen stiegen um rund 9 Prozent. Damit sank die Lohnquote, die den Anteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Tätigkeit am gesamten Volkseinkommen kennzeichnet, auf den Stand der frühen 60er Jahre ab. Die tarifpolitischen Ziele der Gewerkschaften, in den Lohn- und Gehaltsrunden wenigstens die Produktivitäts- und Preissteigerungen auszugleichen, wurden damit nicht erreicht.

Zu diesem Ergebnis kam eine detaillierte Untersuchung des WSI, des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB (WSI-Mitteilungen 6/85). Für die vergangenen fünf Jahre verzeichneten die Wissenschaftler einen Rückgang der Realeinkommen für abhängig Beschäftigte von 5 Prozent. Von dem durchschnittlichen Bruttoarbeitseinkommen, das sich 1984 auf 2902 DM belief, gehen inzwischen rund 32 Prozent für Steuern und Sozialabgaben ab. Der gesamtwirtschaftliche Durchschnittswert der Arbeitseinkommen verdeckt jedoch, daß – so das WSI – über die Hälfte der abhängig Beschäftigten, in erster Linie Arbeiterinnen und weibliche Angestellte – deutlich unter diesem Mittel liegen. Eine Industriearbeiterin kam 1984 brutto mit 2073 DM, eine Angestellte in Industrie und Handel mit 2544 DM nach Hause.

fektiv mehr als das Doppelte beträgt. „Generell zeigt die Statistik“ – so folgert Rudi Welzmüller in den WSI-Mitteilungen –, „daß die Lohn- und Gehaltsunterschiede zwischen den Branchen in den Jahren seit 1978 weiter zugenommen haben. Die jeweilige Branchenzugehörigkeit bestimmt folglich in einem noch stärkeren Maße als früher die Einkommenslage und -risiken eines(r) Beschäftigten.“

Weiter zurück als die Beschäftigten der Privatindustrie blieben die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst. „Im Laufe der Jahre 1975 bis 1984 stiegen damit die Tarifeinkommen der Beschäftigten des produzierenden Gewerbes um rund 10 Prozent (bei den Arbeitern) bzw. knapp 9 Prozent (bei den Angestellten) stärker als jene der entsprechenden Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.“ Insbeson-

Entwicklung des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Jahr	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen		Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (bereinigt ^{a)})		Anteil der direkten Steuern u. Abgaben ^{b)}
	Mill. DM	Veränderung	Mill. DM	Veränderung	
1980	307 330	- 0,9	271 470	+ 2,9	20,2
1981	306 970	- 0,1	280 330	+ 3,3	19,2
1982	325 660	+ 6,1	297 760	+ 6,2	18,2
1983	360 760	+ 10,8	337 310	+ 13,3	17,0
1984	393 660	+ 9,1	366 560	+ 8,7	16,9

a) Unter Herausrechnung von Staat und Zinsen auf Konsumentenschulden.
b) Anteil am gesamten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen.

Bei den Angestellten öffnete sich die Einkommensschere zwischen den obersten und den untersten Leistungsgruppen deutlich, die Differenz kann bis zu 122 Prozent ausmachen. Bei den Arbeitern beträgt die Spanne 24 Prozent bei den Männern und 12 Prozent bei den Frauen. Das WSI verweist allerdings darauf, daß die Entwicklung in den einzelnen Branchen recht unterschiedlich ist. An der Spitze rangiert die Mineralölverarbeitung, während die Lederverarbeitung das Schlußlicht der Lohnskala bildet. Dementsprechend erhält ein Arbeiter in der Mineralölindustrie einen Stundenlohn, der ef-

dere in den Jahren 1980 bis 1983 blieben die Ergebnisse der Tarifbewegungen deutlich hinter denen in anderen Bereichen zurück. „Die Durchschnittseinkommen eines großen Teils der Beschäftigten im öffentlichen Dienst liegen also... unterhalb des Einkommensniveaus der Privatwirtschaft.“ Dies hängt allerdings auch mit der Struktur der Beschäftigten zusammen. Von den rund 4,3 Millionen Voll- und Teilzeitbeschäftigten des öffentlichen Dienstes sind etwa 33 Prozent Angestellte und etwa 25 Prozent Arbeiter. Entgegen der weitverbreiteten Auffassung sind nur 42 Prozent als Beamte eingestuft. Der

weitaus überwiegende Teil aller drei Beschäftigtengruppen befindet sich im einfachen und mittleren Dienst bzw. in den unteren und mittleren Lohngruppen.

Verschlechtert hat sich auch die Situation der Arbeitslosen. Das Arbeitslosengeld beträgt im Schnitt nur noch 47 Prozent (937 DM) des durchschnittlichen Nettoverdienstes und sank gegenüber 1983 um 2 Prozent. Trotz wachsender Arbeitslosenzahlen verringerte sich der Anteil der Leistungsempfänger – Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe. Nur noch knapp zwei Drittel aller registrierten Arbeitslosen erhielten finanzielle Leistungen. In Schwierigkeiten geraten auch hier besonders Frauen, die ein Drittel der Leistungsbezieher ausmachen. Aufgrund dieser Zahlen wird deutlich, warum ein wachsender Teil der Arbeitslosenhaushalte in die Sozialhilfe abgedrängt wird. „Die amtliche Statistik hat ermittelt, daß 1983 bei 19,3 Prozent aller Sozialhilfehaushalte, die Hilfe zum Lebensunterhalt bezogen, der Grund im Verlust des Arbeitsplatzes lag. Aus den Zentren der Arbeitslosigkeit ist bekannt, daß bei 40 Prozent aller Sozialhilfeempfänger die Arbeitslosigkeit der Grund für den Sozialhilfebezug war.“

Auf der Sonnenseite dagegen können die „Selbständigenhaushalte“ schwelgen. Die Einkommensunterschiede zu den Arbeitnehmerhaushalten haben sich in den Jahren 1975 bis 1983 ständig vergrößert. 1975 beispielsweise stand einem solchen Selbständigenhaushalt im Durchschnitt das 2,7fache zur Verfügung; diese Relation veränderte sich auf das 3,1fache im Jahr 1983. In diesem Zeitraum war auch der reale Einkommenszuwachs der Selbständigenhaushalte mit rund 17 Prozent erheblich stärker als der der Arbeitnehmerhaushalte mit knapp 5 Prozent. Merkwürdig schlechter stellten sich die Beamten, die lediglich knapp 3 Prozent in ihrem Portemonnaie mehr hatten. Man fragt sich, wie Haushalte von Arbeitslosen die drastischen Einbußen von 15 Prozent im Durchschnitt verkraften konnten, zumal ihnen ohnehin nur wenig mehr als die Hälfte dessen zur Verfügung steht, was ein Arbeiterhaushalt ausgeben kann. Bei den Haushalten der Arbeitslosen haben Preissteigerungen und Sozialabbau im Zusammenspiel zu einem Minus von 25 bis 30 Prozent durchschlagen können.

Aber auch die Kategorie „Selbständigenhaushalt“ ist noch relativ grob. Wo die tatsächlichen Profiteure der vergangenen Jahre sitzen, weisen deutlich die Unternehmergewinne aus. Das Plus von brutto 9,1 und netto 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, und 1983 schon einmal 10,8 bzw. 13,3 Prozent netto schlägt beachtlich zu Buche. Diese erklecklichen Gewinnsteigerungen flossen allerdings zu einem erheblichen Teil in Geldanlagen im Ausland und weniger in Investitionen. Dies wertet das WSI als einen unmittelbar wirksamen Nachfrageausfall, der die „Stockung der wirtschaftlichen Entwicklung verstärkt“. Es werden aber auch alle diejenigen Lügen gestraft, die jahrelang predigten, die Gewinne von heute seien die Investitionen und die Arbeitsplätze von morgen.

Renate Bastian

Traum des BDI von Kinderarbeit, Sklaven und 16-Stunden-Tag?

Die Bundesregierung hat der von ihr politisch vertretenen Kapitalistenklasse am „Tag der Arbeit“, dem 1. Mai, ein Geschenk gemacht, das diese nächst den Milliardensubventionen für Konzerne aus Steuergeldern sehr erfreut, jedoch nicht zufrieden gemacht hat: das „Beschäftigungsförderungsgesetz“. Drei Monate sind seit seinem Inkrafttreten vergangen, und schon läßt es seine giftigen Blüten sprießen.

Das Gesetz verfügt eine Reihe von Maßnahmen (wir berichteten darüber), die den Unternehmern Anreize zur Einstellung von Arbeitern und Angestellten geben sollen. Durchgängig ist jedoch die Wirkung, daß Entlassungen erleichtert werden, um zur (kurzfristigen) Einstellung zu stimulieren.

Die wichtigste Änderung mit tiefgreifenden Folgen ist die generelle Legalisierung befristeter Arbeitsverträge, die bislang nur unter der Voraussetzung erlaubt waren, daß sachliche Gründe dafür vorlagen. Nunmehr können allgemein bei Neueinstellungen und bei Auszubildenden, für die im Anschluß an die Ausbildung angeblich kein Dauerarbeitsplatz vorhanden ist, bis zur Dauer von 18 Monaten befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Bei Neugründung eines Betriebes mit bis zu 20 Beschäftigten ist die Befristung von Arbeitsverträgen bis zu 24 Monaten möglich. Diese Regelung gilt bis 31. Dezember 1989.

Die Folgen sind eindeutig: Der Kündigungsschutz, selbst der besondere Kündigungsschutz für Behinderte und Schwangere, wird gegenstandslos, die Mitbestimmung der Betriebsräte unterlaufen. Der schon seit einiger Zeit zu beobachtende Trend in den Betrieben, die Beschäftigten in eine olympiareife Kernmannschaft und eine „flexible Randbelegschaft“ von Zeit- und Kurzarbeitern aufzugliedern, hat seit Inkraftsetzung dieses Machwerks der Wenderegierung einen kräftigen Schub erfahren.

Wer so einen Zeitvertrag annehmen muß, hat praktisch auch gleich die Kündigung in der Tasche. Viele Betroffene werden versuchen, durch Wohlverhalten gegenüber Vorgesetzten anschließend auf einen Dauerarbeitsplatz übernommen zu werden. Also Zeitvertrag auch als Disziplinierungsmittel! Der Konkurrenzkampf in der Arbeiterschaft selbst – zwischen Inhabern von Dauerarbeitsplätzen und Zeitverträgen, zwischen Teilzeitbeschäftigten und Arbeitslosen – wird zunehmen. Das ist nützlich für die Unternehmer und schädlich für die Betroffenen und ihre Gewerkschaften.

Den Vordenkern und Wegbereitern des Kapitals geht das aber noch nicht weit genug. In „Der Arbeitgeber“, 19. Juli 1985, dem offiziellen BDA-Organ, werden u. a. die Förderung der beruflichen Mobilität

und der Abbau von „bürokratischen Beschränkungen“ bei unternehmerischen Tätigkeiten als die „vordringlichen politischen Gegenwartsaufgaben“ bezeichnet. Mehrmals hat sich besonders BDA-Präsident Otto Esser für die „Flexibilisierung“ praktisch aller kollektiven Schutzrechte sowie der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen ausgesprochen und den von Bonn betriebenen Abbau sozialer Leistungen und Rechte begrüßt.

An Deutlichkeit, wohin die Reise gehen soll, läßt sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Joachim Langmann, nicht übertreffen, wenn er am 18. Juli in einem Interview mit der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung erklärte: „Was wir uns fragen müssen, ist,

wie die jetzt gültigen, übermäßig ausgebauten und zu starren gesetzlichen und tariflichen Regelungen modifiziert werden können. Wir sollten alle solche Regelungen durchforsten. Nur als Beispiel nenne ich den Kündigungsschutz, die Sozialplanbestimmungen, die Lohnfortzahlung, aber auch die Tarifverträge... Das Beschäftigungsförderungsgesetz ist eine wirklich positive Änderung, und es ist nicht die einzige. Aber es müßte das gesamte System der Schutzgesetze überdacht werden, und es dürfen keine neuen hinzukommen.“

Warum das alles? Dem Langmann ist „hierzulande die Arbeit selbst extrem teuer“. Langmann will den sozialen Standard und die sozialen Rechte der Arbeitenden auf breiter Front herabdrücken, um die „Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft“ (noch mehr Profite für Aktionäre und Manager!) zu steigern. Im Selbstverständnis dieses Prototyps eines Kapitalisten ist die Wirtschaft nicht dazu da, dem arbeitenden Volk berufliche und soziale Sicherheit auf hohem Niveau zu verschaffen, sondern den nimmersatten Profithunger der Reichen zu Lasten der Arbeitenden zu stillen. Der Punkt, an dem Langmann und seinesgleichen von selbst sagen würden: „Jetzt ist's genug“, wäre möglicherweise erst nach Wiedereinführung von Kinderarbeit, Sechzehnstundenarbeitstag und Sklaverei erreicht. Kohl, Blüm & Co. sind die willfährigen politischen Wegbereiter.

Gerd Siebert

Proteste und Warnstreiks begleiteten die GTB-Tarifrunde 1985

Vor dem zentralen Tarifabschluß der Gewerkschaft Textil-Bekleidung mit dem zuständigen Unternehmerverband für die 191 000 Beschäftigten der Bekleidungsindustrie (siehe NACHRICHTEN 7/85) ist bereits für die 235 000 Beschäftigten der Textilindustrie die diesjährige Tarifbewegung abgeschlossen worden. Die neuen Tarifverträge, die auf bezirklicher Ebene vereinbart wurden, sehen die Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen zwischen 3,5 und 3,7 Prozent vor. Daneben gab es Erhöhungen des zusätzlichen Urlaubsgeldes und der Jahressonderzahlungen bzw. materielle Verbesserungen im Rahmen eines neuen Manteltarifvertrages im Tarifbezirk Westfalen/Osnabrück. Dieser Bezirk hatte als erster (nicht als „letzter“, wie wir irrtümlich berichteten) einen Abschluß durchgesetzt und damit gewissermaßen die Tür zu weiteren Resultaten in den anderen Bezirken aufgestoßen.

Der GTB-Hauptvorstand wertete in seiner Sitzung am 24. und 25. Juni in Konstanz die Ergebnisse der Tarifbewegung 1985 als einen „achtbaren Erfolg“. Sowohl in der Bekleidungs- als auch in der Textilin-

dustrie waren die Unternehmer erst nach Protestkundgebungen, Warnstreiks und anderen Aktionsformen der Gewerkschaft zur Aufgabe ihrer starren Haltung bereit gewesen.

Weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen, die die GTB in einer Reihe von Branchen durchsetzen konnte, bewegen sich zwischen 3,5 (Hutindustrie, Stricker- und Stickerhandwerk) und 3,8 Prozent (Kunststoff- und Schwergewebekonfektion). Im Modistenhandwerk wurden die Löhne ebenfalls um 3,8, die Gehälter gar um 4,8 Prozent heraufgesetzt. Dazu kommt die Verbesserung verschiedener Nebenleistungen.

Im textilen Reinigungsgewerbe mit 80 000 Beschäftigten wird ab 1. Januar 1986 die 38,5-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wirksam. Zu diesem Zweck werden die Löhne zum gleichen Zeitpunkt um 3,9 Prozent angehoben. Wie (leider verkürzt) im Juli-Heft berichtet, steigen rückwirkend ab 1. Mai 1985 alle Einkommen um 2,5 Prozent, bei Vorweganhebung der Lohngruppe I um 7 Pfennig, und ab 1. Mai 1986 um weitere 2,1 Prozent.

G. S.

IG Druck und Papier vereinbarte 3,5 Prozent

Rückwirkend ab 1. Mai stiegen für alle Angestellten der Deutschen Presse-Agentur die Gehälter um 3,5 Prozent. Das sieht ein Tarifvertrag vor, den die IG Druck und Papier am 24. Juni abschloß. Darüber hinaus wurde vereinbart, Verhandlungen über vermögenswirksame Leistungen so bald wie möglich aufzunehmen. Der entsprechende Tarifvertrag war von der Gewerkschaft zum 30. September 1985 gekündigt worden. Ebenfalls um 3,5 Prozent stiegen ab 1. August die Honorarsätze für freie, arbeitnehmerähnliche Journalisten an Tageszeitungen. Darauf einigten sich am 1. Juli die Journalisten-Organisationen mit dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger.

Verhandlungen geplatzt GTB lehnt „Nullrunde“ ab

Nach zwei Verhandlungsrunden sind die Tarifverhandlungen für die rund 14.000 Beschäftigten des Kürschnerhandwerks gescheitert. Der zuständige Unternehmerverband hatte die Forderungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) – angemessene Einkommensverbesserung und Einstieg in die Wochenarbeitszeitverkürzung – abgelehnt und eine „Nullrunde“ verlangt. Die Gewerkschaft rechnet nun damit, daß voraussichtlich Mitte oder Ende August eine Einigung auf dem Wege der Schlichtung erreicht wird.

Schlichtungsspruch für Kautschukarbeiter

Für die rund 18.000 Beschäftigten der hessischen Kautschukindustrie wurde Mitte Juli ein einstimmiger Schlichtungsspruch angenommen. Danach steigen die Löhne der Gruppe 1 und 2 um 3,8 Prozent. Die übrigen Löhne und Gehälter sowie die Ausbildungsvergütungen werden um 3,7 Prozent angehoben. Der neue Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 12 Monaten.

Firmentarifverträge für VOLVO-Betriebe

Die IG-Metall-Bezirksleitung Frankfurt konnte am 12. Juli für alle Betriebe und Niederlassungen der VOLVO Deutschland GmbH mit Wirkung vom 1. Januar 1986 einen Manteltarifvertrag abschließen, der die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit auf 38,5 Stunden verkürzt.

Zugleich wurde festgelegt, daß Monatslöhne bzw. Monatsgehälter gezahlt werden. Bei den gewerblichen Arbeitnehmern beträgt der Monatslohn ab 1. August 1985 zwischen 2145 und 2833 Mark, bei den Angestellten zwischen 2105 und 4069 Mark, bei den Meistern zwischen 3070 und 3692 Mark sowie bei den Auszubildenden zwischen 678 und 693 Mark.

Für den persönlichen Geltungsbereich wurde im Hinblick auf mögliche zukünftige Veränderungen der Arbeitswelt festgelegt, daß der Tarifvertrag auch für diejenigen Arbeiter und Angestellten gilt, „die außerhalb einer VOLVO-Betriebsstätte aufgrund eines Arbeitsvertrages mit der VOLVO Deutschland GmbH – z.B. in ihren Privatwohnungen – an/mit Personalcomputern oder ähnlichen technischen Einrichtungen arbeiten“.

Vertrauenskörper will Sonderbonus

Der Vertrauenskörper des Volkswagen-Werkes Braunschweig ist auf Grund des außerordentlich guten Geschäftsjahres 1984 und einer weiteren Steigerung der Umsätze und Gewinne in 1985, die durch eine enorme Leistungssteigerung der gesamten Belegschaft herbeigeführt wurde, zu der Erkenntnis gelangt, daß das Unternehmen diese Leistung mit einem Sonderbonus honorieren sollte. Er bittet daher den Gesamtbetriebsrat, an den Vorstand der Volkswagen AG eine entsprechende Forderung zu stellen.

ÖTV: Erneuter Schlag gegen den DGB

Die Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Monika Wulf-Mathies, hat die Ankündigung der Bundesregierung, ein Normenkontrollverfahren gegen die Ausweitung der Mitbestimmung im Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) vor dem Bundesverfassungsgericht einzuleiten, scharf kritisiert. Noch während im Bungalow des Bonner Regierungschefs der Kanzler, seine Minister und Vertreter des DGB zusammengesessen hätten, habe die Regierung erneut zu einem Schlag gegen den DGB ausgeholt. Es sei auch ein unglaublicher Vorgang, so die ÖTV-Vorsitzende, daß die Regierungsvertreter ihre anderntags angekündigte Klageabsicht während des Gesprächs mit keinem Wort erwähnt hätten. Das zeige, welchen Stil die Bonner Regierung im Umgang mit Gewerkschaften pflege. Die Äußerungen von Helmut Kohl, er strebe eine faire und sachliche Zusammenarbeit mit dem DGB an, seien schon wenige Tage danach Makulatur.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Anzahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Bereichen. Die Fakten wurden nach den laufenden DGB-Tarifberichten zusammengestellt.

31. August – ca. 0,19 Mio.

Chemische Industrie Saarland, Bayern (65.000); papiererzeugende Industrie (48.000); Brauereien Nordrhein-Westfalen, Hessen (18.700); Bekleidungsindustrie – Gesamtvereinigung – Niedersachsen, Bremen, ohne Osnabrück (13.500); Nahrungsmittelindustrie Niedersachsen (9.400); VEW Dortmund/AVU/GWH (8.000).

30. September – ca. 0,31 Mio.

Hotel- und Gaststättengewerbe Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen (118.200); Tischlerhandwerk Nordrhein-Westfalen (43.000); Gebäudereinigerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Alzey-Worms/Mainz-Bingen (Arbeiter), Koblenz-Trier (Arbeiter) (28.100); Brauereien Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Rheinland-Rheinhausen, Saarland (26.600); Klempnerhandwerk Hessen (18.000); Mineralölverarbeitung, BP, Esso, Shell, Texaco (15.500); Florist-Fachbetriebe, Blumen- und Kranzbindereien und Blumen-Einzelhandel Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Bayern, Westberlin (15.000).

31. Oktober/30. November – ca. 0,09 Mio.

Rheinischer Braunkohlenbergbau (17.300); Kunststoffverarbeitende Industrie Bayern (41.000); Mineralölverarbeitung, Aral, Mobil Oil (5.700); Feinkeramische Industrie Baden-Württemberg (3.700); Brauereien Pfalz und Westberlin (3.100). 30. November: Heizungsindustrie Hessen/Rheinland-Pfalz (6.000); Süßwarenindustrie Bayern (4.000).

31. Dezember – ca. 2,93 Mio.

Öffentlicher Dienst, Bund, Länder, Gemeinden (2.076.000); Bundespost (227.000); Bundesbahn (142.000); Holz- und kunststoffverarbeitende Industrie Nordwestdeutschland, Rheinland-Pfalz (85.600); Fleischerhandwerk Bayern, Nordrhein-Westfalen (76.500); Bundesanstalt für Arbeit, Ortskrankenkassen, Innungskrankenkassen (73.900); Hotel- und Gaststättengewerbe Baden-Württemberg (63.900); Tischlerhandwerk Bayern (31.500); alle Landesversicherungsanstalten, ohne Westberlin (29.600); Lederwaren- und Kofferindustrie (16.000); Tankstellen- und Garagengewerbe Bayern – Arbeiter – (15.000); Forstwirtschaft der Länder und Gemeinden Rheinland-Pfalz und Saarland – Arbeiter – (15.000); Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (12.800); Friseurhandwerk Hessen (12.000).

Haushalt '86: Konsolidierung?

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans für 1986 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 1989 machen deutlich, was die Bundesregierung angesichts einer weiter steigenden Arbeitslosigkeit zu tun gedenkt: nichts! Finanzminister Stoltenberg verkündete stolz, daß die Ausgaben sowohl 1986 als auch in den folgenden Jahren real nicht ansteigen werden. Der „Sparpolitik“ auf der Ausgabenseite entsprechen aber keineswegs „Konsolidierungserfolge“ auf der Einnahmenseite: die geplante Neuverschuldung liegt mit 25 Milliarden DM auf Vorjahreshöhe. Dies aber nur, weil die Bundesbank mit 12,5 Milliarden zwei Milliarden Mark mehr abführen soll, als für 1985 geplant.

Dies ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Spekulation: die in den letzten Jahren angestiegenen Zinserträge der Bundesbank, vor allem auf Auslandsguthaben, hängen mit dem hohen Zinsniveau und dem hohen Dollarkurs zusammen. Die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar wertet die in Dollar berechneten Zinserträge auf. Sinkt der Dollarkurs wieder, und sinken gleichzeitig die Zinsen, dann geht auch der Bundesbankgewinn wieder zurück. Auf so schwankender Grundlage stehen Stoltenbergs „Konsolidierungserfolge“.

Auf der Ausgabenseite erscheint der Posten „Arbeit und Soziales“ als größter Ausgabenblock, mit einem zudem überdurchschnittlichen Zuwachs, der mit einigen sozialen „Verbesserungen“ wie der Wohngelderhöhung, der Einführung eines Erziehungsgeldes und der Übernahme von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung zusammenhängt. Es ist allerdings anzumerken, daß im Haushaltsplan für 1983 für diesen Posten noch 59 Milliarden DM veranschlagt worden waren: die Korrekturen für 1986 gleichen also noch nicht einmal die Verschlechterungen der Vorjahre aus. Ähnlich verhält es sich mit den Verbesserungen beim Posten „Jugend, Familie, Gesundheit“: im Plan für 1983 hatten 17,3 Milliarden DM gestanden, also eine reale Stagnation.

Der größte Ausgabenposten ist aber tatsächlich die „Verteidigung“. Die gut 49 Milliarden für 1986 erhöhen sich bei einer Ausgabenzusammenstellung nach „Nato-Kriterien“ auf 60 Milliarden. Eine Analyse des gesamten Bundeshaushalts durch das Frankfurter Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) ergibt eine tatsächliche Ausgabensumme für Rüstung von mehr als 64 Milliarden DM im Haushaltsplan 1985. (E. Dähne, Essen 1985)

Auch unter anderen Gesichtspunkten erweist sich der Bundeshaushaltsplan 1986 als wirtschaftspolitisch eher schädlich. So

Daten zur Wirtschaftsentwicklung

1. Verarbeitendes Gewerbe

Index 1980 = 100	Mai 1985	Veränderung in v.H. gegenüber	
		April 1985	Mai 1984
Produktion	101,3	- 2,1	+ 1,3
Auftragseingänge ¹	126,6	- 2,3	+ 6,3

1) nominal
(Quelle: Statistisches Bundesamt, lt. Presseberichten)

2. Preise

Index 1976 = 100	Juni 1985	Veränderung in v.H. gegenüber	
		Mai 1985	Juni 1984
Lebenshaltung	121,3	+ 0,1	+ 2,3
Industriepreise ¹	122,0	- 0,8	+ 2,5
Landw. Erzeugerpreise ¹	103,5	- 0,5	- 7,0
Importpreise ²	127,7	- 0,5	+ 4,3
Exportpreise ²	120,2	+ 0,2	+ 3,6

1) April 1985, gegenüber März 1985 bzw. April 1984
2) Mai 1985 gegenüber April 1985 bzw. Mai 1984
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

3. Arbeitsmarkt (in 1000)

	Juni 1985	Veränderung in 1000 gegenüber	
		Mai 1985	Juni 1984
Arbeitslose	2160	- 33	+ 47
Kurzarbeiter	162	- 66	- 217
Offene Stellen	120	+ 5	+ 21

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

4. Bundeshaushaltsplan 1986

	Mrd. DM	Veränderung in v. H. gegenüber dem Vorjahr	
Gesamtsumme	263,9		+ 2,4
darunter:			
Arbeit und Soziales	58,8		+ 3,5
Verkehr	25,4		+ 1,1
Verteidigung	50,3		+ 3,1
Jugend, Familie, Gesundheit	18,2		+ 13,3
Bildung und Wissenschaft	4,0		- 0,1
Bundesschuld	34,5		+ 4,1

(Quelle: BMF-Finanznachrichten vom 2. 7. 1985)

sollen die investiven Bundesausgaben nominal erneut leicht zurückgehen. Ein Meisterstück an Augenwischerei ist das „Förderungsprogramm“ für die Bauwirtschaft. Es enthält eine Halbierung der Abschreibungsfristen für Wirtschaftsgebäude und eine Verstärkung der Zuschußmittel für den Städtebau. Die Verkürzung der Abschreibungsfristen ist als reines Steuerge-

schenk an die Unternehmer zu betrachten, das zu Steuerausfällen von jährlich etwa einer Milliarde Mark führen wird. Da dies zu etwa 60 Prozent die Länder und Gemeinden trifft, sind die damit verbundenen Steuerausfälle teilweise höher als die erweiterten Zuschüsse für die Stadtsanierung. Unterm Strich bleibt kaum ein positiver Effekt.
J. G.

Mit Betriebsbesetzungen gegen Vernichtung von Arbeitsplätzen

Mit den Konferenzen der IG-Metall-Bezirke Hamburg, Hannover und Stuttgart ging die Serie der jährlichen Bezirkskonferenzen zu Ende. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen der 10 IG-Metall-Bezirke standen Probleme des Sozialabbaus und der Arbeitsplatzvernichtung. Es gab interessante Überlegungen, wie den Angriffen von Kapital und Kabinett wirksam begegnet werden kann. Auf der Konferenz des Bezirks Köln in Rheydt wurde der Wille deutlich, nicht hinzunehmen, daß bereits 31 Prozent aller Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen auf Sozialhilfe angewiesen sind.

In Gelsenkirchen, dort fand die Tagung des Bezirks Essen statt, sprach Hans Preiss, geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Er charakterisierte die Arbeitslosigkeit als einen Anschlag auf die Unversehrbarkeit der Persönlichkeit und forderte zum Widerstand gegen Einschränkungen der Tarifautonomie und des Streikrechts auf. Hans Janßen sprach in Westberlin und verlangte eine soziale Bewegung gegen die Wendepolitik, die auch von der Friedensbewegung unterstützt werden müßte. In Münster rief der Bezirksleiter, Bernhard Kolks, dazu auf, durch Kampf dazu beizutragen, „daß die Arbeitnehmer nicht zu Bettelgängern der Nation werden“.

In Hildesheim, auf der Bezirkskonferenz Hannover, kritisierte das geschäftsführende Vorstandsmitglied Horst Klaus den immer aberwitziger werdenden Rüstungswettlauf. Jede Mark für mehr Panzer und Raketen sei zugleich eine Mark weniger für die soziale Sicherheit und auch eine Mark weniger für dringend nötige Umweltschutz- und Beschäftigungsprogramme. Der Bezirk Stuttgart tagte in Balingen. Zum Geschäftsbericht des Bezirksleiters Ernst Eisenmann sprachen nur vier Diskussionsredner, während es zum Referat des 2. Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, eine lebhafte Aussprache gab.

Wenn das zentrale Dogma der konservativen Wirtschaftspolitik die Selbstregulierung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Marktkräfte wäre, sagte Steinkühler, so sei die zentrale Erfahrung der Arbeiterbewegung das Versagen der Marktkräfte bei der Bewältigung der Beschäftigungs- und Versorgungsprobleme. Der ruinöse Wettlauf zwischen Umweltzerstörung und Beschäftigungsabbau könne nicht durch die Berufung auf die Gesetze des Marktes überwunden werden, sondern nur durch entschlossenes politisches Handeln, durch die Mobilisierung aller gesellschaftlichen Kräfte und durch breit angelegte gesellschaftliche Initiativen für die Zukunft.

Das Ziel, die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, bleibe richtig, meinte Steinkühler. Der Weg von der 48- zur 40-Stunden-Woche habe elf Jahre gedauert. Der Weg zur 35-Stunden-Woche müs-

se rascher beschritten werden. Die Gewerkschaften dürften sich daher nicht auf die 90er Jahre verträumen lassen, denn die Menschen lebten heute. Sie könne man nicht in die Gefriertruhe legen und aufbewahren, bis man sie Ende der 90er Jahre vielleicht wieder brauche.

Zum zentralen Schwerpunkt gewerkschaftlicher Arbeit gehöre auch in Zukunft die Erhöhung der Löhne und Gehälter, die Sicherung und Verbesserung der Realeinkommen. Hier sei durch die Rückschläge der Krisenjahre objektiver Handlungsbedarf angewachsen und subjektive Erwartungen geweckt worden, denen sich die Gewerkschaft sobald wie möglich stellen müsse.

In seinem Geschäftsbericht hatte Bezirksleiter Ernst Eisenmann gefordert, daß im Monat höchstens noch zehn Überstunden gemacht werden dürften, für die allerdings zwingend Freizeitausgleich gewährt werden müsse. Von den Metallunternehmern forderte er, zu diesem Zweck den Tarifvertrag sofort zu entfristen, um die Überstundenregelung neu formulieren zu können. Die IG Metall schätze, daß wöchentlich über eine Million Überstunden allein in der Metallindustrie Baden-Württembergs gefahren würden. Könnte die Mehrarbeit eingeschränkt werden, so würden im Bezirk Stuttgart 30000 Arbeitsplätze geschaffen.

Von politischer Brisanz ist sicherlich der einstimmig angenommene Initiativantrag, der den Vorstand auffordert, ausgehend von dem Beiratsbeschluß vom 12. März 1985, Handlungsanleitungen für Betriebsbesetzungen bei Betriebsstillegungen, ebenso wie bei „kalter“ und „heißer“ Aussperrung, den Funktionären der IG Metall in die Hand zu geben. Den Mitgliedern soll diese weitergehende Form gewerkschaftlichen Widerstands verdeutlicht und sie zum gemeinsamen Handeln gefordert werden.

In der Begründung des von 48 Delegierten unterzeichneten Initiativantrags wird darauf verwiesen, daß die immer häufiger werdenden Betriebsbesetzungen zeigten, daß sie als eines der wirksamsten Mittel gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen zu gelten hätten. Diese Kampfform resultiere zum einen aus der Beschäftigungs-

krise und zum anderen aus den Erfahrungen vieler Belegschaften im Kampf gegen die massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Bei Aussperrungen seien Betriebsbesetzungen als eine gewerkschaftliche Kampfform zu verstehen und innerhalb eines Arbeitskampfes zu praktizieren. Sie seien eine legitime Antwort auf die Willkürmaßnahme Aussperrung und führen auch dazu, das Verbot der Aussperrung auf eine breitere Basis zu stellen sowie die Bewußtseinsbildung der Mitglieder weiter zu fördern.

Die Bezirkskonferenz solidarisierte sich mit den Belegschaften, die, wie bei der Trafo-Union in Stuttgart-Bad Cannstatt



und bei Zanker in Tübingen, um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze kämpfen. Den Zanker-Beschäftigten, die mit riesigen Transparenten in die Konferenz gezogen waren, die für ihre Forderungen donnernden Applaus erhielten und die mit dem Lied „Auf, auf zum Kampf“ verabschiedet wurden, sicherten die Delegierten zu: „Wenn die Beschäftigten der Firma Zanker dazu gezwungen werden, gegen die Verlagerung ihrer Arbeitsplätze ins Ausland aktiven Widerstand zu leisten, sichern die Teilnehmer der Bezirkskonferenz ihnen jetzt schon materielle Unterstützung und aktiven Beistand in ihrem Kampf zu.“

Es wurde auch beschlossen, mit aller Kraft dafür zu wirken, daß die Belegschaften in den Metallbetrieben die akute Bedrohung durch die Bonner Wendepolitik erkennen und entsprechend innerhalb und außerhalb der Betriebe handeln. Es dürfe keine Diskussion in den Abteilungen, keine Betriebsratssitzung und keine gewerkschaftliche Versammlung geben, in denen nicht auf die Notwendigkeit zum massiven Widerstand gegen den rigorosen Sozialabbau und auf die lebensgefährliche Aufrüstung anhand konkreter Beispiele verwiesen würde. Zur Mobilisierung auf die Aktionswoche im Oktober wird eine zentrale Funktionärskonferenz durchgeführt.

Bezugnehmend auf einen Bericht im „Spiegel“, nach dem der 1. Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, beabsichtige, trotz Erreichens der Pensionsgrenze noch einmal zu kandidieren, meinte der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Albstadt, Gerhard Wrana, daß es notwendig sei, rechtzeitig jüngere Leute an die Führung der Gewerkschaft heranzulassen.

Heinz Schäfer

Dem Bundespostminister Übernahmeerklärung abgerungen

Interview mit Rolf Büttner, Bundesjugendsekretär der Deutschen Postgewerkschaft

Die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft veranstaltet vom 30. August bis 1. September, dem Antikriegstag, ihr traditionelles Bundesjugendtreffen. Wie dieses Treffen diesmal gestaltet wird, welche gewerkschaftspolitischen Themen im Vordergrund von Diskussions- und kulturellen Veranstaltungen stehen sowie Probleme der Übernahme der Auszubildenden beim größten Unternehmen der Bundesrepublik, der Post, dazu stellte unsere Redakteurin Gisela Mayer dem DPG-Bundesjugendsekretär Rolf Büttner einige Fragen.

NACHRICHTEN: Vom 30. August bis 1. September veranstaltet die Jugend der Deutschen Postgewerkschaft ihr traditionelles Treffen. Welche Themen werden im Mittelpunkt stehen?

Rolf Büttner: Vom 30. August bis 1. September führt die DPG in Neuwied (bei Koblenz) ein zentrales Bundesjugendtreffen durch. Dazu werden rund 2000 junge DPG-Mitglieder erwartet. Das Treffen steht unter dem Motto: Aufstehen für Frieden, Arbeit, Umwelt! Auf dem Treffen werden wir eine Vielzahl von Veranstaltungen anbieten: Diskussionsforen, u.a. zu den Themen „Arbeitslosigkeit, Ausbildung, Demokratie und Grundgesetz, 3. Welt, Umweltschutz und Arbeitsplätze“.

Darüber hinaus finden zwei große Kulturveranstaltungen statt: Am Freitag, dem 30., eine gewerkschaftliche Kulturrevue zu den Themen: „Frieden, Arbeit, Umwelt“, bei der wir erstmals die von uns produzierte Liederkassette zugunsten von Nicaragua vorstellen werden, und am Samstag, dem 31., ein Abend „Internationale Solidarität“, mit Gruppen aus Afrika, Südamerika und Irland. Ein Fußball- und Volleyballturnier werden für Sportbegeisterte ebenso angeboten wie ein Tischtennis- und Schachturnier. Auch ein „Spiel ohne Grenzen“ mit einem ersten politischen Hintergrund soll stattfinden. Mehrere Workshops laden zum Mitmachen ein.

Auf einem Markt der Möglichkeiten werden DPG-Jugendgruppen und Jugendausschüsse ihre gewerkschaftliche Arbeit vor Ort darstellen und DPG-Kulturgruppen und Liederinterpreten ihre Sketche, Szenen und Songs vorstellen. Dabei sollen Erfahrungen untereinander ausgetauscht werden und Anregungen mit nach Hause genommen werden. Inhaltlich werden die Themen: „Frieden, Arbeit, Umwelt“ das ganze Geschehen auf unserem Jugendtreffen bestimmen.

NACHRICHTEN: Das Treffen schließt ab am Antikriegstag. Wird es dazu besondere Veranstaltungen geben, wenn ja, welche?

Rolf Büttner: Alle Teilnehmer unseres Jugendtreffens haben die Möglichkeit, in

fünf Diskussionsforen den Antikriegstag vorzubereiten:

- Rheinland-Pfalz muß C-waffenfrei werden. Die Verfassungsklage des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz.
- 40 Jahre Hiroshima - Nie wieder Krieg!
- Gegen Rüstung und Sozialabbau! Für eine alternative Sicherheitspolitik!
- Sichern Rüstungsproduktionen und Rüstungsexporte unsere Arbeitsplätze?
- Dritte Welt: Brot statt Waffen.

Zu diesen Diskussionsveranstaltungen erwarten wir Politiker, Freunde aus der Frie-



denbewegung und Vorstandsmitglieder vom DGB und aus den Gewerkschaften. Auch mit internationalen Gästen wollen wir diskutieren. Junge Postgewerkschafter aus Finnland und Japan nehmen an unserem Treffen teil. Aus Anlaß des 40. Jahrestages des Abwurfs der ersten Atombombe über Hiroshima und Nagasaki haben wir einen Jugendaustausch mit unserer japanischen Bruderorganisation vereinbart.

An der Abschlußkundgebung zum Antikriegstag nehmen der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustl Fehrenbach, Julius Lehbach, Landesbezirksvorsitzender des DGB Rheinland/Pfalz, und der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, teil.

NACHRICHTEN: Das DPG-Jugendtreffen findet im rheinland-pfälzischen Neuwied statt, einem Bundesland, wo massenweise Giftgas gelagert ist. Wie steht die DPG-Jugend zu einer giftgasfreien Zone?

Rolf Büttner: Nicht ohne Grund findet unser Bundesjugendtreffen in Rheinland-Pfalz statt. Wir wollen damit dokumentieren, daß wir die Verfassungsklage des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz gegen die Giftgaslagerungen in der Pfalz politisch unterstützen. Diese politische Unterstützung drückt sich dadurch aus, daß wir eigens dazu ein Diskussionsforum anbieten und daß wir gemeinsam mit dem DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz die Abschlußkundgebung zum Antikriegstag durchführen. Unser Ziel ist es, Europa zu einer von Massenvernichtungswaffen (A-, B- und C-Waffen) freien Zone zu erklären. Von der Bundesregierung erwarten wir, daß sie entsprechende Initiativen zu Abrüstungsverhandlungen gegenüber allen Beteiligten ergreift.

NACHRICHTEN: In diesen Wochen ist für Hunderttausende junger Menschen die Schulzeit beendet. Manche suchen vergeblich nach einem Ausbildungsplatz. Werden die Ausbildungskapazitäten der Bundespost voll genutzt?

Rolf Büttner: Durch unsere gewerkschaftlichen Aktivitäten ist es auch dieses Jahr wieder gelungen, daß alle Ausbildungsplätze bei der Post genutzt werden. Die Einstellungsquoten für Fernmeldehandwerker, Elektromechaniker und Kraftfahrzeugmechaniker wurden erhöht. Die verbleibenden Plätze werden durch Ausbildungsmaßnahmen Dritter und die Bereitstellung von Praktikantenplätzen genutzt.

NACHRICHTEN: Und wie ist es mit der Übernahme nach der Ausbildungszeit?

Rolf Büttner: Im vergangenen Jahr haben 8000 Auszubildende in Bonn für die Übernahme nach beendeter Ausbildung demonstriert. Mit einer Menschenkette zwischen Bundespostministerium und Bundesarbeitsministerium haben die Jugendlichen unsere Forderung nach Übernahme aller Auszubildenden unterstützt. Unser Kampf war erfolgreich. Alle Auszubildenden erhielten ein Arbeitsplatzangebot.

Auch 1985 beabsichtigte der Postminister, wiederum Auszubildende in die Arbeitslosigkeit zu entlassen. Nachdem wir zahlreiche örtliche Aktivitäten durchgeführt haben, konnte der Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Kurt van Haaren, nach neunstündiger Verhandlung dem Postminister eine „Übernahmeerklärung“ abringen. Der Minister sagte zu, den Betroffenen einen Arbeitsplatz bei der Deutschen Bundespost anzubieten. Vorrang soll dabei die ausbildungsgerechte Beschäftigung haben. Einige Herren in der Administration versuchen zur Zeit, diese Erklärung zu unterlaufen. Wir werden den Postminister jedoch an seiner politischen Glaubwürdigkeit packen, wenn im nächsten das Verhandlungsergebnis umgedreht werden soll.

... die im Dunkeln sieht man nicht Strategien gegen die „neue Armut“

„Falls wir nicht schleunigst zu einer anderen Sozial- und Wirtschaftspolitik zurückfinden, werden wir – dem amerikanischen Beispiel folgend – die Hungerküchen vorheizen müssen.“ Daß dieses Horrortbild von der Zukunft der Bundesrepublik keiner wilden Phantasie entspringt, bewies der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr auf einer Tagung der „Hans-Böckler-Stiftung“ am 12. Juli in Düsseldorf mit nüchternen Zahlen. So stieg etwa der Anteil der registrierten Arbeitslosen, die sich ohne finanzielle Unterstützung durchschlagen müssen, im letzten Jahr auf den Rekordstand von 35,7 Prozent, während er 1975 noch bei 24 Prozent lag. Die Zahl der Arbeitslosen, die zwei Jahre oder länger ohne Arbeit sind, stieg von 1983 auf 1984 um 43 Prozent. 3,6 Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind bei einer realistischen Einschätzung des Arbeitsmarktes heute schon vom Schicksal der Arbeitslosigkeit betroffen.

Seit der DGB im vergangenen Jahr seine aufsehenerregende Studie über die „Neue Armut“ veröffentlichte, hat sich die sozialpolitische Situation im Zeichen der konservativen Wende weiter verschlechtert. Zu diesem bestürzenden Resultat kamen völlig übereinstimmend die annähernd 100 Wissenschaftler und Vertreter kirchlicher und freier Sozialdienste, die zusammen mit führenden Gewerkschaftern im Haus der evangelischen Kreuzkirchengemeinde über Gegenstrategien gegen die „Neue Armut“ berieten. Motto der Tagung: „... die im Dunkeln sieht man nicht.“

Wenn die Gewerkschaften von „neuer Armut“ sprechen würden, so dürfe dies nicht so interpretiert werden, sagte Gerd Muhr, daß „wir von der Herkunft dieser Armut ablenken wollen“. Die „neue Armut“ seit nichts anderes als die alte soziale Frage im neuen Gewand. Materielle Unterversorgung und soziale Deklassierung seien durchaus nicht nur auf Personengruppen beschränkt, die außerhalb des Arbeitsprozesses stünden, sondern würden sehr schnell auch die sogenannten Normalarbeiter und ihre Familien erfassen. Zwischen Ausgrenzung und einem gesicherten Beschäftigungs- und Sozialverhältnis bestünden keine starren Grenzen. Seit Beginn der Wirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre haben die Arbeitsämter alles in allem 33 Millionen Arbeitslosigkeitsfälle registriert. 12,5 Millionen Arbeitnehmer sind in den zurückliegenden zehn Jahren einmal oder mehrmals arbeitslos geworden. Der Kreis der abgesicherten Arbeitsbevölkerung werde zusehends kleiner. Je niedriger das Arbeitseinkommen, je länger die Arbeitslosigkeit und je häufiger der erzwungene Wechsel zwischen Arbeit und Arbeitslosigkeit ist, desto größer ist das Risiko, unter die Armutsschwelle zu sinken.

Täglich 47 Gramm Fleisch, 40 Gramm Wurst und 21 Gramm Käse, alle 10 Tage eine Busfahrt und eine Flasche Bier, jährlich eine Glühlampe und einmal Schuhsohlen – erst wer auf dieses sozialkulturelle Existenzminimum heruntergedrückt

ist, gilt in der Bundesrepublik als arm. 1983, erinnerte der stellvertretende DGB-Vorsitzende, waren es bereits 2,4 Millionen Menschen. „In einem der reichsten Industrieländer der Welt kann aber wohl nicht nur der als arm bezeichnet werden, der in materiellem Elend lebt oder gar vom Hungertod bedroht ist. Armut ist eine relative Größe, die den wachsenden Reichtum und Luxus in dieser Gesellschaft nicht ignorieren darf.“

Um wenigstens die größten Mißstände in der Sozialversorgung von Arbeitslosen zu beseitigen, schlug Gerd Muhr für den DGB Verbesserung in sieben gravierenden Punkten vor:

1. das Arbeitslosengeld für alle Betroffenen ohne Altersbegrenzung zu verlängern;
2. den Einstieg ins Versicherungssystem für Jugendliche und Mehrfacharbeitslose zu erleichtern;
3. die unterschiedliche Behandlung von kinderlosen und anderen Arbeitslosen aufzugeben;
4. die vom DGB seinerzeit abgelehnte Ausdehnung der Sperrfristen zurückzunehmen;
5. eine bedarfsorientierte Mindestsicherung bei Arbeitslosigkeit einzuführen, die dann eingreift, wenn die Nürnberger Leistungen unter den Sozialhilfesatz zu sinken drohen;
6. Aufstockung der Sozialhilfeleistungen um 16 bis 30 Prozent;
7. Abschaffung der zwangsweisen Heranziehung von Sozialhilfeempfängern zu gemeinnütziger Arbeit und eine Umwandlung der bestehenden Arbeitsplätze in reguläre versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Im anschließenden Vortrag über die „Auswirkungen des Sozialabbaus auf die Famili-

lien“ rechnete Helmut Hartmann vom Kölner Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik hoch, daß insgesamt 11 Millionen Haushalte, fast die Hälfte der Bevölkerung, vom Sozialabbau betroffen wurden. Prof. Brück aus Bochum, der seit 30 Jahren aktiv in der Sozialpolitik wirkt, zeigte sich bestürzt darüber, wie die Wende-Regierung in Bonn alle Errungenschaften des sozialen Systems in der Bundesrepublik aufs Spiel setze. In den letzten drei Jahren seien rund 176 Milliarden DM an sozialen Ausgaben eingespart worden, während wohlverdienter Unternehmer um 174 Milliarden „entlastet“ wurden. Man könne sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Sozialabbau in Korrelation zur Bonner Korruption stehe. „Wie soll ich da meinen Studenten noch die Glaubwürdigkeit unseres Sozialstaates verdeutlichen?“

Eduard Wörmann, Leiter des Sozialamtes der Evangelischen Kirche von Westfalen, stellte ebenso wie Paul Satkamp, Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeiterwohlfahrt, die notwendige politische Mobilisierung der Betroffenen heraus. Eine passive Betreuung der „neuen Armut“ ändere nichts an der Situation. Hans Janßen, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, machte dazu die politischen Hintergründe sichtbar. Es sei ja keines-

„Falls wir nicht schleunigst zu einer anderen Sozial- und Wirtschaftspolitik zurückfinden, werden wir – dem amerikanischen Beispiel folgend – die Hungerküchen vorheizen müssen.“
Gerd Muhr

wegs so, daß es sich bei der „neuen Armut“ nur um politisches Versagen der herrschenden Kreise handele, vielmehr müsse davon ausgegangen werden, daß „das Entstehen und das Existieren einer neuen Armut gewollt oder doch zumindest bewußt geduldet“ werde. Der Zweck sei die Disziplinierung der Arbeitnehmerschaft, der Druck auf sie, der den konservativen Politikern „nicht unangelegentlich“ komme.

„Dagegen aktiven Widerstand zu leisten, sei keine Frage von Parteipolitik“, sagte Janßen. „Dieser Widerstand kann ebenso gut mit humanistischen und sozialistischen Traditionen als auch in christlichen Überzeugungen begründet sein.“ Dementsprechend rief der Metallarbeiterführer alle gesellschaftlichen Gruppierungen, die dem beständigen Sozialabbau nicht mehr tatenlos zusehen wollen, zur aktiven Unterstützung der Herbstaktionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf. „Widerstand gegen eine solche Politik ist eine Parteinahme für die Interessen der sozial Schwachen, der Unterdrückten und der Armen in dieser Gesellschaft, ein aktives Eintreten für das Verfassungsgebot des Sozialstaatsprinzips.“

Peter Baumöller

NACHRICHTEN-DOKUMENTATION

DGB-Bundesvorstand: Erklärung zu SDI

Zu dem Konzept der Strategischen Verteidigungsinitiative der USA (SDI), das die Militarisierung des Weltraums nach sich ziehen würde, faßte der DGB-Bundesvorstand am 2. Juli 1985 folgenden Beschluß:

1. Mit der Entscheidung über das sogenannte SDI-Forschungsprogramm (Strategic Defense Initiative, Strategische Verteidigungsinitiative), die vom Kongreß der Vereinigten Staaten zu treffen ist, werden Weichen für die künftige Militärstrategie des westlichen Bündnisses gestellt. Von dieser Entscheidung wird auch die künftige Fähigkeit des Bündnisses beeinflusst, abrüstungs- und rüstungspolitisch glaubhaft zu agieren und schließlich das System der wechselseitigen Abschreckung gemeinsam mit dem Warschauer Pakt zu überwinden.

2. Auch die Sowjetunion betreibt seit langer Zeit Forschungen über die verstärkte militärische Nutzung des Weltraums. Sie hat dieses Thema allerdings erst zu einem Gegenstand der rüstungskontrollpolitischen Diskussion gemacht, als sich mit dem SDI-Programm ein möglicher Vorsprung der USA abzeichnete.

3. Der Weltraum wird bereits heute in erheblichem Maße militärisch genutzt. Aufklärungs-, Beobachtungs-, Nachrichten- und Wettersatelliten stellen eine wesentliche Grundlage der militärischen Logistik und Aufklärung beider Bündnissysteme dar.

4. Für die Begründung des SDI-Programms wird von der US-Administration auf deren Endziel: Überwindung der Abschreckung verwiesen. Das SDI-Programm wird zudem dadurch moralisch aufgewertet, daß es als ausschließlich defensiv eingestuft wird. Aber: Eine Klassifizierung einzelner Waffensysteme als „defensiv“ oder „offensiv“ ist fragwürdig. Worauf es ankommt, ist die Gesamtstruktur der Bewaffnung und der Militärdoktrin. Erst diese Gesamtstruktur vermittelt dem möglichen Gegner einen Eindruck von den eigenen Möglichkeiten und Absichten des jeweils anderen.

Eine Realisierung des SDI-Konzeptes würde fundamental das strategische Gleichgewicht verletzen und eine Aufrüstungsrunde nie dagewesenen Ausmaßes einleiten. Insbesondere die Interessen der Bundesrepublik Deutschland an einer Verbesserung des Ost-

Inhaltsverzeichnis:

Hans Preiss: 40 Jahre danach und kein bißchen weise	14
Franz Steinkühler: Nicht Befreiung von, sondern in der Arbeit	16
Thesen der DKP zu Aktionseinheit und Gewerkschaft	19
Polen-Information aus erster Hand	21
Wiener Konferenz gegen Krieg der Sterne	23

West-Klimas und einer Politik der Entspannung werden dadurch negativ berührt. SDI ist eine Absage an das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit, das angesichts vorhandener Nuklearpotentiale gefördert und vorangetrieben werden sollte.

Im Atomzeitalter ist Sicherheit nur mit dem potentiellen Gegner, also nur gemeinsam organisierbar und wirksam. An einem solchen Konzept der Sicherheitspartnerschaft sollte Europa gerade wegen seiner spezifischen geopolitischen Lage großes Interesse haben. SDI zielt nach dem gegenwärtigen Erkenntnisstand ausschließlich auf die Sicherung des amerikanischen Kontinents ab. Dies würde das Entstehen von Zonen ungleicher Sicherheit und damit die Gefährdung der Stabilität des NATO-Bündnisses bewirken.

Das Ziel, mit der Verwirklichung der Strategischen Verteidigungsinitiative die atomare Bedrohung der Welt und letzten Endes die grausame Logik der Abschreckung zu beseitigen, ist illusorisch.

– Die Anstrengungen der USA, ballistische Interkontinentalraketen der Sowjetunion bei einem Angriff abzufangen und zu vernichten, ehe sie das eigene Gebiet erreicht haben, können zur Folge haben, daß die Gegenseite die Zahl dieser Raketen erhöht, und zwar so weit, daß auch bei einem Verlust von 90 bis 95% der anfliegenden Systeme noch genügend Vernichtungspotential übrig bleibt. Außerdem ist es bereits heute zweifelhaft, inwieweit durch SDI das erklärte Ziel erreicht werden kann, die USA unangreifbar zu machen.

– Weitere Möglichkeiten bestehen darin, atomare Trägerwaffen zu entwickeln, die durch eine extreme Niedrigflughöhe von dem geplanten Abwehrsystem nicht erfaßt werden können, oder in noch stärkerem Maße vorgeschobene – zum Beispiel U-Boot-gestützte – Systeme zu installieren, deren geringe Vorwarnzeiten eine Bekämpfung unmöglich machen.

– Schließlich ist es denkbar, daß Gegensysteme entwickelt werden, die den durch SDI installierten Abwehrrahmen entweder stören oder außer Kraft setzen.

Alle bisherigen Erfahrungen zeigen, daß Rüstungsanstrengungen der einen Seite immer Gegenmaßnahmen der anderen Seite folgten.

5. Durch die Finanzierung der Strategischen Verteidigungsinitiative werden erhebliche finanzielle Mittel gebunden. Erste Schätzungen sprechen von mindestens 210 Milliarden DM in 10 Jahren, wobei ein fünfjähriges Forschungsprogramm und die Entwicklung und das Testen solcher Waffen eingeschlossen sind. Diese Mittel werden dringend zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen auf der Erde gebraucht: Hohe Arbeitslosigkeit und neue Armut in den entwickelten Industrieländern, Hunger und Unterentwicklung in den Staaten der dritten Welt sind die Herausforderungen.

6. Die Aufrüstung des Weltraumes hält Forschung und Wissenschaft von der Lösung der dringenden Probleme der Menschheit ab. Der Nutzen militärischer Forschung und Entwicklung für den zivilen Bereich ist relativ gering. Daraus folgt, daß es volkswirtschaftlich erheblich sinnvoller ist, Forschungsmittel direkt in die Entwicklung der notwendigen zivilen Technologien zu investieren. Dies wird z.B. von der Spitzenstellung japanischer Produktions- und Umwelttechnologie belegt, die dieses Land erreicht hat, obwohl es nur etwa 5% seiner Forschungsmittel für militärische Zwecke ausgibt.

7. Es ist zu befürchten, daß auch bei einer Beteiligung deutscher Firmen oder Forschungseinrichtungen am SDI-Programm der angekündigte Technologietransfer einseitig in Richtung USA erfolgen wird. Dafür sprechen die Erfahrungen mit den bisherigen Beschränkungen des Technologietransfers. Jeder Transfer, der auch nur möglicherweise und mittelbar eine militärische Bedeutung haben könnte, wird von den USA blockiert.

40 Jahre danach und kein bißchen weise

8. Die Ausweitung von Rüstungsproduktion und Rüstungsexport ist nicht das geeignete Mittel zur Wiedererlangung der Vollbeschäftigung. Nicht Rüstungsforschung, sondern eine breit angelegte und auch an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte Grundlagen- und angewandte Forschung ist die Basis für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland. Durch eine Beteiligung am SDI-Programm würde der Teil der Wirtschaft erheblich ausgeweitet, der von Rüstung und Rüstungsforschung abhängig ist.

Damit besteht die Gefahr der Bildung eines militärisch-industriellen Komplexes in der Bundesrepublik nach dem Muster der Vereinigten Staaten, der zunehmend auch Hochschulen und Forschungseinrichtungen umfassen würde. Die Folgen wären nicht nur neue rüstungspolitische Zwänge, sondern auch eine fortschreitende Militarisierung der Wissenschaft.

9. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, das Konzept der Strategischen Verteidigungsinitiative nicht zu unterstützen und keine staatlichen Mittel dafür aufzuwenden. Die äußerst unsicheren und geringfügigen zivilen Nutzeffekte, die diesem Technologieprogramm anhaften, können die schwere Verantwortung nicht aufwiegen, die mit einer Beteiligung an der Militarisierung des Weltraums verbunden ist. Die Bundesregierung ist vielmehr aufgefordert, auf eine verstärkte europäische Zusammenarbeit auf dem Feld der zivilen Forschungspolitik hinzuwirken, um die wirtschaftliche und technologiepolitische Unabhängigkeit Europas zu erhalten und auszubauen.

Der DGB fordert die Großmächte auf, am Weltraumvertrag von 1967 und am Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen von 1972 (ABM-Vertrag) festzuhalten. Der Weltraumvertrag verbietet die Stationierung von Kern- und Massenvernichtungswaffen in einer Erdumlaufbahn oder auf Himmelskörpern. Der ABM-Vertrag läßt zwar Forschungen zu, verbietet aber Tests, Entwicklung und Aufstellung derartiger Systeme. Die Großmächte sind weiter aufgefordert, das Salt-II-Abkommen auch über das Ende dieses Jahres hinaus einzuhalten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund appelliert an die Großmächte, die Wünsche und Hoffnungen aller Menschen auf Frieden, Sicherheit und Stabilität nicht zu enttäuschen. Diese Hoffnungen sind durch neue Militärtechnologien und Rüstungsprogramme nicht zu erfüllen.

Notwendig sind vielmehr politische Lösungen: Der DGB fordert die konsequente Fortsetzung der Entspannungspolitik, die zu einer Sicherheitspartnerschaft weiterentwickelt werden muß. Die Verhandlungen der USA und UdSSR in Genf müssen zu Rüstungskontroll- und Abrüstungsvereinbarungen führen, die eine Aufrüstung des Weltraums – und damit auch eine entsprechende Forschung – überflüssig machen, d.h.: SDI muß in Genf Verhandlungsgegenstand werden.

Tests von Weltraumwaffen müssen vertraglich ausgeschlossen werden. Die von beiden Seiten zu beachtende Obergrenze bei strategischen Interkontinentalraketen muß über die Salt-II-Vereinbarung hinaus weiter gesenkt werden. Die weitere Stationierung von nuklearen Mittelstreckenwaffen muß in einem ersten Schritt gestoppt werden. In einem zweiten Schritt muß die Zahl dieser Waffen spürbar vermindert und schließlich auf Null gebracht werden.

Darüber hinaus fordert der DGB beide Militärbündnisse auf, schnellstmöglich einen Vertrag über Gewaltverzicht abzuschließen. Der DGB fordert den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen und als Voraussetzung für ein verbessertes Verhandlungsklima das Einfrieren der Atomwaffenpotentiale. Der DGB fordert von Bundesregierung und Bundestag Initiativen zur Schaffung eines von allen Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) freien Europa. Dazu sollte in einem ersten Schritt der Vorschlag der Palme-Kommission aufgegriffen werden (300 km breiter nuklearwaffenfreier Korridor).

Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich mit allen ihren Möglichkeiten dafür einzusetzen, ein entspannungsfreundliches Klima zu schaffen, durch eigene Überlegungen zu einer weiteren defensiven Ausrichtung der Bundeswehr und durch die Mitarbeit an defensiv orientierten sicherheitspolitischen Konzepten im Rahmen der NATO ihren Beitrag zu einer Sicherheitspolitik auf neuer Grundlage zu leisten.

In Nr. 4/1985 der „Neuen Gesellschaft“ hatte das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Preiss, zu „40 Jahre danach“ geschrieben. Rainer Nahrendorf wütet am 4. Juli im „Handelsblatt“: „Die ungeheuerlichen Provokationen des Metall-Linken Hans Preiss.“ Ernst Günter Vetter folgte nur einen Tag später in der „Frankfurter Allgemeinen“ („Die Kehrseite einer Gewerkschaft“) seinen Spuren. Wir dokumentieren den Artikel von Hans Preiss in „Der Gewerkschafter“ Nr. 6/1985 „40 Jahre danach und kein bißchen weise“, der die wesentlichen Gedanken der Arbeit enthält, die zuvor in „Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte“ veröffentlicht wurden:

8. Mai 1945, 8. Mai 1985 – 40 Jahre danach. Das Drehbuch war seit Monaten geschrieben. Schauspieler und Komparsen übten ihre Rollen. Als Drehorte waren der Kölner Dom und Bitburg vorgesehen. Die märchenhafte Handlung: der Kampf um Gut und Böse. Gut war alles westlich der Elbe; östlich begann das Reich des Bösen...

Heinrich Geißler als Regieassistent brachte es auf einen einfachen Nenner: Er sehe keinen Anlaß, den 8. Mai 1945 als „Sieg des kommunistischen Sozialismus über den Faschismus zu feiern“ – besser wäre es gewesen, „wenn beide damals aus der Weltgeschichte verschwunden wären“.

Folgerichtig hieß es auch im Drehbuch: Schluß mit der Entspannungspolitik, weg mit den Ostverträgen, kurzum: Revision der als Ergebnis des zweiten Weltkrieges entstandenen Machtverhältnisse. Soweit die Handlung. Die Schauspieler konnten ihren Part abspielen.

Für den Besuch eines Konzentrationslagers blieb bei dieser Regie kein Platz. Für Hans und Sophie Scholl, die 1943 aufs Schafott gingen, für Wilhelm Leuschner, für den Widerstand der Arbeiterbewegung, für den Mord an Minderheiten gab es im Drehbuch nur leere Seiten. Vermeiden und Verschweigen war die Devise. Man mied die Wahrheit und schwieg zum Treffen der Waffen-SS in Nesselwang.

Rechtzeitig zum 8. Mai – und zwar am 12. April 1985 – wird der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) die Gemeinnützigkeit aberkannt; vom gleichen Finanzamt, das ebenso rechtzeitig am 20. April (!) 1982 dem „Kameradschaftsverband der ehemaligen Waffen-SS, Leibstandarte Adolf Hitler“ die Anerkennung als gemeinnütziger Verein zuerkannt hat.

Wenn nun doch alles ganz anders kam, wenn das Drehbuch völlig neu geschrieben, wenn Schauspieler ausgewechselt, wenn man sich an Bergen-Belsen nicht länger vorbeimogeln konnte, dann lag das an jenem Teil des deutschen und des Weltgewissens, das sich gegen das geplante Schauspiel auflehnte. Daß die deutschen Gewerkschaften an der Spitze der Bewegung gegen Geschichtsklitterung und gegen die Unterdrückung der Wahrheit standen, erfüllt uns mit Stolz; ist Hoffnung und Zuversicht. Daß Richard von Weizsäcker die Laienschauspieler Kohl und Reagan korrigieren mußte, fordert Respekt und Anerkennung.

Auch 40 Jahre danach bleibt es bei der 1960 gemachten Feststellung des CDU-Bundestagsabgeordneten Professor Dr. Franz Böhm, wonach die Bürger dadurch „die große Lehre, die sie aus der Vergangenheit zu ziehen hätten, nicht befolgen, daß nämlich eine Nation, die nicht will, daß so etwas wie der Nationalsozialismus aufkommt, sich nicht auf ihre Staatsanwälte und auf ihre Polizei verlassen darf, sondern auf die Straße gehen muß, in die Hände spucken und sich zur Wehr setzen muß, wenn irgendwelche Leute eine gehässige Politik propagieren“.

Diese Wahrheit hätte den Drehbuchautoren zum 8. Mai 1985 besser zu Gesicht gestanden.

Versäumnisse damals – Dauerkrisen heute

Die einen schufteten 1945 noch für den totalen Krieg, da planten die anderen schon das große Geschäft des „Nachkriegs“, ein nahtloser Übergang vom Rüsten zum Wiederaufbauen. Der Wiederaufbau wurde zu einem der größten Privatgeschäfte aller Zeiten. Die wirtschaftliche Bilanz aus 40 Jahren ist erstaunlich. Die politische Bilanz aber ist erschreckend.

40 Jahre danach fragt kaum jemand: Was ist geworden aus der Entnazifizierung, was ist geworden aus der Entmilitarisierung, was ist geworden aus der Sozialisierung? Das waren die drei Forderungen derer, die 1945 physisch und politisch überlebt haben. Man täusche sich nicht: Es gab Möglichkeiten des Handelns, es gab jene Leute der ersten Stunde, die mit breitester Zustimmung sagten, daß der Kapitalismus zum Faschismus geführt hat und daß jetzt Schluß sein müsse.

Es gab ein Programm, das noch von 1918 her lebendig war: Entmachtung des Großkapitals durch Sozialisierung! Bergwerke – Energieerzeugung – Schwerindustrie – Verkehrswesen – all das sollte sozialisiert werden, und wir wissen heute, daß es wieder lief wie 1918/19. So viele Versäumnisse damals, so viele Dauerkrisen haben wir heute: Atomfizz und Wertekrise, nach der Kohlenkrise die Stahlkrise, heute Smogalarm und demnächst vielleicht die Auslöschung der Menschen.

Entmilitarisierung – ist es wirklich notwendig, viel dazu zu sagen? Aus dem entmilitarisierten Deutschland wurde die am dichtesten militariserte Zone der ganzen Welt. Jede Landschaft hat ihr Pulverfaß: Giftgaslager in der Pfalz, Raketen in Württemberg, Atombomben in der Eifel, Minen in Schleswig-Holstein. Und jetzt die Perfektion des Wahnsinns: Man entzieht sich dem Widerstand auf der Erde und flieht ins Weltall.

Und die Entnazifizierung? Schnell, streng und gerecht hätte sie arbeiten sollen. Aber eines der ersten Gesetze war dann das 131er, das denen einen Pensionsanspruch einräumte, die den Nazis als Beamte treu gedient hatten. Die Verfolgten des Naziregimes hingegen wurden als Geächtete behandelt.

Auch die Unternehmer sehen, 40 Jahre danach, überhaupt keinen Anlaß – nicht mehr oder noch immer nicht – ihre Schuld einzugestehen. Was gäbe es da auch zu bekennen? Faschismus ist für sie ein „normales Geschäft“ – zwar derzeit nicht am Sitz der Muttergesellschaft, sondern am Sitz der Tochter, in Chile, in der Türkei, in Paraguay. Krieg? – Das war einfach notwendig und machte sich bezahlt, natürlich nur für das Kapital.

Was eben noch sozialer Fortschritt war, ist heute – „Verkrustung“, die wir aufbrechen müssen (Otto Esser). Das Arbeitsrecht wird „gelenkig“, und die Zahl der Frühinvaliden steigt weiter. Die Rücklagen „gesunden“, und die Arbeitslosen werden krank.

Das Offizierskorps der Reichswehr hat 1933 wesentlich zur Errichtung und Festlegung der Diktatur beigetragen. Können wir heute sicher sein? Oberst Hubatschek aus dem Planungsstab Wörners gibt uns die Antwort: „Für entscheidende Fragen der militärischen Führung ... muß an die im Krieg gewonnenen Erfahrungen angeknüpft werden.“¹ Heimlich still und leise wird die alte Spur neu gezogen.

Es bleibt: Wo die Konservativen zu Reaktionären werden, da haben die Neonazis Oberwasser. Sie sind heute frech wie nie zuvor. Sie haben sich das Wort „Widerstand“ zu eigen gemacht, und sie können sich von der Justiz der verhassten Republik gut behandelt fühlen. Die Schreibtischtäter, die ihnen den Mund öffnen, die ihnen die Feder führen, bleiben ungeschoren. Wer klagt F. J. Strauß an wegen seiner Sonthofener Rede?

Die alten Spuren

Wann endlich kümmert sich die Justiz um diejenigen, die für die Sturmschäden von Sonthofen bis Bonn nicht haften wollen? Wer zieht die alten Spuren vom Streikerlaß des preußischen Innenmini-

sters Robert von Puttkamer vom 11. April 1885 über das Verbot der Gewerkschaften 1933 bis zur Auferstehung des Puttkamerschen Ungeistes 1984? Lambsdorff erklärt im Bundestag: „Ich halte die IG Druck für eine marxistische Kaderorganisation, in der inzwischen 12 Vorstandsfiguren ohne Urabstimmung entscheiden können.“² Das sagte er ungestraft. Kein gewerkschaftlicher Abgeordneter verläßt aus Protest den Plenarsaal. Der Protest wird ausgesessen.

Heiner Geißler behauptet, der „Pazifismus“ der 30er Jahre habe Auschwitz erst möglich gemacht. Wo ist hier der Unterschied zu den Nazis? Früher hieß das Dolchstoßlegende.

Heute, – 40 Jahre danach – fragen wir: Haben wir es geschafft, die Gewerkschaften zum Träger eines Massenwiderstandes zu machen? Ist der Kampf für die 35-Stunden-Woche zu einer politischen Bewegung gegen die Wende geworden? Wir haben gekämpft mit Aufbietung aller Kräfte. Wir haben die Entscheidung auf Messers Schneide zu unseren Gunsten erzwungen. Keiner redet von Niederlage. Haben wir also gesiegt? Haben wir den Anstoß geben können?

35-Stunden-Kampf: Letztes Aufbäumen oder ein Anfang?

Ich bezweifle es: Der Kampf ist politisch nur halbherzig unterstützt worden. Noch immer verharren wir in der Defensive. Wir schlucken es, wenn die Pressemitteilung der Bundesanstalt für Arbeit anfängt, als wäre sie beim Wetteramt in Offenbach gemacht: „Schnee und Frost...“ (9/85). Das müssen ja ganz gehörige Bodenfröste gewesen sein, daß selbst der Steinkohlenbergbau Feierschichten einlegen mußte! Seit 20 Jahren sei es nicht mehr so kalt gewesen, sagt Herr Franke im Februar 1985. „Der außergewöhnlich harte Winter, der eine Kälte mit sich brachte, die in Deutschland seit 200 Jahren nicht beobachtet wurde...“ So tönte es im Februar 1929 am Beginn der Weltwirtschaftskrise.³

Wie lange wollen wir uns das eigentlich noch bieten lassen? Wie viele Millionen müssen es werden, bis wir aufwachen?

Die Wende zur „neuen Armut“ ist auch die Wende zur alten Unterdrückung – computergestützt, versteht sich. Der Kern der Sache ist unverändert: Verbändegesetz heute, Arbeitsordnungsgesetz damals – 1934. Verbändebeauftragter heute, Reichskommissar für das Gewerkschaftswesen damals – 1933. „Gemeinwohlabtätlich“ heute – „staatsabtätlich“ damals.

War der große Streik 1984 ein letztes Aufbäumen oder der Anfang? Das ist die Frage – 40 Jahre danach. Die objektiven gesellschaftlichen Voraussetzungen, die zum Faschismus führten, bestehen fort. Wir haben die kapitalistische Profitwirtschaft restauriert und unsere Vorstellungen von einer grundlegenden Neuordnung schubladisiert.

Die Konservativen haben kein Interesse, die Arbeitslosigkeit zu beiseitigen. Sie brauchen die Arbeitslosen, um ihre totale Wende, Schwächung der Gewerkschaften, Unterdrückung des kritischen Potentials, endgültig vollziehen zu können.

Sozialistische Utopie

Der konservativen Wende müssen wir unsere sozialistische Utopie als die Wirklichkeit von morgen entgegensetzen. Sozialismus nicht definiert als ökonomisches System, sondern als Inbegriff aller Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Menschen; d.h. sowohl Absage an den liberal pervertierten Individualismus als auch Absage an den organisierten Kapitalismus in seinen destruktiven Ausformungen. Soll die letzte Chance für das Überleben der Menschheit genutzt werden, dann müssen nicht nur die Weichen, dann muß der ganze Fahrplan geändert werden.

Anmerkungen:
1 Der Spiegel, 4. Mai 1984.
2 Süddeutsche Zeitung, 24. Februar 1984.
3 Metallarbeiter-Zeitung, 23. Februar 1929.

Nicht Befreiung von, sondern in der Arbeit

Der zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, ist auch Mitglied der SPD-Programmkommission. 1988 will sich die SPD ein neues Programm geben. Bisher hat die Programmkommission 40 Papiere durchgearbeitet. Durch Veröffentlichung in der Presse bekannt wurde das gemeinsame Papier von Hermann Rappe und Franz Steinkühler zum Abschnitt „Wirtschaftspolitik“. Nach der Sommerpause sollen Teilergebnisse und wichtige Beiträge als „Materialien“ veröffentlicht werden. Wir dokumentieren ein Papier, das Franz Steinkühler der Programmkommission vorlegte und speziell Fragen der Gewerkschaftspolitik behandelt.

1. Gewerkschaften und SPD-Programmdiskussion

1. Zukunft der Arbeitsgesellschaft

Es gibt Stimmen, die das Ende der Arbeitsgesellschaft voraussagen und die den Gewerkschaften allenfalls eine historische Rolle zuerkennen, sie aber unter den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen zu einem Relikt der Sozialgeschichte erklären. Diesem Irrtum unterliegen etwa Ralf Darendorf, aber auch Teile der Grünen und der Alternativen.

Es ist unbestritten, daß der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung in den letzten Jahrzehnten den Menschen in den Industriegesellschaften die Möglichkeit eröffnet hat, weniger Zeit für die Erwerbsarbeit aufzuwenden. Aber nach wie vor gilt: Nur wenige können es sich leisten, ganz auf Erwerbsarbeit zu verzichten. Für die überwiegende Mehrzahl bleibt die Erwerbsarbeit unentbehrlich, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Darüber hinaus ist die Arbeit – auch die Erwerbsarbeit – eine wesentliche Grundlage für die Würde und das Selbstwertgefühl, kurz für die Persönlichkeitsentwicklung des einzelnen Menschen. Daher wird auch in Zukunft unsere Gesellschaft – unabhängig von Arbeitszeitregelungen – eine Arbeitsgesellschaft bzw. eine Erwerbsgesellschaft sein.

Deshalb sind Denkmodelle, die die Befreiung des Menschen von der Arbeit in den Mittelpunkt stellen, für die überschaubare Zukunft unrealistisch. Sie sind auch kein Wegweiser für die vielfältigen Aufgaben der Gewerkschaften in der Gegenwart. Vielmehr besteht weiterhin eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften darin, auf eine Befreiung des Menschen von unnötigen und unwürdigen Zwängen in der Arbeit hinzuwirken. Dazu sind weitere Mitbestimmungsmöglichkeiten auf der persönlichen, betrieblichen und überbetrieblichen Ebene notwendig. Daneben ist eine Tarifpolitik erforderlich, die verstärkt die qualitativen Gesichtspunkte einer Humanisierung des Arbeitslebens in den Vordergrund rückt. Für eine fortschrittliche Entwicklung der Arbeitsgesellschaft wird es entscheidend sein, inwieweit die Kontroll- und Gestaltungsrechte im Rahmen der Mitbestimmung gestärkt und erweitert werden.

2. Industrialismus versus Anti-Industrialismus

Die Frage einer Abkehr von der Industriegesellschaft stellt sich für die Gewerkschaften nicht. Der Diskussion Industrialismus versus Anti-Industrialismus liegt ein Scheinproblem zugrunde. Es geht darum, die Industriegesellschaft demokratischer zu gestalten, nicht darum sie zu „überwinden“. Dazu gehört, die ausschließliche Orientierung am Gewinnprinzip ist durch das Prinzip sozialverpflichteter Kapitalbildung an das öffentliche Interesse zu modifizieren, der Entfremdung und der Arbeitsteilung ist entgegenzuwirken, und die Arbeit ist stärker an die Bedürfnisse der Menschen und an die Gesetzmäßigkeiten der Kreisläufe und Gleichgewichte in der Natur anzupassen.

Wirtschaftswachstum ist kein Ziel an sich, sondern das Ergebnis gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Entscheidungen. Es ist weiterhin erforderlich, weil dadurch die notwendigen ökologischen und strukturellen Anpassungsprozesse erleichtert werden.

Eine aktive Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik muß aber den qualitativen Aspekten des Wachstums eine größere Bedeutung einräumen. Dies sollte in erster Linie mit öffentlichen Investitionen, mit einem verbesserten öffentlichen Dienstleistungsangebot und mit Auflagen und Richtlinien geschehen, die den privaten und öffentlichen Unternehmen Signale in dieser Richtung geben. Besonders die Steuer- und Finanzpolitik muß diesen Prozeß unterstützen. Die öffentlichen Investitionen müssen also verstärkt in solche Bereiche gelenkt werden, die Arbeitsplätze schaffen und gleichzeitig die Lebensqualität der Menschen verbessern. Es ist ein großer ungedeckter Bedarf an öffentlichen Investitionen entstanden, zum Beispiel in den Bereichen Umweltschutz, umweltfreundlicher Energieerzeugung und -einsparung, im Verkehrsbereich – vor allem im öffentlichen Nahverkehr – und im Gesundheitswesen.

Von einem modernen staatlichen Leistungsangebot und einer ausgebauten Infrastruktur hängt letztlich die Güte und Zuverlässigkeit der allgemeinen Daseinsvorsorge ab. Sie ist eine unerläßliche Voraussetzung für den störungsfreien Gang des Wirtschaftsprozesses, dies gilt in besonderer Weise für Klein- und Mittelunternehmen.

Verstärktes qualitatives Wachstum setzt auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik voraus. Den ökonomischen und technischen Herausforderungen kann nicht begegnet werden, wenn nicht neue Initiativen in den Bereichen der allgemeinen und beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung die dafür notwendigen Qualifikationen vermitteln.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen steigenden Rüstungsausgaben und den (deswegen) knapper werdenden Mitteln im Sozialbereich und für die Finanzierung öffentlicher Investitionen. Ein Einfrieren bzw. eine Reduzierung des Rüstungsetats wird immer mehr zur Voraussetzung für die Finanzierung öffentlicher Investitionen und Sozialaufgaben.

3. Recht auf sinnvolle Arbeit

Die Frage nach der Entwicklung der Arbeitsgesellschaft muß im Mittelpunkt eines neuen SPD-Parteiprogramms stehen. Dabei wäre ein positives Leitbild von der Zukunft der Arbeitsgesellschaft zu entwerfen – durchaus als Vision formuliert –, das an die Sehnsüchte und Wünsche der Menschen anknüpft. Darin muß jeder Mensch – unabhängig von Geschlecht und persönlichem Lebensschicksal – die Chance zur Erwerbsarbeit erhalten. Dies ist nur durch eine sinnvolle Ausgestaltung und Umverteilung der Erwerbsarbeit und durch eine Neuverteilung der Eigenarbeit zu erreichen. Eine solidarische Selbstverwirklichung des Menschen kann nur in den beiden Bereichen der Arbeit gleichzeitig stattfinden. Solange „im Reich der Notwendigkeit“ Entfremdung, Unterdrückung, Ausbeutung, Gesundheitsverschleiß und schlechte Arbeitsbedingungen vorherrschen, ist keine humane und solidarische Gesellschaft vorstellbar. Auf der anderen Seite darf – wie Hausfrauen und Arbeitslose bezeugen können – die Eigenarbeit nicht mit dem „Reich der Freiheit“ verwechselt werden. Es geht um eine humanere Ausgestaltung der Erwerbsarbeit und um die gesellschaftlich wünschenswerte Annäherung und Verflechtung der Sphären von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit.

Dazu gehört im einzelnen:

3.1 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Sozialdemokraten entbinden den Staat nicht von seiner beschäftigungspolitischen Verantwortung. Die vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften und der SPD ist, die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen.

Hier befinden sich Sozialdemokraten in einem fundamentalen Gegensatz zu der irrigen Lehre der Neokonservativen, nach der die Beschäftigung lediglich das Ergebnis der marktwirtschaftlichen Preisbildung der Ware Arbeitskraft ist. Um seiner wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Verantwortung nachzukommen, muß der Staat über wirksame Steuerungsinstrumente verfügen. Neben der konsequenten Anwendung des bereits vorhandenen Instrumentariums zählen dazu auch die Mittel der modernen Investitionssteuerung (z. B. durch Forschungs- und technologische Entwicklungspolitik) sowie die Möglichkeiten der Verstaatlichung wichtiger Schlüsselbereiche.

3.2 Arbeitszeitverkürzung

Arbeitszeitverkürzung bleibt das Ziel der Gewerkschaften. Nach Schätzungen des DIW und anderer Institute wird die Zahl der Arbeitslosen auch Ende der achtziger Jahre nicht unter 2,3 Millionen sinken. Diese Massenarbeitslosigkeit wird mit staatlichen Beschäftigungsmaßnahmen allein nicht zu beseitigen sein. Wenn wir der Auswirkungen der fortschreitenden Rationalisierung Herr werden und allen einen Arbeitsplatz bieten wollen, dann brauchen wir weitere Arbeitszeitverkürzungen. Das Godesberger Programm ist in diesem Punkt erstaunlich aktuell: „Bei vollem Ausgleich des Einkommens ist die Arbeitszeit fortschreitend zu verkürzen, wie es die Entwicklung der Wirtschaft ermöglicht.“ Es ist notwendig, diese Aussage angesichts der aktuellen Entwicklung zu konkretisieren. Über die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit hinaus bleibt es das Ziel der Arbeitszeitverkürzung, den Menschen Möglichkeiten zur vielseitigen persönlichen Entwicklung und Beteiligung an den Aufgaben und Fähigkeiten der Gesellschaft zu gewähren.

3.3 Ökologische Reform der Gesellschaft

Die Notwendigkeit einer stärkeren ökologischen Ausrichtung der Ökonomie wird von den Gewerkschaften nicht bestritten. Der Ansatz der Grundwertekommission ist richtig, eine Synthese zwischen Ökonomie und Ökologie herbeizuführen. Entscheidend für die gesellschaftliche Entwicklung wird hierbei allerdings das Verteilungsproblem sein. So zutreffend es ist, daß auf längere Sicht eine Produktion nur dann wirtschaftlich ist, wenn sie auch ökologisch zu rechtfertigen ist, so unbestritten ist auch, daß der Umweltschutz zunächst einmal erhebliche Kosten verursacht. Dies gilt vor allem, wenn man in Betracht zieht, daß die bereits eingetretenen Zerstörungen und Belastungen der Umwelt – soweit möglich – wieder beseitigt werden müssen. Es darf nicht dazu kommen, daß eine Gruppe – zum Beispiel die Unternehmer – ihre Verteilungsposition für unantastbar erklärt und die Kosten des Umweltschutzes auf die Lohn- und Gehaltsempfänger bzw. die Sozialhaushalte abgewälzt werden.

Bei der ökologischen Reform der Volkswirtschaft fällt dem Staat die entscheidende Rolle zu. Es wird eine vordringliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, hier richtungweisende Orientierungen zu geben. Der DGB hat sich dafür ausgesprochen, Umweltschutzinvestitionen vorrangig durch strenge bundeseinheitliche Auflagen, Gebote, Verbote und Abgaben unter Beachtung des Verursacher- und des Vorsorgeprinzips anzulegen. Hierbei ist der Vorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, ein „Sondervermögen Arbeit und Umwelt“ zu schaffen, ein wichtiger Beitrag. Darüber hinaus ist zu überlegen, ob dem Staat im neuen Parteiprogramm nicht ein ökologischer Schutzauftrag zugeschrieben werden muß, der dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes vergleichbar ist.

3.4 Soziale Steuerung der technologischen Entwicklung

Fehleinschätzungen über die Haltung der Gewerkschaften zu den neuen Technologien sind auch unter Sozialdemokraten verbreitet. Einige werfen den Gewerkschaften eine technologiefeindliche Haltung vor, andere kritisieren sie, weil sie zu wenig Widerstand gegen diese Technologie leisten. Tatsächlich haben die Gewerkschaften eine differenzierte Position. Technologien, die die menschliche Arbeit erleichtern oder die der Erhaltung von Natur und Umwelt dienen, werden von uns befürwortet. Technologien jedoch, die nur dem Profitinteresse dienen und die Machtausübung und die Kontrolle in den Händen weniger begünstigen, lehnen wir ab. (z. B. Personalinformationssysteme, bestimmte Kommunikationstechnologien).

Es ist inzwischen eine gesicherte Erkenntnis, daß die neuen Technologien vielerorts mehr Arbeitsplätze vernichten, als sie schaffen. Darüber hinaus bergen sie Risiken, weil sie neue Gesundheitsgefahren mit sich bringen und die Fähigkeiten und Qualifikationen der Arbeitnehmer in vielen Berufen entwerfen. Andererseits gilt auch: Mancherorts kann die Handlungskompetenz von Arbeitnehmern mit dem Einsatz der neuen Technologien zunehmen. Die neuen Technologien erweitern auch in einigen Bereichen die Chancen für eine Humanisierung der Arbeit. Diese gilt es zu nutzen.

Im Aktionsprogramm „Arbeit und Technik – der Mensch muß bleiben“ der IG Metall heißt es: „Die Ausformung und Anwendung neuer Techniken sind nicht naturgesetzlich vorgegeben. Es gibt Alternativen, die den Menschen als Mensch im Arbeitsprozeß belassen,

Arbeitsbedingungen, die Selbständigkeit, Kommunikation und Qualifikation und Kreativität erfordern. Statt des Einsatzes von Techniken, die den Menschen verdrängen, muß jeweils geprüft werden, ob nicht arbeitsorientierte Lösungen möglich sind. Denn oft ist die Kombination von qualitativer Arbeit (z. B. in Arbeitsgruppen) und der Einsatz neuer Techniken (z. B. in einer Fertigungsinsel) genauso produktiv und wirtschaftlich. Und mehr Menschen behalten einen Arbeitsplatz.“ Entscheidend ist für die Gewerkschaften, daß die Technologien dem Menschen dienen, und nicht umgekehrt der Mensch zum Gefangenen der neuen Technik wird. Im Zusammenhang mit der Technologieentwicklung ist die Forderung an die Wirtschaft zu bekräftigen, bei der Erforschung der neuen Technologien gleichzeitig die Fragen ihrer sozialen Auswirkungen zu untersuchen, um damit sozialverträgliche Lösungen zu finden.

3.5 Ausbau des Sozialstaates

Mit dem Abbau von Sozialleistungen und Arbeitnehmerschutzrechten wird nicht die Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern es werden zusätzlich sozial- und gesellschaftspolitisch höchst negative Prozesse ausgelöst. Die ökonomische Lebensgrundlage der Arbeitnehmer ist in aller Regel ein Lohn- oder Gehaltseinkommen aus ihrem Arbeitsverhältnis. Daher sind die Arbeitnehmer ausnahmslos auf gesellschaftlichen Schutz und Sicherung gegen soziale Risiken angewiesen. Der Sozialabbau in den letzten Jahren hat Ungerechtigkeit, Chancengleichheiten und zunehmende Armut zur Folge gehabt. Die Lebensinteressen und sozialen Forderungen breiter Bevölkerungsschichten wurden mißachtet.

Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes garantiert nicht „nur“ den Anspruch der Bürger auf soziale Sicherheit und die dafür notwendigen Dienstleistungen. Die politische Maxime des Sozialstaatsgebots ist vielmehr: Mit Hilfe sozialer und gesellschaftlicher Reformen die Voraussetzungen für die Entfaltung der Grundrechte aller Menschen zu schaffen. Nur eine soziale Mindestversorgung – den gemeinschaftlichen Schutz vor den großen Lebensrisiken eingeschlossen – schafft die Freiheit und Möglichkeit für jeden Bürger, die Grundrechte der Verfassung tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Der Abbau von Arbeitnehmerschutzrechten und kollektiven Sicherungssystemen gerade dann, wenn diese besonders benötigt werden, befestigt und stützt autoritäre Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse und verstößt gegen den politischen Kern des Sozialstaatsgebotes des Grundgesetzes.

Die Gewerkschaften erwarten, daß in einem neuen Grundsatzprogramm der SPD im Bereich der Sozialpolitik umsetzbare und zukunftsweisende Lösungswege für die bestehenden Probleme aufgezeigt werden. In diesem Zusammenhang sei an die leidvolle Erfahrung mit allenfalls kurzfristigen Sanierungsoperationen bei der Rentenfinanzierung erinnert. Die Gewerkschaften halten am Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes fest. Damit stellen sie dem von den Konservativen stillschweigend verfolgten Konzept der „Zweidrittelgesellschaft“ das Leitziel der Solidargemeinschaft entgegen. Reformen der einzelnen Systeme sind erforderlich, um den Sozialstaat zu erhalten und weiter auszubauen. Hierzu haben die Gewerkschaften zahlreiche Vorschläge gemacht (z. B. Ergänzungsabgabe, Arbeitsmarktbeitrag von Beamten und Freiberuflern usw.).

Zu den Kernelementen des Sozialstaates gehören:

- die Verantwortung des Staates für die Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik,
- die Kontrolle wirtschaftlicher Macht. In einem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm muß die Möglichkeit der Vergesellschaftung von Unternehmen enthalten sein. Die Mitbestimmung muß in der Form der paritätischen Mitbestimmung konkretisiert werden.
- die soziale Beherrschung und Steuerung der neuen Technologien,
- das Prinzip der Chancengleichheit,
- gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung,
- menschengerechte Produktionsverhältnisse (Humanisierung der Arbeit, Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Erhaltung und Verbesserung der erworbenen Qualifikationen)

BEFENDEN: BESCHLÜSSE • MEINUNGEN

– sowie Arbeitszeitverkürzung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Schaffung größerer individueller Unabhängigkeit.

3.6 Wirksame Umverteilung

Die stagnierende, von Strukturkrisen geprägte ökonomische Entwicklung und die neuen Verteilungsnotwendigkeiten (z. B. Umweltschutz, dritte Welt) werden die Verteilungskonflikte verschärfen. Auch unter sozialdemokratisch geführten Regierungen wurde eine nennenswerte Umverteilung zwischen Kapital und Arbeit in der Vergangenheit nicht erreicht. Dies gilt in besonderem Maße für die Vermögensverteilung, aber auch für die Einkommensverteilung. Im neuen Grundsatzprogramm muß dem Verteilungsaspekt ein hoher Rang eingeräumt werden. Das Ziel muß sein, zu deutlichen Fortschritten bei der Umverteilung von den Kapitaleinkommen zu den Lohneinkommen zu kommen. Dabei gilt es, besonders die nicht produktiv erwirtschafteten Gewinne (z. B. Zinsgewinne, Spekulationsgewinne) zu reduzieren.

4. SPD und Gewerkschaften

SPD und Gewerkschaften müssen gemeinsam die „Zweidrittelgesellschaft“ der Konservativen verhindern. Dafür gibt es nicht nur eine von der historischen Entwicklung und von den Gesellschaftsvorstellungen solide Grundlage, sondern auch eine sachliche, von den aktuellen Problemen bestimmte Gemeinsamkeit. SPD und Gewerkschaften stehen vor ähnlichen Problemen. Sie müssen ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen einsichtig machen und dafür eine breite Anhängerschaft, möglichst eine Mehrheit in der Bevölkerung finden. Beide müssen dafür ein Bündnis der sozial starken mit den sozial schwachen Arbeitnehmergruppen herstellen.

Es wird von zentraler Bedeutung sein, ob es der SPD gelingt, im – wie es in der Sinus-Studie des SPD-Parteivorstandes heißt – „aufstiegsorientierten Milieu“ und im „technokratisch-liberalen Milieu“ Fuß zu fassen. Auch hier stehen SPD und Gewerkschaften vor gleichen Problemen. Die Stärke der Gewerkschaften wird in Zukunft entscheidend davon abhängen, ob wir stärker als bisher die Angestellten organisieren können, ohne dabei die traditionellen Anhänger- und Mitgliedergruppen in den Facharbeiterschichten zu vernachlässigen. Ich stelle die These auf: Entweder gelingt es SPD und Gewerkschaften gemeinsam, diese Schichten stärker anzusprechen, oder es wird keinem von beiden gelingen.

II. Die Berücksichtigung der Gewerkschaften in einem SPD-Parteiprogramm

1. SPD als Volkspartei

Die Entwicklung der SPD zur Volkspartei, die mit der Verabschiedung des Godesberger Programms formal bestätigt wurde, war notwendig und richtig. Es besteht kein Zweifel, daß dies auch in Zukunft der richtige Weg ist. Die Gewerkschaften akzeptieren deshalb, daß ein Parteiprogramm der SPD nicht identisch sein kann mit dem DGB-Grundsatzprogramm oder mit den Beschlüssen eines IG-Metall-Gewerkschaftstages. Volkspartei heißt aber nicht Allerpartei. Das Grundsatzprogramm sollte deshalb das Profil der SPD als einer linken Volkspartei und als einer Volkspartei, die Arbeitnehmerinteressen vertritt, besonders hervorheben. Zur SPD als linker Volkspartei gibt es keine Alternative. Dies muß in dem Bemühen, ein Bündnis der Starken mit den Schwachen, der Arbeitsplatzbesitzenden mit den Arbeitslosen herzustellen, sowohl programmatisch als auch in den praktisch-politischen Maßnahmen zum Ausdruck kommen.

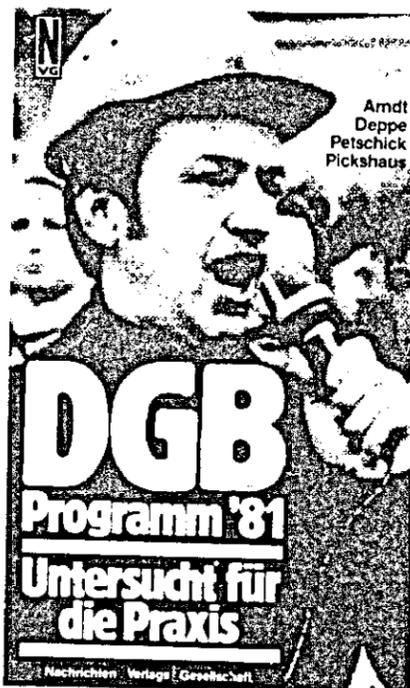
2. Soziale Bündnisse

Es gibt eine Reihe gesellschaftlicher Bewegungen, die zur Zeit der Verabschiedung des Godesberger Programms noch nicht existierten (die „neuen sozialen Bewegungen“). Die zumindest in Teilbereichen mögliche Unterstützung dieser neuen sozialen Bewegung zu erlangen, ist eine unbestrittene Notwendigkeit, wenn die SPD im Bund und in der Mehrzahl der Länder auch mehrheitsfähig werden will. Dies darf jedoch nicht dazu verleiten, die Interessen der „alten sozialen Bewegungen“ zu übergehen. Zuletzt haben die Bundestagswahlen vom 6. März 1983 gezeigt, daß die Arbeitnehmer ihre

Wahlentscheidung keineswegs streng nach traditionellen Bindungen treffen und daher ihre Stimme in ihrer großen Mehrheit der SPD geben. Die langfristige Bindung der Arbeitnehmer an die SPD hängt vielmehr davon ab, wie erfolgreich und erkennbar die SPD ihre Interessen vertritt. Deshalb muß auch im neuen Grundsatzprogramm die besondere Rolle der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften hervorgehoben werden. Dies ist eine wesentliche Begründung für den Vorschlag, im neuen Grundsatzprogramm der SPD den Gewerkschaften einen eigenen Abschnitt zu widmen.

3. Gesonderter Abschnitt über die Gewerkschaften und Kapitel zu Sachfragen

Es ist nicht damit getan, in einem gesonderten Abschnitt gewerkschaftliche Politik und Programmatik oder die Gewerkschaften selbst zu erwähnen. Vielmehr muß sich die Verpflichtung des Programms gegenüber den Arbeitnehmerinteressen in den einzelnen



344 Seiten
18 DM
ISBN 3-88367-017-5

Sachkapiteln (z. B. Arbeit, Technik, Wirtschaft, Sozialstaat) niederschlagen. In den Ausführungen zu konkreten Sachfragen sollten sich die gewerkschaftlichen Positionen etwa zur Frage der Mitbestimmung oder zur Rolle der Gewerkschaften in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wiederfinden.

Am sinnvollsten wäre es, in dem Kapitel „Staat und Gesellschaft“ einen gesonderten Abschnitt über die Gewerkschaften aufzunehmen. Hier sollte das neue Parteiprogramm das Verhältnis der SPD zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Kräften erläutern. Dabei sollte es nicht bei einer schematischen Abhandlung der gesellschaftlichen Gruppen bleiben, sondern es käme darauf an, den inhaltlichen Bezug mit den Grundausrichtungen des Programms herzustellen. Aus diesem Zusammenhang zwischen politischen Vorstellungen und gesellschaftlichen Gruppen ergibt sich dann die besondere Bedeutung der Gewerkschaften für die SPD.

4. Elemente eines Abschnitts „Gewerkschaften“

In einem solchen Abschnitt müßte

– die Rolle der Gewerkschaften als Bestandteil und Stütze unserer demokratisch verfaßten Gesellschaft und unseres Staates betont werden;

„Die Gewerkschaften sind entscheidender Integrationsfaktor der Demokratie und unentbehrliche Kraft für eine demokratische Fortentwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft. Freie und unabhängige

ge Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder demokratischen Gesellschaft“ (DGB-Grundsatzprogramm);

– Die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und ihr besonderes Verhältnis zur SPD dargelegt werden:

„Die Gewerkschaften sind und bleiben eine von Regierungen, Parteien, Kirchen und Unternehmen unabhängige gesellschaftliche Kraft“ (DGB plus eigener Text);

„Die gemeinsame Geschichte und das gemeinsame Ziel, für die Interessen der Arbeitnehmer einzutreten, begründen eine besondere Beziehung der SPD zu den Gewerkschaften“ (eigener Text);

– das Ziel der Gewerkschaftspolitik genannt werden:

„Es war von Anbeginn das Ziel der Gewerkschaften, der Würde des arbeitenden Menschen Achtung zu verschaffen, seinen gerechten Anteil am Ertrag der Arbeit durchzusetzen, ihn zu schützen und sozial zu sichern und eine Gesellschaftsordnung zu erkämpfen, die allen die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit ermöglicht“ (DGB-Grundsatzprogramm);

– eine „Bestandsgarantie“ der Gewerkschaften formuliert werden:

„Alle Arbeiter, Angestellten und Beamten haben das Recht, sich in Gewerkschaften zusammenzuschließen. In der heutigen Wirtschaft sind die Arbeitnehmer denen ausgeliefert, die die Kommandostellen der Unternehmen und ihrer Verbände besetzen, wenn sie ihnen nicht in unabhängigen Gewerkschaften ihre solidarische, demokratisch geordnete Kraft entgegenstellen, um Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit frei vereinbaren zu können. Die Einheitsgewerkschaft ist eine historische Errungenschaft, für deren Bewahrung sich die Sozialdemokraten einsetzen. Das Streikrecht gehört zu den selbstverständlichen Grundrechten der Arbeiter und Angestellten“ (Godesberger Programm plus eigener Text).

Thesen der DKP zu Aktionseinheit und Gewerkschaft

Auch in der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) werden zur Zeit erneut programmatische Aussagen diskutiert. Der DKP-Parteivorstand veröffentlichte am 28. Juni 37 Thesen „Neue Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit – für eine demokratische Wende“, die die veränderten Bedingungen seit Verabschiedung des DKP-Parteiprogramms von 1978 einschätzen sollen. Auf dem nächsten Parteitag der Kommunisten im Mai 1986 sollen sie dann nach ausführlicher Diskussion verabschiedet werden. Zur Information unserer Leser dokumentieren wir hier die Thesen 22 und 23 zur Aktionseinheit und zu neuen Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes.

These 22

Neue Erfahrungen der Aktionseinheit – Sozialdemokraten und Kommunisten

Zu keinem Zeitpunkt seit Konstituierung der DKP haben wir soviel Erfahrungen auf dem Gebiet der Aktionseinheit der Arbeiterklasse gesammelt wie seit Beginn der 80er Jahre. Kein anderes Feld unseres Wirkens steht so im Zentrum der Angriffe des Klassegegners.

Das Ringen um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse ist seit jeher ein Kernstück der Politik der DKP. Die Aktionseinheit ist notwendig, weil die Arbeiterklasse der Bundesrepublik aus unterschiedlichen sozialen und heute auch unterschiedlichen nationalen Gruppen besteht, weil in ihr verschiedene politische und weltanschauliche

Strömungen wirken, weil dieser differenzierten Klasse in Gestalt des in- und ausländischen Monopolkapitals ein mächtiger, hochorganisierter, einheitlich handelnder Gegner gegenübersteht, gegen den nur im gemeinsamen Handeln Erfolge durchgesetzt werden können. Die Aktionseinheit ist möglich, weil die Arbeiterklasse gemeinsame Klasseninteressen hat, weil ungeachtet aller Unterschiede das Einigende bei weitem stärker ist als das Trennende.

– In unserem Parteiprogramm heißt es: „Im Ringen um die Aktionseinheit mißt die DKP dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten entscheidende Bedeutung bei. Sie repräsentieren die beiden Hauptströmungen der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik. Die DKP erstrebt ein vertrauensvolles, kameradschaftliches Verhältnis zu den Mitgliedern, Anhängern und Organisationen der Sozialdemokratie. Sie tritt, geleitet von den Interessen der Arbeiterklasse, für die Zusammenarbeit mit der SPD ein.“ „Die DKP erstrebt die Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten nicht nur für die unmittelbare Gegenwart, beim Ringen um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Sie will diese Zusammenarbeit auch für die Zukunft, im Kampf für die Überwindung der Macht der Monopole, für eine antimonopolistische Demokratie, für die sozialistische Umgestaltung der Bundesrepublik.“

– Allen Schwierigkeiten zum Trotz hat das Zusammenwirken von Sozialdemokraten und Kommunisten in den meisten Arbeiterkämpfen und demokratischen Bewegungen seit Bestehen der Bundesrepublik eine wesentliche Rolle gespielt. Durch die Verschärfung der kapitalistischen Krise und das Anwachsen der Kriegsgefahr ist, insbesondere seit dem Übergang von den 70er zu den 80er Jahren, deutlicher geworden, daß die gemeinsamen Friedens- und sozialen Interessen, die gemeinsamen antifaschistischen Überzeugungen von Sozialdemokraten und Kommunisten weitaus wichtiger sind als die politischen und weltanschaulichen Unterschiede, die sie trennen. Mit dem Übergang in die Opposition 1982 haben sich in den politischen Positionen der SPD bedeutsame Veränderungen ergeben. Die SPD hat wesentliche Forderungen der Friedensbewegung übernommen. Aus dem Ja zur Stationierung der USA-Atomraketen ist ein Nein geworden, aus der Ablehnung von Friedensaktionen ein Aufruf zur Teilnahme an ihnen. Die SPD hat sich auch wichtige gewerkschaftliche Forderungen zu eigen gemacht. Auf einigen Gebieten der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik hat sie Vorstellungen im Interesse der arbeitenden Menschen entwickelt.

– Im Ergebnis dieser Entwicklungen haben sich die Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten verbessert. In der Friedensbewegung, in Arbeiterkämpfen gegen Massenentlassungen und Betriebsstillegungen, im Streik der Drucker und Metaller für die 35-Stunden-Woche wirkten und wirken Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften zusammen. In gemeinsamen Aktionen wächst in Teilen der SPD die Erkenntnis, daß der Antikommunismus ein Hindernis für den Kampf um Frieden und soziale Rechte ist und der Sozialdemokratie keine Vorteile bringt. Das wirkt sich positiv auf die weitere Entwicklung der Aktionseinheit in der Bundesrepublik wie auch auf die Beziehungen zwischen der SPD und kommunistischen Parteien sozialistischer Länder aus.

– Grundlegende weltanschauliche und politische Unterschiede zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten bleiben bestehen. Das Handeln der Kräfte, die heute die Politik der SPD bestimmen, ist durch die Ideologie der Sozialpartnerschaft geprägt und darauf gerichtet, den Kapitalismus durch „Modernisierung“ zu stabilisieren. Wichtige gewerkschaftliche Forderungen (z. B. nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie) stoßen auf den Widerstand maßgeblicher Kräfte der SPD-Führung. Die offizielle Politik der SPD ist auch in solchen grundlegenden Fragen wie der Haltung zur Abrüstung, zum USA-Imperialismus, zur CDU/CSU, zur Zusammenarbeit mit anderen Kräften links von der CDU/CSU, insbesondere mit der DKP, nach wie vor inkonsequent oder läuft sogar nationalen und Arbeiterinteressen zuwider. Die Gefahr der Wiederaufnahme einer Politik der „nationalen Gemeinsamkeit“ mit den Rechtsparteien bis zu einer „großen Koalition“ bleibt bestehen. Aber die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiterklasse ist ein Faktor, der für die Politik der Sozialdemokratie objektiv zunehmendes Gewicht gewinnt. Vor allem die drängenden Aufgaben des Kampfes für Frieden und

BREMEN: BESCHLÜSSE: MEINUNGEN

Arbeit sind für Sozialdemokraten und Kommunisten eine Herausforderung zu gemeinsamem und gleichgerichtetem Handeln.

– Zur Aktionseinheitspolitik der DKP gehört auch das Bemühen, die der grün-alternativen Strömung verbundenen, die in den Sozialausschüssen der CDU/CSU organisierten und die sich an keiner Partei oder Bewegung orientierenden Kolleginnen und Kollegen in gemeinsame Aktionen einzubeziehen. Für die Entwicklung der Klassenkämpfe und die Stärkung der Einheitsgewerkschaft mißt die DKP, nächst dem gemeinsamen Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, insbesondere auch dem Zusammenwirken mit jenen neben der SPD stehenden linken Arbeitern und Angestellten wachsende Bedeutung zu, die gegen sozialpartnerschaftliche Politik auftreten und sich von Klassenpositionen leiten lassen.

These 23

Neue Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes

Im Programm der DKP heißt es: „Die Einheitsgewerkschaften, an deren Schaffung die Kommunisten nach der Befreiung vom Fader ökonomische Spielraum, der es Staat und Monopolen erlaubte, sowohl die Profite und Rüstungsausgaben zu steigern als auch Zugeständnisse bei der Erhöhung der Reallöhne und Sozialleistungen zu machen, ist wesentlich geringer geworden. Damit sind auch die Möglichkeiten, auf der Grundlage einer sozialpartnerschaftlichen Politik materielle Erfolge zu erreichen, bedeutend eingeschränkt. Mehr denn je können die Gewerkschaften ihre Aufgabe jetzt nur noch in dem Maße wahrnehmen, wie sie eine kämpferische Strategie entwickeln, die auf die konsequente Vertretung von Klasseninteressen gerichtet ist. Davon hängen die Anziehungskraft der Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse, insbesondere auf die Arbeiterjugend, sowie die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades ab. Unter diesen Bedingungen wächst die Bedeutung der Einheitsgewerkschaften.“

Im Programm der DKP heißt es: „Die Einheitsgewerkschaften, an deren Schaffung die Kommunisten nach der Befreiung von Faschismus wesentlich beteiligt waren und in denen sie stets aktiv mitarbeiten, stellen eine der größten Errungenschaften der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik dar.“ „Auch künftig sind starke, an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte und für sie handelnde Gewerkschaften unentbehrlich. Sie bilden ein Kraftzentrum für die Verteidigung und die Erweiterung sozialer und demokratischer Rechte wie für die Sicherung des Friedens.“ „Die DKP wirkt für die Stärkung der Gewerkschaften. Sie bekämpft alle Angriffe der Unternehmerverbände und anderer reaktionärer Kräfte auf die Einheitsgewerkschaften.“ Sie widersetzt sich allen Absichten, die Gewerkschaften als „Ordnungsfaktor“ des kapitalistischen Systems zu mißbrauchen, sie mit der Ideologie der Sozialpartnerschaft an das Großkapital und eine dessen Interessen dienende Regierungspolitik zu binden.“

– Seit dem Bonner Regierungswechsel hat in den Gewerkschaften die Bereitschaft zum Kampf für Arbeit und soziale Rechte und auch zum friedenspolitischen Engagement zugenommen. Nach wie vor üben sozialpartnerschaftlich orientierte Kräfte in den Gewerkschaften einen starken, teilweise sogar dominierenden, Einfluß aus. Zugleich treten jedoch zunehmend neue Kräfte in Erscheinung, die sich an Klassenpositionen der Arbeiterklasse ausrichten. Das wachsende gewerkschaftliche Engagement im sozialen Kampf wie in der Friedensbewegung ist vor allem das Ergebnis der vorwärtsdrängenden Aktivitäten und des wachsenden Einflusses dieser Kräfte. Ihr Einfluß äußert sich auch im stärkeren Hervortreten antimonopolistischer Vorstellungen in einigen Gewerkschaften. So finden Forderungen nach Verstaatlichung bzw. Vergesellschaftung bestimmter Wirtschaftszweige wie sie jahrzehntelang fast ausschließlich von Kommunisten vertreten wurden, heute die Zustimmung betrieblicher und gewerkschaftlicher Vertretungen, ja einer so bedeutenden Gewerkschaft wie der IG Metall.

– Die sozialen Kämpfe seit Beginn der 80er Jahre beweisen, daß die Arbeiterklasse der Bundesrepublik auch angesichts eines enormen ökonomischen und politischen Drucks des Klassengegners zu kämpfen versteht. Die Drucker und Metaller haben 1984 durch

ihren Streik Signale für die Arbeiterbewegung des eigenen Landes und anderer entwickelter kapitalistischer Länder gesetzt. Gegen die Front von Unternehmern, Regierung und Massenmedien konnte das Tabu der 40-Stunden-Woche durchbrochen werden.

– Zugleich hat die zunehmende Härte der Klassenauseinandersetzungen Schwächen der Gewerkschaften deutlicher hervortreten lassen. Der Streik für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich war ein Kampf für die ganze Arbeiterklasse, für die Werktätigen aller Wirtschaftszweige. Um so schädlicher war das Nichtzustandekommen einer einheitlichen gewerkschaftlichen Konzeption zur Arbeitszeitverkürzung, vor allem die Distanzierung einzelner Gewerkschaftsführungen vom Ziel der 35-Stunden-Woche. Der Lebersche Schlichtungsvorschlag zeigte besonders drastisch, wie verhängnisvoll sich eine sozialpartnerschaftliche Orientierung auf die Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen auswirkt. Nicht nur war die Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden unzureichend. Vor allem beschwört das Eingehen auf die „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit für die künftige Einheitlichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung große Schwierigkeiten herauf.

– Die Kampfbedingungen der Gewerkschaften werden wesentlich durch die Massenarbeitslosigkeit kompliziert. Monopole und Staat sind bemüht, Arbeitende und Arbeitslose gegeneinander auszuspielen, die Arbeitslosen aus der Arbeiterbewegung auszugrenzen, sie für die Unterstützung einer gegen die Gewerkschaften gerichteten Politik des Großkapitals zu gewinnen.

Die Arbeitslosen sind ein untrennbarer Bestandteil der Arbeiterklasse. Der Kampf für ihre Interessen, für die Verbesserung ihrer Lage, vor allem dafür, daß sie Arbeit erhalten, ist eine erstrangige Pflicht der gesamten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Angesichts der Tatsache, daß die Arbeitslosen einen großen und wachsenden Anteil der Klasse ausmachen, ist ihre Einbeziehung in die Organisation und in die Solidarität der Arbeiterbewegung ein Grunderfordernis des Klassenkampfes. Arbeitslose und beschäftigte Kollegen müssen innerhalb der Gewerkschaften die gleichen Rechte haben. Eine separate „Arbeitslosen-Gewerkschaft“ läge weder im Interesse der Arbeitslosen noch der Arbeiterklasse insgesamt.

– Vor dem Hintergrund der neuen Klassenkampfverfahren stellt sich das Problem der Aktionseinheit mit wachsender Schärfe. Mehr denn je gefordert ist das gemeinsame Handeln von sozialdemokratischen und kommunistischen, grün-alternativen, christlichen und parteipolitisch ungebundenen Kollegen in den Einheitsgewerkschaften. Notwendiger denn je ist, daß die verschiedenen Einzelgewerkschaften an einem Strang ziehen.

Gebraucht wird eine gewerkschaftliche Strategie, die verhindert, daß Staat und Monopole die verschiedenen Gruppen der Arbeiterklasse auseinanderdividieren. Es geht darum, die Interessen sowohl der Arbeitenden als auch der Arbeitslosen zu berücksichtigen. Es darf nicht zugelassen werden, daß Ausländer und Frauen zusätzlich diskriminiert, daß neu heranwachsende Arbeitergenerationen von Anfang an aus dem Arbeitsprozeß und der gewerkschaftlichen Organisiertheit ausgegrenzt werden. Es muß verhindert werden, daß durch eine immer stärkere Differenzierung der Belegschaften in „normal“ Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte, Beschäftigte mit Zeitverträgen, Heimarbeiter usw., durch zunehmend unterschiedliche Arbeitszeitregelungen (in verschiedenen Branchen, aber auch in Betrieben der gleichen Branche) eine soziale Spaltung in die Arbeiterklasse getragen wird.

– Die zunehmende Bedrohung der Interessen der Arbeiterklasse durch die Politik der herrschenden Klasse zwingt die Gewerkschaften dazu, ihre Tätigkeit auch außerhalb der „klassischen“ gewerkschaftlichen Kampffelder zu aktivieren. Gefordert ist die Entwicklung einer eigenständigen antimonopolistischen Wirtschafts- und Sozialpolitik, ein stärkeres gewerkschaftliches Engagement im Friedenskampf, beim Umweltschutz und bei der Verteidigung demokratischer Kampfbedingungen, in der Technologie- und Medienpolitik. Dabei werden die Gewerkschaften um so erfolgreicher sein, je mehr sie mit allen Kräften der politischen Arbeiterbewegung zusammenwirken und auch die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Bewegungen suchen.

Vergesellschaftung der Stahlindustrie

„Vergesellschaftung der Stahlindustrie bei entscheidenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften auf die zukünftige Unternehmenspolitik“ – so lautete die Forderung des 14. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall. Nicht nur die Änderung der Eigentumsverhältnisse wird angestrebt, sondern auch eine entsprechende Änderung der Verfügungsmacht über Produktionsmittel und deren Nutzung für gesellschaftliche Ziele. Zur Diskussion im Betrieb veröffentlichte die Funktionärszeitschrift der IG Metall, „Der Gewerkschafter“, Juni 1985, einige Thesen, die wir im folgenden dokumentieren.

1. Allein in den letzten fünf Jahren sind in der Eisen- und Stahlindustrie über 70000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.
2. Drei Leitforderungen hat die IG Metall: Sicherung der Beschäftigung, Sicherung des sozialen Status der Arbeitnehmer und Erhaltung der Stahlstandorte.
3. Die Mitbestimmung muß erhalten, die Stahlpolitik auf gemeinschaftliche Ziele ausgerichtet werden. Voraussetzung: die Vergesellschaftung der Stahlindustrie.
4. Über drei Milliarden Mark hat die Stahlindustrie bisher aus öffentlichen Mitteln erhalten. Jetzt muß sich die öffentliche Hand dafür einen entsprechenden Einfluß sichern.
5. Vergesellschaftung ist mehr als Verstaatlichung. Sie schließt die Nutzung der Produktionsmittel für gesellschaftliche Zwecke und eine Änderung der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel ein.
6. Nach 1945 waren sich alle einig: Die Vorherrschaft des Großkapitals sollte beseitigt und darum die Grundstoffindustrie in Gemeineigentum überführt werden.
7. Die Beschlagnahmeaktionen der Besatzungsmächte waren für die Gewerkschaften der Anfang der Sozialisierung. Doch die Hoffnungen erfüllten sich nicht.
8. Zweiundzwanzig „Einheitsgesellschaften“ sollten den Kern der deutschen Stahlindustrie bilden. Das war der Vorschlag der Stahl-treuhändervereinigung. Doch schon bald begann der Weg zurück zu den „alten – neuen“ Konzernen.
9. Die „Stahltruhänder“ leiteten auch konkrete sozialpolitische Maßnahmen ein, die einen grundsätzlichen Wandel betrieblicher Sozialpolitik brachten.
10. Diese Umsetzung unseres stahlpolitischen Programms erfordert Ausdauer. Alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte müssen für die Durchsetzung mobilisiert werden.

Polen-Informationen aus erster Hand

Als unsere Redaktion erfuhr, daß führende Funktionäre aus Polen auf Einladung der DKP unser Land besuchen würden, nutzte sie die Gelegenheit, um diese für eine Informationsveranstaltung über Polen zu gewinnen. Im Düsseldorfer Hotel Vossen am Karlplatz standen am 26. Juni Włodzimierz Mokrzyński, Kandidat des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Polnischen

Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), Jan Laskowski, Erster Sekretär der Wojwodschaftsorganisation der PVAP in Olsztyn, und der Botschafter der Volksrepublik Polen in unserem Land, Tadeusz Olechowski, unseren Lesern Rede und Antwort. Die Übersetzung wurde von Elzbieta Michalowska besorgt. Thema war die politische und wirtschaftliche Entwicklung Polens, Schwerpunkt dabei selbstverständlich die Arbeit der neuen polnischen Gewerkschaften. Wenn versprochen worden war, daß es auf jede Frage eine Antwort gäbe, so geschah dies dann auch. Bedauerlich war nur, daß einige, die sich oft über Polen angeblich sachkundig äußern, die Gelegenheit nicht nutzten, um aus erster Hand Informationen zu bekommen und in streitiger Diskussion ihre eigenen Auffassungen kritisch überprüfen zu können.

In seinen einleitenden Bemerkungen sagte Kollege Mokrzyński, daß er im Dezember 1984 die ökonomische Situation Polens positiver hätte schildern können als im Juni 1985. In den Jahren 1983 und 1984 hätten die Zuwachsraten der Produktion und des Nationaleinkommens um die 5 Prozent betragen. Deutlich habe sich die Versorgung der Bevölkerung verbessert. Dann aber sei der schwere Winter gekommen und habe zu großen Verlusten geführt. Damit habe niemand gerechnet. Weniger produziert wurden eine halbe Million Tonnen Stahl, 200000 Tonnen Walzprodukte, 140000 Tonnen Schwefel, eine Million Tonnen Zement sowie 50000 Tonnen Kunstdünger. 3,5 Millionen Tonnen Kohle seien mehr verbrannt worden als in einem durchschnittlichen Winter. Die Exportverluste werden auf rund 180 Millionen Dollar geschätzt.

Als die polnische Führung im März 1985 Bilanz zog, habe man der Bevölkerung, der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften mit aller Klarheit gesagt, wenn es nicht gelinge, die Verluste auszugleichen, könnten die geplanten Kennziffern, beispielsweise die Erhöhung der Industrieproduktion um 4 bis 4,5 Prozent, nicht erreicht werden. Möglicherweise werde dann nur eine Erhöhung von einem Prozent eintreten, mit all den sich daraus ergebenden Konsequenzen für den Lebensstandard. Darüber sei überall diskutiert worden, auch in den Gewerkschaften. Es sei gelungen, 30 Prozent der Verluste auszugleichen, aber alles könne nicht nachgeholt werden, insbesondere nicht in den Bereichen, in denen vollkontinuierlich gearbeitet werde.

Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß heute noch vom Westen Restriktionen gegen Polen wirksam sind. Dies wirke sich negativ aus, ebenso aber auch die Tatsache, daß die Löhne nicht mehr zentral festgelegt würden, sondern in den Betrieben. Es gebe also Probleme über Probleme. Man müsse sie lösen. Viel Mühe sei dazu notwendig. Die Lage bessere sich aber von Monat zu Monat. Aber auch diese Besserung sei oft gar nicht so unproblematisch. Als Beispiel führte Kollege Mokrzyński die Nahrungsmittelversorgung an. Bis 1980 seien viele Millionen Tonnen Getreide und Futter importiert worden. Da der Westen diese Möglichkeiten brutal unterbunden habe, sei es notwendig geworden, die Bevölkerung aus eigenem Aufkommen zu ernähren. Dazu habe die Industrieproduktion auf die Bedürfnisse der Landwirtschaft umgestellt werden müssen.

Da aber die einzelnen Betriebe im Gefolge der Wirtschaftsreform ihre Preise nach den Produktionskosten plus einem stattlichen Gewinn berechneten, wären auch die Produktionskosten für landwirtschaftliche Erzeugnisse gestiegen. Folglich hätten auch die Aufkaufpreise für die landwirtschaftlichen Erzeuger erhöht werden müssen. Schrittweise müsse nunmehr auch das Niveau der Einzelhandelspreise dem der Kosten angepaßt werden, denn die Subventionen würden sonst die finanziellen Möglichkeiten des Staates übersteigen. Deshalb würden am 1. Juli die Preise für Fette erhöht und zugleich die Ausgabe von Lebensmittelkarten für Fette eingestellt werden.

Niemand begrüße Preiserhöhungen. Aber in der Bevölkerung sei die Einsicht gewachsen, daß diese unvermeidlich seien. Streikaufrufe seien bisher nicht befolgt worden, und er sei sicher, sie würden auch am 1. Juli nicht befolgt werden, da die Polen sich noch allzu gut an die Streiks in den Jahren 1980/81 erinnerten, die zu einem drastischen Absinken des Lebensstandards geführt haben.

Kollege Mokrzyński wandte sich dann dem Beschluß über die Suspendierung und anschließende Auflösung aller Gewerkschaften

zu. Dies sei für viele ein bestürzendes Ereignis gewesen. Aber nach einigen Jahren könne man nun bestätigen, daß dies der einzig richtige Weg war, um aus der verfahrenen Situation herauszukommen. In der Zwischenzeit hätten neue Kollegen, die mit der Spitze der alten Gewerkschaften überhaupt nicht verbunden waren, begonnen, neue Gewerkschaften in den Betrieben zu organisieren. Heute vereinigten diese Gewerkschaften schon 5,3 Millionen Mitglieder, darunter 62 Prozent ehemalige Mitglieder der Solidarnosc. Der neue Vorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbandes, Mitglied der PVAP, habe noch vor kurzem in der Leninhütte am Siemens-Martin-Ofen gearbeitet und sei Mitglied von Solidarnosc gewesen. Jeden Monat würden gegenwärtig 100 000 neue Mitglieder in die Gewerkschaften aufgenommen. Man gehe nach der Losung vor: „Wir fragen nicht, woher du kommst, woher du stammst. Komme zu uns und werde mit uns gemeinsam aktiv.“ Man werde aber nicht nur durch neue Mitglieder stark. Im Rahmen der Wirtschaftsreform würden nunmehr in den Betrieben die Löhne vereinbart, die sich nach der Höhe der Produktion richten. Hier spielten die Gewerkschaften die erste Geige, und es habe nicht wenig Fälle gegeben, in denen die von der Direktion vorgelegten Lohnvorschläge von den Gewerkschaften abgelehnt wurden.

Die neuen Gewerkschaften hätten sich schon mehrmals, und mit Erfolg, zu Wort gemeldet. So konnten sie massive Preiserhöhungen zu Beginn des Jahres abwehren. Sie setzten durch, daß Preissteigerungen nur in Etappen erfolgen dürfen und die 10-Prozent-Grenze unter keinen Umständen überschritten werden darf.

Es gäbe auch Ungeduldige in Polen, die im Hinblick auf die Diskussion mit den Gewerkschaften meinen, man solle sich um deren Meinung nicht allzu sehr scheren, wenn Maßnahmen ökonomisch begründbar seien. Aber die Partei habe aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Es sei besser, starke Gewerkschaften zu haben, die sich großer Autorität unter den Werktätigen erfreuten, mit denen es Auseinandersetzungen und auch Streit gäbe, als solche, die immer nur der Regierung zustimmten und folglich bei ihren Mitgliedern keine Unterstützung hätten. Dann käme es in einigen Jahren nur wieder zu einem großen Krach.

In Polen werde am 13. Oktober ein neues Parlament gewählt, und die Gewerkschaften könnten Kandidaten aufstellen. Er sei überzeugt, daß diese von ihrem Recht Gebrauch machen würden und es im Herbst eine stattliche Repräsentanz der Gewerkschaften in der gesetzgebenden Körperschaft Polens geben werde.

In der anschließenden Diskussion wurde ein Fülle von Fragen gestellt und Probleme aufgeworfen wie beispielsweise nach den Mitbestimmungsrechten der Gewerkschaften. Gefragt wurde, ob damit zu rechnen sei, daß weitere Gewerkschaften zugelassen würden, denn das Gewerkschaftsgesetz sehe doch solche Möglichkeiten vor, ob die Selbstverwaltungsorgane in den Betrieben nicht Konkurrenz zu den Gewerkschaften seien, wie sehe es mit der angekündigten Milliardenunterstützung für die polnische Landwirtschaft aus dem Westen aus? Interessiert war man, ob schon eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften der Bundesrepublik bestehe und was es mit dem Prozeß in Gdansk auf sich habe, den auch der Papst gegenüber dem polnischen Außenminister in Rom ansprach? Welche Rolle spiele Lech Walesa real in Polen?

Am Anfang habe bei den neuen Gewerkschaften die Organisation, d. h. der Aufbau, und die Forderung gestanden. Quantität und Qualität der Produktion haben hingegen keine große Rolle gespielt. Dies habe Sorge bereitet. Aber diese Etappe sei jetzt vorbei. Jetzt begännen sich die Gewerkschaften schon Sorge um die Produktion zu machen, wohl wissend, daß nicht mehr verteilt werden kann als zuvor produziert wurde.

Zu der Frage des Gewerkschaftspluralismus vertraten die polnischen Kollegen die Auffassung, daß hierüber die Gewerkschafter selbst entscheiden sollten. Es gäbe in den neuen Gewerkschaften schon Diskussionen über Änderungen einiger Paragraphen des Gewerkschaftsgesetzes, und es verdichte sich die Meinung, daß es neben den jetzigen Gewerkschaften keiner konkurrierenden Organisationen bedürfe.

Zur internationalen Arbeit der neuen polnischen Gewerkschaften wurde angemerkt, daß die Beziehungen zu den Gewerkschaften

der sozialistischen Länder normalisiert worden seien. Dies sei kein leichter und auch kein kurzer Prozeß gewesen. Früher oder später würden auch wieder Verbindungen mit Gewerkschaften aus dem Westen hergestellt werden. Aber all dies unterliege der freien Entscheidung der Gewerkschaften. Sie sollten sich gegenseitig einladen, alle Probleme kritisch erörtern und, wenn sie es für notwendig erachten, dann auch zu Vereinbarungen kommen. Es würden keine Hindernisse von polnischer Seite gesehen für eine Kontaktaufnahme mit dem DGB. Ob aber der DGB Kontakte wolle, stehe auf einem anderen Blatt. Alle Erfahrungen sprächen jedoch dafür, daß man Einvernehmen nur erzielen könne, wenn man zusammen spreche. Über Fernsehen und Rundfunk komme man zu keiner Vereinbarung und auch nicht über Beschlüsse, die man einseitig fasse, um die andere Seite unter Druck setzen zu können.

Der Einfluß ehemaliger Solidarnosc-Führer dürfe nicht überschätzt werden. Ihre Dummheit sei aber zu bewundern. Dies klinge vielleicht ein wenig überheblich. Aber man stelle sich vor, zu einer Zeit, wo neue Gewerkschaften gegründet werden, wäre es doch klug gewesen, sich zu bemühen, in diese einzutreten. So aber seien sie diffamiert worden. Wer sich aber so verhalte, der brauche sich dann nicht zu wundern, wenn solche Solidarnosc-Leute uralten Schlags von den Gewerkschaftsmitgliedern nicht aufgenommen würden, wenn sie dann später kämen.

Zum Prozeß in Gdansk wurde gesagt, daß es nicht zutrefte, daß dort Gewerkschafter vor Gericht gestanden hätten. Dort seien Leute beschuldigt worden, polnisches Recht verletzt zu haben. Die Sache sei noch nicht abgeschlossen. Das Gericht habe sich, entgegen den Forderungen des Staatsanwalts, für ein wesentlich geringeres Strafmaß entschieden. Die Möglichkeit der Berufung sei gegeben. Im übrigen wurde darauf verwiesen, daß, wenn sich Angeeschuldigte im Westen so provokativ benommen und das Gericht beleidigt hätten, die Strafe erhöht und nicht gemildert worden wäre.

Vom Papst werde erwartet, daß er an die Entwicklung in Polen vernünftig herangehe. Die polnische Regierung werde gegenüber dem

Zur Vorbereitung des Antikriegstages:



Autoren:
Wolfgang Abendroth,
Anton-Andreas Guha,
Bernd Klees, Horst
Klaus, Julius Lehlbach,
Leonhard Mahlein, Willy
Schmidt, Heinz Seeger
96 Seiten, 6 DM, ISBN 3-88367-060-X

Zu beziehen über jede Buchhandlung oder direkt vom



Nachrichten-Verlag

Vatikan die gleiche Politik verwirklichen wie gegenüber der polnischen Kirche. Bei der Seelsorge könne die Kirche auf die in der Verfassung verbürgten Rechte vertrauen. Im ideologischen Bereich aber komme es unvermeidlich zur Auseinandersetzung, da hier zwei völlig verschiedene Ideologien aufeinanderprallten. Es gebe aber viele Dinge in Polen, in denen Staat und Kirche gemeinsam zusammenarbeiten könnten.

Zur angeblichen Milliardenhilfe für die polnische Landwirtschaft wurde gesagt, daß nach Berechnungen der Regierung bisher ganze 20 Millionen Dollar zusammengekommen seien. Es sei ein kirchlicher Ausschuß gebildet worden, eine Stiftungsgründung beschlossen, ein Gesetz über Stiftungen verabschiedet worden. Eine gemischte Kommission von Staat und Kirche habe ihre Arbeit aufgenommen. Das Einzige, was fehle, sei das Geld. Scherzhaft könne man sagen, daß das Geld gerade ausreiche, um den geschaffenen Apparat zu unterhalten, für die Landwirtschaft sei nichts herausgekommen. Geld bekomme man in der Regel nicht umsonst. Aber Polen wolle auch nichts geschenkt haben, sondern sei für normale wirtschaftliche Beziehungen. Die Restriktionen, die von der Reagan-Administration durchgesetzt wurden, hätten Polen einen Schaden von 15 Milliarden Dollar zugefügt. Es sei deshalb notwendig, stärker auf ökonomische Sicherheit zu achten und deshalb die Wirtschaftsbeziehungen vor allem mit den sozialistischen Ländern enger zu gestalten, ohne die Verbindungen zu den westlichen Ländern oder den Entwicklungsländern zu unterbrechen. Ergänzend wurde zur Situation in der Landwirtschaft angemerkt, daß es in Polen drei Eigentumsformen auf dem Lande gäbe, Staatsgüter, Genossenschaften und private Höfe. Staatsgüter und Genossenschaften bewirtschafteten rund 25 Prozent des Bodens und die privaten Bauern 75 Prozent. Das Problem bestehe aber darin, daß die durchschnittliche Größe eines Bauernhofes ganze fünf Hektar betrage und es schon ein Fortschritt wäre, wenn sich die Durchschnittsgröße verdoppele. Aber hier müsse man Geduld haben. Man habe nicht vor, den Konzentrationsprozeß zu beschleunigen. Die Politik sei darauf gerichtet, alle Sektoren der Landwirtschaft zu fördern und insbesondere die Produktion von Getreide und Futter zu erhöhen. Hier habe es Erfolge gegeben. Das Niveau der Fleischproduktion sei allerdings noch niedriger als 1980, da die ausgebliebenen Importe noch nicht völlig ersetzt werden konnten.

In den Jahren 1980/81 sei das polnische Nationaleinkommen um rund ein Viertel gesunken. Inzwischen habe sich aber die Bevölkerungszahl beachtlich vergrößert. Um den Lebensstandard halten zu können, seien die Investitionen gekürzt worden. Dies müsse jedoch geändert werden, denn man könne es nicht zu einem Verschleiß des Produktivvermögens kommen lassen. Es sei auch notwendig, die Entwicklungsrichtung der Volkswirtschaft umzuorientieren. So müsse die Entwicklung der Elektronik beschleunigt werden. Die Regierung habe einen Vorschlag für den nächsten Fünfjahrplan in drei Varianten ausgearbeitet, der nun diskutiert würde.

Der Einfluß Walesas sei weitaus geringer, als man im Westen glauben machen wolle. Solidarnosc habe sich auf ihrem Kongreß 1981 selbst nicht als eine Gewerkschaft, sondern als politisch-soziale Bewegung bezeichnet. Elf Sender im Westen würden nun alles tun, damit Walesa und seine Freunde nicht in Vergessenheit geraten. Ihre Sendezeit in polnischer Sprache sei länger als die des polnischen Rundfunks.

Zu Problemen der Selbstverwaltung wurde festgestellt, daß mit der Einführung der Wirtschaftsreform auch ein Gesetz über die Selbstverwaltung der Betriebe beschlossen wurde. Das Ziel bestehe darin, den Belegschaften das Recht und die Möglichkeit zu geben, sich aktiv an der Leitungstätigkeit des Betriebes zu beteiligen. Oberste Organe seien die Vollversammlung der Belegschaft bzw. in Großbetrieben die Delegiertenkonferenz. Das Exekutivorgan ist der Werkstättenrat. Der Produktionsplan und die Gewinnverteilung müssen durch die Selbstverwaltung bestätigt werden. Sie könne Direktoren berufen und abberufen. Hier und da habe es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften und den Organen der Selbstverwaltungen geführt. Aber dies sei normal, und niemand denke deshalb daran, die Selbstverwaltung abzuschießen. Wie sich die Organe der Selbstverwaltung zusammensetzten, hänge schließlich auch davon ab, wie sich die einzelnen Organisationen auf die Wahl vorbereiten und welche Autorität ihre Kandidaten in den Belegschaften hätten.

Wiener Konferenz gegen Krieg der Sterne

Die Teilnehmer der ersten europäischen Konferenz der Gewerkschaften der grafischen Industrie, veranstaltet von der Internationalen Grafischen Föderation und dem Ständigen Komitee der Gewerkschaften der Grafischen Industrie (SKGGI) am 12. und 13. Juni in Wien, verabschiedeten nach ausführlicher Diskussion einstimmig folgende Abschlusserklärung sowie eine Resolution an die Verhandlungsführer der USA und UdSSR in Genf (Bericht von der Konferenz siehe S. 34)

Abschlusserklärung

Die Internationale Grafische Föderation (IGF) und das Ständige Komitee der Gewerkschaften der Grafischen Industrie (SKGGI) führten am 12. und 13. Juni 1985 in Wien die erste Europäische Konferenz der grafischen Gewerkschaften zu dem Thema: „Wirtschaftskrise, Folgen der technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierung, Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik, Sicherung des Friedens“ durch. An der Konferenz nahmen 70 Vertreter von 32 nationalen Gewerkschaftsverbänden der grafischen und papierverarbeitenden Industrien aus 24 Ländern Europas sowie Mitglieder der Leitungen von IGF und SKGGI teil. 21 Teilnehmer ergriffen in der Diskussion das Wort. Zahlreiche Delegationen der Gewerkschaften, die unterschiedlichen Organisationen angehören, wurden von Vorsitzenden oder Generalsekretären geleitet. Die Internationale Grafische Föderation und das Ständige Komitee der Gewerkschaften der Grafischen Industrie waren durch ihre Präsidenten vertreten. Die von den Leitungsgremien der IGF und des Ständigen Komitees gemeinsam vorgelegten Konferenzthesen bildeten den Rahmen für die Diskussionsbeiträge der Teilnehmer, und sie prägten den Verlauf der Konferenz. Die Teilnehmer nutzten aktiv die durch die Konferenz gebotene Möglichkeit des Erfahrungsaustausches. Entsprechend der in ihren Ländern unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen informierten sie über die Gewerkschaftsarbeit und die politisch-ökonomische Entwicklung im nationalen und europäischen Rahmen.

Die Auswirkungen der Krise haben in den kapitalistischen Ländern Europas zu einem Sozialabbau und einem bedrohlichen Ausmaß der Arbeitslosigkeit geführt. Gegen die Gewerkschaften gerichtete, repressive Gesetze werden derzeit ebenfalls mit dem Ziel eingeführt, die tarifvertraglich gesicherten Rechte der Arbeiter und der Gewerkschaften zu untergraben. Derartige Gesetze müssen bekämpft werden. Die Wirtschaftspolitik vieler westeuropäischer Staaten kann der Entwicklung keine vernünftige Alternative entgegensetzen. Die Gewerkschaften müssen für den Erhalt und systematischen Ausbau der sozialen Errungenschaften, der gewerkschaftlichen Rechte sowie für die Verwirklichung entsprechender politischer Programme und Regelungen eintreten. Der Ausbau weltweiter Medienkonzerne, der sich vor dem Hintergrund verschärfter Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit vollzieht, führt zu ständig höheren sozialen Belastungen der Arbeitnehmer und ihrer Familien. Darüber hinaus wird der einseitigen Meinungsmanipulation Tür und Tor geöffnet und gefährdet damit die Meinungs- und Pressefreiheit. Im Aktionsfeld der Druckerei-, Medien- und Papierverarbeitungsmultis sind gewerkschaftliche Positionen einer wirksamen Interessenvertretung zu verstärken oder aufzubauen.

Die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern Europas haben die ihnen durch die Verfassung und die gesellschaftlichen Bedingungen gegebenen Möglichkeiten der Mitgestaltung in Betrieb und Gesellschaft im Interesse der Werktätigen voll auszusuchen, um die Arbeits- und Lebensbedingungen in ihrem Organisationsbereich ständig zu verbessern. Der Einsatz der Mikroelektronik, Robotertechnik und neuer Technologien muß auch in der Druckindustrie und in der Papierverarbeitung der Humanisierung der Arbeitsumwelt dienen und den Arbeitnehmern eine höhere Lebensqualität sichern. In diesem Rahmen müssen die Probleme der Berufs- und

Weiterbildung stärker in die Aktionen der Gewerkschaftsorganisationen einbezogen werden. Die Gewerkschaften müssen erreichen, daß sie rechtlich in die Lage versetzt werden, auf den Prozeß der technischen Umgestaltung auf allen Ebenen einzuwirken, damit technologischer Fortschritt auch zu sozialem Fortschritt wird.

Die Massenarbeitslosigkeit darf zu keiner Dauererscheinung der modernen kapitalistischen Industriegesellschaft werden. Der Kampf der grafischen Gewerkschaften um die Sicherung der Arbeitsplätze sollte über die wirtschaftliche Interessenvertretung durch tarifpolitische Regelungen und Arbeitszeitverkürzung hinausgehen und durch politische Konzeptionen und Strategien gestützt werden.

Die Konferenz würdigte, daß nach der Zerschlagung des Faschismus seit nunmehr 40 Jahren in Europa der Frieden erhalten werden konnte. Sie forderte, daß nach 10 Jahren der Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki die Politik einer Atmosphäre des dauerhaften Friedens und der Zusammenarbeit auf unserem Kontinent fortgesetzt wird. Die Erhaltung des Friedens ist Grundlage für die Verbesserung des sozialen Wohlstandes der Arbeitnehmer und daher eine grundlegende Aufgabe der Gewerkschaft. Die Gewerkschaften der grafischen und papierverarbeitenden Industrien verurteilen alle politischen Kräfte, die Europa zu einer militärischen Konfliktzone machen wollen. Durch ihr Engagement in der Friedensbewegung können die Gewerkschaften einen wirkungsvollen Beitrag zur politischen Entspannung der internationalen Situation leisten.

Der Vorschlag, in absehbarer Zeit eine weitere Konferenz der grafischen Gewerkschaften Europas vorzubereiten, sollte durch IGF und SKGGI aktive Unterstützung finden, da an ihr uneingeschränkt alle interessierten grafischen Gewerkschaften teilnehmen können. Die Konferenz manifestierte den Willen der Gewerkschaften der grafischen und papierverarbeitenden Industrie Europas für gewerkschaftliche Zusammenarbeit, für wirksame Interessenvertretung der Arbeitnehmer und für die Sicherung des Friedens in der Welt.

Nein zur Militarisation des Weltraums

Wir, die Teilnehmer an der Konferenz der Gewerkschaften der grafischen Industrie Europas, verurteilen die Pläne zur Militarisation des Weltraums. Die Stationierung nuklearer Waffen im Weltall ist eine tödliche Gefahr für das Leben auf der Erde. Sie kann zu einer neuen Phase des Wettrüstens führen und birgt die Gefahr eines Sternenkrieges in sich. Ein Wettrüsten in diesen Dimensionen würde alles bisher auf dem Gebiet der Rüstungsbegrenzung Erreichte zunichte machen. Wir begrüßen die erneute Aufnahme der Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über den Abbau der nuklearen Rüstung und die Verhinderung der Stationierung von Weltraumwaffen. Sie enthalten reale Möglichkeiten, das Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde einzustellen.

Wir wenden uns von dieser Konferenz an die Arbeiter und Angestellten in der grafischen Industrie, alle Anstrengungen zu unternehmen, um ein nukleares Inferno auf der Erde, um einen Sternenkrieg im All zu verhindern. Wir rufen dazu auf, den Plänen der US-amerikanischen Regierung zur nuklearen Rüstung im Kosmos Widerstand entgegenzusetzen, und lehnen jede Mitwirkung unserer Regierungen an der Realisierung dieser Pläne ab. Wir appellieren an die Delegationen der USA und der UdSSR, bei den Verhandlungen über nukleare und Weltraumwaffen in Genf ernsthaft darauf einzuwirken, den Weltraum waffenfrei zu halten und die Rüstung auf der Erde zu begrenzen und zu reduzieren. Unsere Forderungen sind einfach und klar: Verhinderung der Aufrüstung im Kosmos, Abbau des existierenden Rüstungspotentials, um das militärische Gleichgewicht auf immer niedrigere Ebene zu senken.

Wien, den 13. Juni 1985

Aufruf des DGB zum Antikriegstag 1985

Nie wieder Krieg – rüstet endlich ab!

Zum 1. September 1985 ruft der DGB alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf, an den DGB-Veranstaltungen zum Antikriegstag teilzunehmen und gewaltfrei für die Sicherung des Friedens in der Welt zu demonstrieren.

Durch immer neue Rüstungsanstrengungen der Großmächte wird der Frieden in der Welt nicht sicherer. Hunger und Arbeitslosigkeit sind die verheerenden Folgen der immensen weltweiten Rüstungsausgaben. Wahrer Frieden braucht keine Waffen. Wahrer Frieden braucht gegenseitige Annäherung, Vertrauen und Partnerschaft. Dieses Ziel allein bietet die Gewähr für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, Demokratie, Respektierung der Menschenrechte, Gewerkschaftsrechte und sichere Arbeitsplätze.

Der DGB fordert:

- 1. Schluß mit dem Wettrüsten! Die Beseitigung aller Massenvernichtungsmittel in Ost und West muß oberstes Ziel der Abrüstungsverhandlungen sein.*
- 2. Keine Beteiligung der Bundesrepublik (und deutscher Forschungseinrichtungen) an der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA. Die USA und UdSSR sollen ihre Forschungen für Weltraumwaffen einstellen. Dringender ist die Bereitstellung von Forschungsmitteln für zivile, gesellschaftlich sinnvolle Projekte. Die Großmächte sind aufgefordert, am Weltraumvertrag von 1967 und am Vertrag über die Begrenzung von Systemen zur Abwehr ballistischer Raketen von 1972 (ABM-Vertrag) festzuhalten und die Vereinbarungen des SALT-II-Abkommens über die Höchstgrenze für Trägersysteme strategischer Atomwaffen weiterhin einzuhalten.*
- 3. Unverzüglicher Stopp der weiteren Stationierung atomarer Kurz- und Mittelstreckenwaffen in Europa. Ziel muß sein, alle in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Waffen dieser Art abzubauen.*
- 4. Die wieder aufgenommenen Genfer Verhandlungen müssen endlich zu konkreten und sichtbaren Rüstungskontroll- und Abrüstungserfolgen führen. Ein erneutes Scheitern der Verhandlungen würde eine konstruktive Politik der Friedenssicherung auf Jahre hin blockieren und das Vertrauen der Bevölkerung auf eine Verhandlungslösung nachhaltig erschüttern.*
- 5. Die Entspannungspolitik muß konsequent fortgesetzt und zu einer Sicherheitspartnerschaft ausgebaut werden. Vorschläge zu vertrauensbildenden Maßnahmen, wie die Schaffung von atom- und chemiewaffenfreien Zonen, sind durch die Bundesregierung zu unterstützen.*
- 6. Die Rüstungsexporte aus der Bundesrepublik dürfen nicht weiter ausgeweitet werden. Alle Waffenexporte in die Dritte Welt sind einzuschränken bzw. zu beenden. Zur Beschränkung des Waffenhandels sind internationale Regelungen zu schaffen.*
- 7. Die Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben müssen durch Wissenschaft und Politik unterstützt werden und unter Beteiligung der Gewerkschaften erfolgen.*
- 8. Die Bundesregierung muß als Mitglied der NATO ihrer friedenspolitischen Verpflichtung nachkommen und durch eigene Vorschläge zur defensiven Ausrichtung der Bundeswehr und zu defensiv orientierten sicherheitspolitischen Konzepten ihren Beitrag zu einer neuen Sicherheitspolitik leisten. Dazu gehört auch der Verzicht auf eine Wehrdienstverlängerung und das Einfrieren des Verteidigungshaushaltes.*
- 9. Die Friedensforschung muß stärker finanziell und ideell unterstützt werden. Die Friedenserziehung an den Schulen muß konsequent ausgebaut werden.*
- 10. Militär- und rüstungspolitische Informationen müssen verstärkt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.*

Großbürgerliche Presse stimmt Ereiferungen Niggemeiers zu

Am 1. Juli schrieb sich Horst Niggemeier in der „einheit“, Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie, in einem Artikel „Kommunisten streben weiter nach Aktionsbündnissen – Neue Anweisungen aus DKP-Zentrale“ seinen ganzen politischen Frust von der Seele. Bemerkenswert ist, daß schon fünf Tage zuvor, am 27. Juni, derselbe Artikel unter der Überschrift „Die offenen Arme der Kommunisten – Taktik der ‚Bündnisse‘ mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften“ in der FAZ erschien.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt dazu im Vorspann, daß die Kommunisten „auf verschiedenen Gebieten der Politik Aktionseinheiten mit Sozialdemokraten und Gewerkschaften“ herstellen wollten. Horst Niggemeier, Bürgermeister von Datteln und Leiter der Pressestelle der IGBE, erläutere deshalb „diese Angriffe auf das demokratische System“. Gespannt ist man nun, was Horst Niggemeier denn alles an schwergewichtigen Argumenten vorzubringen hat, um die „Angriffe auf das demokratische System“ zu beweisen. Wollte man der FAZ glauben, müßten dies ja fürchterliche Dinge sein. Lassen wir uns von Niggemeier einweihen. Die DKP habe auf der sechsten Tagung des Parteivorstands festgelegt, so ist bei ihm zu lesen, daß auf der vom DGB für den 14. bis 20. Oktober geplanten „Aktionswoche“ kommunistischer Einfluß geltend gemacht werde. Beweis: Werner Cieslak sagte: „Jetzt sind auch wir Kommunisten gefordert, alles zu tun, um die gewerkschaftlichen Herbstaktionen zu einem großen Erfolg werden zu lassen.“ Donnerwetter, wenn das kein Beweis für die Behauptung ist.

Aber es kommt noch viel toller. Weiterer Beweis: Da hat doch Martha Buschmann allen Ernstes im Hinblick auf den Arbeiterkongreß am 5. Oktober in Köln gefordert, „Sozialdemokraten und ihre Organisationsgliederungen für die Aktivitäten außerhalb der Parlamente zu gewinnen“. Sie habe auch, so Niggemeier, angekündigt, daß die DKP „alle gewerkschaftlichen Aktionen tatkräftig unterstützen wird“. Das muß doch überzeugen, oder etwa nicht?

Dritter Beweis. Da hat doch allen Ernstes die DKP in einem Schulungsheft behauptet, daß zwischen dem Friedenskampf und dem sozialen Kampf eine Einheit besteht. Weitere Beweise gibt es keine. Der Leser wird sich die Augen reiben und fragen, warum denn diese ganze Aufregung? Wer sich aber die großbürgerliche Presse in der Zeit zwischen dem 1. und 9. Juli genauer anschaut, der kann ganz unschwer erkennen, daß es ihr gar nicht in erster Linie um die DKP, sondern vor allem gegen die SPD und Gewerkschafter geht, die sich den Plänen von Kapital und Kabinett widersetzen.

Am 1. Juli schreibt Helmut Herles in der FAZ „Überwintern in der SPD“ von einer

Minderheit in dieser Partei, zu der auch Niggemeier gehört, die die „Fallstricke der ‚neuen Ostpolitik‘ und damit auch der neuen Sicherheitspolitik auseinanderzuziehen“ versucht. Diesen ist beispielsweise der Vertragsentwurf gegen die Lagerung chemischer Waffen zwischen SPD und SED ein Dorn im Auge. Einen Tag später sorgt sich Rainer Nahrendorf im „Handelsblatt“ „über Ostkontakte, der IG Druck und Papier“. Am 4. Juli kommt die FAZ mit der Überschrift „Kontakte zu Kommunisten bringen Ferlemanns IG Druck ins Zwielicht“. Verfasser Ernst Günter Vetter. Am selben Tag schreibt wiederum Nahrendorf im Handelsblatt: „Die ungeheuerlichen Provokationen des Metall-Linken Hans Preiss“ (siehe auch S. 14). Er polemisiert gegen Preiss' Feststellung, daß die neue Form des Faschismus auf leisen Sohlen aus den vollklimatisierten Räumen der Konzernzentralen, aus den Ministerien, der Justiz und dem Militär“ komme. 24 Stunden später attackiert Ernst Günter Vetter Preiss, weil dieser meine, Antifaschismus bedeute, den Kampf gegen Versuche zu führen, kollektiv die politische Ordnung nach rechts zu wenden“. „Solche Töne sind schlimm“, tönt es da aus der FAZ. Dies sei kommunistische Propaganda.

Am 9. Juli schätzt dann Fritz Ullrich Fack in der FAZ, „Eine ganz andere Partei“, die heutige SPD ein, in der sich seiner Meinung nach tiefgreifende Wandlungen vollzogen hätten, angefangen von der Umweltpolitik über Bündnisse mit Grünen bis hin zur Abkehr von der Politik der früheren Regierung Schmidt, vor allem in der Außen- und Sicherheitspolitik. Von Brandt stamme die Äußerung, daß die Rücknahme der Stationierung von Pershing-II-Raketen in der Bundesrepublik wesentliches Ziel sozialdemokratischer Politik sei.

Dem Großkapital stimmt folglich die ganze Richtung nicht, aber auch Niggemeiers Weltbild scheint ins Wanken geraten zu sein. Er hat Schwierigkeiten mit seiner eigenen Partei. Bewußt oder unbewußt läßt er sich nun von den großbürgerlichen GAZetten gegen diese miß-, oder vielleicht genauer, gebrauchen. Er kann aber ganz sicher sein, Eiferer können Staub aufwirbeln. Bewirkt haben sie wenig. So gilt auch jetzt: Die Hunde bellen zwar, jedoch die Karawane zieht weiter.

Heinz Schäfer

Menschen bei der Bahn

Während eines Pressegesprächs am 11. Juli stellte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED), Ernst Haar, fest, daß das Thema „150 Jahre Eisenbahn“ die Öffentlichkeit in diesem Jahr intensiv beschäftige. Dies habe auch zu einer Rückbesinnung auf die Vorteile des Schienenverkehrs geführt.

Die Eisenbahn besteht jedoch nicht nur aus Lokomotiven, Stellwerken und Güterschuppen, sondern vor allem aus Menschen, die, vielfach hinter den Kulissen, schwere Arbeit verrichten. Aus diesem Grunde hat die GdED eine Dokumentationsmappe „150 Jahre Menschen bei der Bahn“ erstellt.

Der endende Feudalismus, sagte Haar, habe die Menschen massenhaft freigesetzt. Sie drängten auch zum Bau und Betrieb der Bahnen. Die Ordnung im Bahnbetrieb und die militärischen Möglichkeiten mit der Bahn ließen im Kaiserreich den Herrn im Hause dirigieren. Rigoroses Oberrichtsdenken wirkten im Bahnbetrieb lange nach, bevor demokratische Strukturen schrittweise wachsen konnten.

Der Kampf mutiger Eisenbahner gegen Verbote und Unterwerfung wuchs jedoch ständig, 1896 wurde die erste Kampforganisation am Schienenstrang gegründet. 20 Jahre lang war sie illegalisiert, und ihre Mitglieder und Funktionäre wurden verfolgt. Im Ergebnis des verlorenen ersten Weltkrieges und der folgenden Novemberrevolution sei auch für Eisenbahner Koalitions- und Streikrecht, Tarifvertrag und 8-Stunden-Tag erzwungen worden.

Die zwanziger Jahre vom Kapp-Putsch über die Inflation und Reichsbahngesellschaft bis hin zu den Brünningschen Notverordnungen seien für die Eisenbahner nicht die goldenen gewesen. Demokratische Rechte und gewerkschaftliche Erfolge wären eingeschränkt, hingegen Großindustrie und autoritäre Strukturen gestärkt worden. Die Nazidiktatur habe die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zerschlagen. Viele Eisenbahner wurden verfolgt und als Widerstandskämpfer eingekerkert oder hingerichtet.

Noch in den Konzentrationslagern hätten sich die überlebenden Gewerkschafter geschworen, „frühere Gegnerschaft in dauerhafter Einheit zu überwinden“. Diese im Widerstand erlangte Einheit sei dann 1945 zum Fundament eines 40 Jahre währenden sozialen Fortschritts geworden. Wesentlich habe dazu die 1948 gegründete GdED beigetragen.

Jedoch verstärkten sich in den achtziger Jahren die Gefahren, den Bahnbetrieb und die Arbeitsplätze der Eisenbahner kahlzuschlagen. Dagegen müsse sich die Gewerkschaft mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln wehren. H.Sch.

Proteste gegen Kapazitätsabbau

Die Pläne der Brüsseler EG-Kommission, die Steinkohleförderkapazitäten um 40 Millionen Tonnen abzubauen, stoßen auf zunehmenden Widerstand, berichtet die „einheit“, die Zeitung für Mitglieder der IG Bergbau und Energie. „Empörung und Unruhe nehmen zu“, heißt es in einer Entschließung der 37 Kongreßdelegierten des Bezirks Recklinghausen der IG Bergbau und Energie (IGBE) über die Stimmung in den Betrieben. Die Brüsseler Kohlepläne müßten verhindert werden, damit die Kohlereviere der Bundesrepublik nicht zu Armenhäusern Westeuropas verkümmerten. Ähnlich äußerte sich die Belegschaftsversammlung der Dortmunder Zeche „Minister Stein“. Auf eine Intervention des IGBE-Vorstandes bei Bundeskanzler Kohl hat nunmehr der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister Schäuble, im Auftrage Kohls Stellung genommen und in einem Brief an den IGBE-Vorstand die Kontinuität der Energie- und Kohlepolitik hervorgehoben.

Der Vorstand der IGBE gibt sich offenbar mit dieser Stellungnahme zufrieden. Auch der Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Friedrich Voss, hat im „Bonner Energie-Report“ festgestellt: „Verstromungsregelung, Hüttenvertrag und zahlreiche finanzielle Hilfen sind neben Importbeschränkungen wichtige Eckpfeiler der bisherigen Kohlepolitik.“ So weit, so gut. Diese Aussage hindert ihn allerdings nicht daran, hervorzuheben, daß

diese Hilfen bezahlbar bleiben müßten. Dies bedeute, daß künftig „der Situation der öffentlichen Haushalte und deren Konsolidierungsbedarf Rechnung zu tragen“ sei. Die Kohlepolitik der Bundesregierung müsse daher nach Wegen suchen, die künftigen Hilfen für den Bergbau „in ihrem Umfang einzugrenzen und das finanzielle Risiko für die öffentliche Hand verlässlich zu mindern“. Nur so werde die Kohlepolitik auch weiterhin finanzierbar bleiben.

Voss appelliert zugleich an die Kohleunternehmer, die Förderung noch stärker auf die kostengünstigsten Anlagen zu konzentrieren und alle Möglichkeiten der Kostenbegrenzung zu nutzen. Die Unternehmer haben bekanntlich für solche Empfehlungen stets ein offenes Ohr. Wie die Ruhrkohle AG (RAG) berichtet, ist die Schichtleistung im Grubenbetrieb im letzten Geschäftsjahr um nicht weniger als 6 Prozent von 4025 Kilogramm auf 4268 Kilogramm gestiegen. Die Belegschaft verringerte sich im gleichen Zeitraum um 5750 oder 4,7 Prozent. Es bestehen Pläne, die Zahl der Beschäftigten noch weiter, auf 107 000 (1983: 122 257) zu verringern.

Solche Tatsachen verbieten es, Briefen des Bundeskanzlers oder Erklärungen von Dr. Heinz Horn, dem Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG, Glauben zu schenken. Sie ermuntern geradezu, seiner eigenen Kraft zu vertrauen.

H. Sch.

co op – nichts dazugelernt!

Wo Sarstedt liegt, wissen die meisten Bundesbürger erst seit Anfang/Mitte Juli. Zu zweifelhaftem Ruhm kam der kleine Ort bei Hannover durch die Geschäftspraktiken führender co op-Manager, die damit einmal mehr bewiesen, was die bürgerliche Presse nun mit Häme auszuschlachten weiß: nichts gelernt!

Wenngleich durchaus branchenüblich und „juristisch und steuerrechtlich nicht zu beanstanden“, wie vom HBV-Vorsitzenden Günter Volkmar betont, gerieten co op-Vorstandsmitglieder in den Verdacht persönlicher Interessenkonflikte mit den Interessen der Beschäftigten bei dem von den Gewerkschaften kontrollierten Unternehmen. Ursache: die Beteiligung der Manager an einem Immobilienfonds, der der co op-Gruppe das Lager in Sarstedt günstig vermietet und – damit im Zusammenhang – die geplante Entlassung von Mitarbeitern in Hamburg sowie Verlagerung von Arbeitsplätzen von Hamburg nach Sarstedt.

Was Gewerkschaften von einem Betriebsrat gewöhnlich erwarten, die standhafte Vertretung der Interessen der Beschäftigten, war offensichtlich bei co op nicht op-

portun. Dem Hamburger Betriebsratsvorsitzenden von co op, Jürgen Siewert, wurde fristlos gekündigt, weil er angeblich geheime Aufsichtsratsprotokolle weitergegeben und darüber hinaus besagte Interessenkollision bei den Vorstandsmitgliedern gemutmaßt habe.

Solche Beteiligungen böten „vielfältige Möglichkeiten für politische Fehlinterpretationen und Verdächtigungen“, stellte Volkmar fest. „Die weitere Beteiligung von co op-Vorstandsmitgliedern an Immobilienfonds, die in geschäftlichen Verbindungen mit der co op-AG stehen“, ist daher nach Auffassung der Gewerkschaft HBV gewerkschaftspolitisch nicht vertretbar. Fest steht, daß der Aufsichtsrat von co op seit März 1982 über die Beteiligung informiert war und sie gebilligt hat.

Namentlich Vorstandsvorsitzender Bernd Otto, einst Abteilungsleiter bei Heinz Oskar Vetter, mit 300 000 DM beteiligt, lehnte sich offen aus dem Fenster mit der Feststellung, es sei doch widersinnig, wenn co op-Vorstände ihr Geld bei der Konkurrenz, nicht aber im eigenen Unternehmen anlegen dürften. Wenn auch später von ihm selbst als „politisch doch allzu blauäu-

gig“ korrigiert, so scheinen ihm alle weiteren Ansprüche, wie sie die Gewerkschaften an gemeinwirtschaftliche Unternehmen formuliert haben, fremd zu sein. Die Belegschaft der co op Hamburg, der gesamte Betriebsrat stehen jedenfalls hinter ihrem Betriebsratsvorsitzenden. Die Gewerkschaft NGG, für co op Nord zuständig, hat Siewert Schutz zugesagt, die sofortige Rücknahme der Entlassung gefordert sowie die Aufklärung aller Vorwürfe gegen den co op-Vorstand.

„Die Unternehmensleitungen und Aufsichtsorgane der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen müssen durch ein Höchstmaß von Information und Transparenz sowie durch eindeutige rechtliche Regularien sicherstellen, daß der politisch-moralische Anspruch der Gemeinwirtschaft im geschäftlichen Verhalten der Unternehmer und ihrer maßgebenden Repräsentanten stets eingelöst wird.“ Der vom 12. DGB-Kongreß 1982, noch unter dem Eindruck des Neue-Heimat-Skandals formulierte Anspruch harret weiter seiner Verwirklichung. Zu fragen ist auch, ob Manager der Gemeinwirtschaft denn unbedingt derart horrende Gehälter einstreichen müssen, die es ihnen geradezu leicht machen, mit den Interessen ihrer „lieben Mitarbeiter“ in Konflikt zu geraten?

B. K.

CDU-Mitglied kritisiert Gesetzesnovellierung

Der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Postgewerkschaft, Klaus-Dieter Zemlin, der Mitglied der CDU ist, hat an Bundeskanzler Helmut Kohl „nachdrücklich appelliert“, seine gleichgültige Haltung zur geplanten Novellierung des Betriebsverfassungs- und Bundespersonalvertretungsgesetzes aufzugeben.

In einem am 12. Juli in Frankfurt am Main veröffentlichten Brief an den Bundeskanzler kritisiert der stellvertretende DPG-Vorsitzende, daß Helmut Kohl laut Presseberichten am 5. Juli vor der Bundespressekonferenz erklärt hat, die geplanten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes in puncto „Minderheitenschutz“ und „Sprecherausschüsse leitender Angestellter“ seien eine Vorlage des Bundestages und „nicht sein Thema“. Es dürfe jedoch dem Bundeskanzler und CDU-Vorsitzenden „nicht gleichgültig sein, wenn sich wegen des Inhalts des auch von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion eingebrachten Gesetzesentwurfes schwere Konflikte mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und seinen Gewerkschaften abzeichnen“. Klaus-Dieter Zemlin wies darauf hin, daß sowohl Sozial- als auch Christdemokraten, die im DGB und seinen Gewerkschaften Verantwortung tragen oder als Betriebs- und Personalräte tätig sind, im geplanten Gesetzesentwurf „einen Angriff auf Stellung und Stärke der Einheitsgewerkschaft innerhalb und außerhalb der Betriebe und öffentlichen Verwaltungen sehen“.

Für Aufhebung des „Radikalenerlasses“

Der DGB-Landesbezirksvorstand Baden-Württemberg hat am 8. Juli seine bereits 1972 erhobene Forderung nach Rücknahme des sogenannten Radikalenerlasses der Regierungschefs des Bundes und der Länder erneuert. Ausdrücklich wird die Entscheidung der saarländischen Landesregierung begrüßt, den „Radikalenerlaß“ aufzuheben. Für bedenklich hält der DGB dagegen die Absicht des baden-württembergischen Kabinetts, die bisherige Handhabung des „Extremistenerlasses“ noch zu verschärfen. Wenn ein Bewerber neben den sachlichen und persönlichen Voraussetzungen Gewähr bieten müsse, jederzeit für das Grundgesetz einzutreten und dies mit dem Diensteid beschwöre, müsse dies als Beweis seiner Verfassungstreue gelten. Alle zusätzlichen Erhebungen zur Person ohne konkreten Anlaß bezeichnet der DGB als Gesinnungsschnüffelei, die mit den Grundsätzen eines demokratischen Rechtsstaates unvereinbar sei.

Mindestens 10 000 ohne Ausbildungsplatz

Mindestens 10 000 Jugendliche werden zum 30. September im Land Niedersachsen keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten. Das ergebe sich aus den Statistiken des Landesarbeitsamtes, teilten Mitte Juli das Mitglied des geschäftsführenden DGB-Landesbezirksvorstandes, Fred Bake, und der Leiter der Abteilung Berufliche Bildung, Peter Kamb, mit. Wenn man davon ausgehe, daß nicht jede Ausbildungsstelle für Mädchen zur Verfügung stehe, regionale Probleme berücksichtigt werden müßten und ein Minimum der grundgesetzlich garantierten Wahlfreiheit gegeben sein müsse, so bedeute das, daß bis zum 30. September noch mindestens 13 000 weitere Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen. Daher fordern die DGB-Vertreter eine deutliche Erhöhung der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze, die Schaffung eines Finanzausgleichs zwischen den Betrieben zur Finanzierung der Ausbildung sowie von vollschulischen Berufsausbildungsgängen und den gezielten Auf- und Ausbau von überbetrieblichen Ausbildungsstätten nach regionalen, arbeitsmarkt- und bildungspolitischen Kriterien zur Durchführung von Ausbildungsgängen nach dem Berufsbildungsgesetz.

DGB-Herbstaktionen ohne CDA-Beteiligung

Herbert Scharrenbroich, Geschäftsführer der Sozialausschüsse der Christlich-DEMokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA)

schrieb in der Zeitschrift seiner Organisation „Soziale Ordnung“: „Auch wenn einige christlich-demokratische DGB-Funktionäre quasi aus beruflichen Gründen an den Demonstrationen teilnehmen, werden sich die Sozialausschüsse als Institution an diesen politischen Veranstaltungen nicht beteiligen.“ Die Vorbereitungen der IG Metall bestätigten den Verdacht, daß der DGB sich vor den Karren der SPD spannen lasse und „nur als Hilfstruppe der SPD die Bundesregierung schwächen“ wolle. Völlig ungerührt von dem sozialen Kahlschlag der Wendekoalition, meint Scharrenbroich: „Die Sparopfer der letzten beiden Jahre haben sich gelohnt.“

Für Übernahme – gegen Mehrarbeit

Die Verwaltungsstelle Salzgitter der IG Metall hat sich in einem von den beiden Bevollmächtigten, Bernd Henn und Werner Kubitzka, unterzeichneten Schreiben an Bundesfinanzminister Stoltenberg als den für Bundesunternehmen verantwortlichen Minister gewandt. In diesem Brief sprechen die IG-Metall-Funktionäre die Erwartung aus, daß sich der Minister für die Übernahme der Ausgebildeten bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter AG engagiert. Sie verweisen darauf, daß jetzt wieder über 150 junge Menschen buchstäblich auf der Straße stehen. Die Bedingungen für eine Übernahme seien günstig. Es gäbe eine personelle Unterdeckung und daraus resultierend eine Mehrarbeit von 40 000 Stunden im Monat und einen ständig zunehmenden Einsatz von Subunternehmen. Der Mehrarbeitsumfang decke ein Arbeitsvolumen von 300 Arbeitskräften ab.

CDU startet Angriffe auf das Streikrecht

Wenige Tage nach dem Gespräch zwischen Gewerkschaftsspitze und Bundesregierung wurde aus der CDU/CSU-Fraktion am 30. Juli ein Gesetzentwurf bekannt, der die Abschaffung des Arbeitslosengeldes für indirekt vom Streik Betroffene zum Ziel hat. Mit diesem Gesetzentwurf, hinter dem auch die FDP steht, wird die Absicht verfolgt, den Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes zu ändern. Im Falle von Streiks oder Aussperrungen soll der Anspruch auf Arbeitslosengeld im gesamten fachlichen Geltungsbereich des Tarifvertrages ruhen. Beispielsweise würden Beschäftigte, deren Betrieb deshalb Kurzarbeit anordnet, weil Zulieferungen aus einem anderen Betrieb wegen eines Streiks ausfallen, keine Unterstützung erhalten. Der DGB hat gegen den Gesetzentwurf protestiert. Den Kürzungen der Sozialleistungen folge nunmehr der Griff auf die grundgesetzlich verbrieften Betätigungsmöglichkeiten der Gewerkschaften, erklärte der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr.

PERSONALIEN

Ernst Breit, 61, DGB-Vorsitzender, und **Gustav Fehrenbach**, 60, einer seiner Stellvertreter, haben durchblicken lassen, daß sie auf dem DGB-Kongreß im Mai 1986 erneut für ihre Funktionen kandidieren wollen. **Gerd Muhr**, 61, ebenfalls stellvertretender Vorsitzender, will sich für eine halbe Periode wählen lassen. Hier stellt sich die Frage, ob damit bereits ein außerordentlicher DGB-Kongreß vorprogrammiert ist oder ob nun auch beim DGB die Praxis wie bei einigen Einzelgewerkschaften um sich greift, hohe Funktionäre von einem untergeordneten Gremium wählen zu lassen?

Ludwig Hankofer, viele Jahre Betriebsrat und Betriebsratsvorsitzender sowie Vorstandsmitglied im Landesbezirk Bayern der IG Druck und Papier, ist am 10. Juli 60 Jahre alt geworden.

Eva Kaiser, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Chemie-Papier-Keramik, soll im Falle eines Wahlsieges der SPD 1986 in Niedersachsen Kabinettsmitglied unter Ministerpräsident Gerhard Schröder werden.

Siegfried Pommerenke, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Baden-Württemberg, wurde von der Mehrheit der Mitglieder des Rundfunkrates beim Süddeutschen Rundfunk nicht als neues Mitglied dieses Gremiums gewählt. Man wählte den Vertreter des Beamtenbundes. Der DGB-Landesvorstand wertet dies als Bräskierung und Provokation des DGB und sieht hier einen weiteren Beweis dafür, daß konservative politische Kräfte landes- und bundesweit versuchen, die Einheitsgewerkschaft zu schwächen und Splitter- und Standesorganisationen aufzuwerten.

Heribert Scharrenbroich, Hauptgeschäftsführer der Christlich-DEMokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) und Neu-MdB, reagierte auf die Äußerung von **Hans Preiss**, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, gegebenenfalls gegen den staatlichen Sozialabbau und die Einschränkung demokratischer Rechte vom Widerstandsrecht, wie es auch in der Satzung der IG Metall verankert ist, Gebrauch zu machen, mit der Drohung: „Haben Gegner unserer demokratischen Grundordnung wie Herr Preiss noch einen Platz in Führungsgremien von demokratischen Gewerkschaften?“

Helmut Wende, Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und seit 1976 Vorsitzender des Hauptpersonalrats bei der Bundesbahn, ist am 8. Juli im Alter von 57 Jahren gestorben.

Gustav Wilden, 32, Vermessungstechniker von Beruf, seit 1970 Mitglied der ÖTV, wurde Anfang Juli neuer Redakteur der DGB-Jugendfunktionärszeitschrift „solidarität“.

Arbeitslosigkeit der Akademiker greift zunehmend um sich

Seit Mitte der 70er Jahre tritt eine für die Bundesrepublik neuartige Erscheinung auf: Diejenigen, denen zuvor ein Arbeitsplatz nach der Ausbildung so gut wie sicher war, werden in zunehmendem Maß arbeitslos. Akademikerarbeitslosigkeit greift um sich. Birgt Lohnabhängigkeit generell das Risiko in sich, nicht in das Lohnverhältnis genommen zu werden, die Ware Arbeitskraft nicht verkaufen zu können, so wurden Hoch- und Fachschulabsolventen vergleichsweise spät stärker mit diesem Problem konfrontiert.

Bis Ende der 70 Jahre lag ihre Arbeitslosenquote noch deutlich unter derjenigen von Personen mit anderen Ausbildungsabschlüssen. Aktuell gleichen sich die Quoten an. Sie liegen bei 4,5 Prozent bzw. 5 Prozent für Absolventen von wissenschaftlichen bzw. Fachhochschulen, bei 5,9 Prozent für Personen mit anderen berufsqualifizierenden Abschlüssen (1983/84). Ganz deutlich setzt sich davon nur negativ die Quote derjenigen ohne Ausbildungsabschluß ab: 17,4 Prozent! Dabei ist allerdings zu sehen, daß sich hinter diesen Durchschnittszahlen enorme Streuungen verbergen. Noch etwas „verbirgt“ sich hinter solchen abstrakten Zahlen: die konkrete Betroffenheit durch Arbeitslosigkeit. Und wenn diese auch nicht nur spezifisch Akademiker betrifft, so sollen doch hier einige Probleme benannt werden.

Immer noch zentrales Problem, trotz des angeblich zu guten sozialen Netzes in der Bundesrepublik, ist die Frage, wie man sein Leben überhaupt finanzieren soll. Dabei ist zu sehen, daß die Mehrheit der Akademiker sofort nach Ende der Ausbildung arbeitslos wird und somit noch nicht versicherungspflichtig gearbeitet hat: So zählt man z.B. im Referendariat für das Lehramt keine Sozialabgaben. Das hat zur Folge, daß kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, höchstens Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe, besteht. Zweitens, und hier tickt eine Zeitbombe, wird während der Arbeitslosigkeit kein Beitrag zur Rentenversicherung entrichtet. Kann der eine oder andere jetzt vielleicht noch seine Finanzen durch einen Job etwas aufbessern, so ist für viele Armut spätestens im Alter vorprogrammiert. Dabei handelt es sich nicht um „neue Armut“, vielmehr zeigt sich inzwischen das alte Pendant zum Reichtum in dieser Gesellschaft nur wieder offener. Die Bedingungen jedenfalls, die in unserer Gesellschaft auf der einen Seite Reichtum und auf der anderen Seite Armut erzeugen, haben sich in den letzten anderthalb Jahrhunderten kaum wesentlich verändert.

Führt Arbeitslosigkeit und Geldmangel zur sozialen Isolierung, so ist diese noch viel stärker damit verbunden, daß der einzelne aus dem arbeitsteilig/kooperativen Zusammenhang der Berufswelt herausfällt. Jahrelang wurden in der Ausbildung be-

stimmte Fähigkeiten zu komplexer Arbeit entwickelt und trainiert, jetzt, da sie nicht mehr gebraucht werden oder im Job gar hinderlich sind, schwinden sie. Entqualifikation, und das ist gerade für Akademiker ein großes Problem, heißt, einmal erworbene Fähigkeiten langsam zu verlieren, zweitens, mit der Dauer der Arbeitslosigkeit auch zusehends mehr Türen vor der Nase zugeschlagen zu bekommen. Eine Art der Verarbeitung von Arbeitslosigkeit durch die Betroffenen: stiller, individueller Rückzug aus der Gesellschaft, Depressionen, Zeit- und Sinnverlust, Krankheit und leider oft Selbstmord.

Natürlich sind die Betroffenen mit derartig negativer Lebensperspektive häufig bereit, Arbeitsbedingungen und Entlohnung zu akzeptieren, die deutlich schlechter als geltende sind, nur um überhaupt einen Berufseinstieg, sei es einen befristeten, zu bekommen. Von hier geht also ein gewaltiger negativer Druck auf die Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt aus. Das ist der Grund, warum die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen, solange dieser Mechanismus funktioniert, eine Ideologie der scheinlichen Beschwichtigung gegenüber den Betroffenen vertreten, die Gerd Köhler, im Hauptvorstand der GEW für Hochschulpolitik zuständig, in „Erziehung und Wissenschaft“ 9/84 so beschreibt: „Statt jünger Ingenieure, Ärzte, Lehrer und Natur-

IG Druck: „Plattes Ablenkungsmanöver“

Als plattes Ablenkungsmanöver von den Interessen der Beschäftigten hat die IG Druck und Papier Baden-Württemberg in einer am 25. Juli veröffentlichten Stellungnahme die geplante Gesprächsrunde zwischen Bundesregierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften gewertet. Nachdem unter der jetzigen Bundesregierung die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik existiere, die Rechte der Beschäftigten abgebaut würden und der Sozialabbau nie dagewesene Ausmaße annehme, könne man auf dem Schoß von Helmut Kohl nur verschaukeln werden, stellte Landesbezirksvorsitzender Werner Pfennig fest.

wissenschaftler ‚heiß‘ zu machen, sich mit Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung, Energiefragen und den neuen Technologien auseinanderzusetzen, wird die Politik des ‚Cooling out‘ betrieben: Seht ein, erkennt die Grenzen, tragt Rechnung ...“

Was wäre dem entgegenzusetzen? Zunächst einmal ist hier festzuhalten, daß das spezielle Problem der Akademikerarbeitslosigkeit von Gewerkschaften und von anderen demokratischen und sozialen Organisationen erst vergleichsweise spät auf die Tagesordnung gesetzt wurde. ...

Auf einem Symposium „Die arbeitsmarktpolitische Verantwortung des Staates“ hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mitte Mai besonders auch im Hinblick auf die Akademikerarbeitslosigkeit einige Überlegungen angestellt: Der Staat hat dort, wo ein begründeter Bedarf besteht, Neueinstellungen vorzunehmen.

In den Bereichen Forschung/Wissenschaft und im öffentlichen Gesundheitswesen wäre ein Defizit von 40 000 bis 60 000 Stellen abzubauen. 24 300 Vollarbeitsstellen für Lehrer würden geschaffen, wenn die Pflichtstundenzahl um eine gesenkt würde, 7 600, wenn jedes siebte Jahr von den beschäftigten Kollegen zur Weiterbildung genutzt werden könnte. Diese Zahlen sind ergänzungsbedürftig: Gerade in Zusammenarbeit mit der GEW weisen Selbsthilfegruppen immer wieder regionalen Mangel an Lehrern, Sozialarbeitern etc. auf. Zweitens sind hier noch nicht neuartige Aufgabenfelder wie z.B. Umweltschutz berücksichtigt.

Außerdem könnten Institutionen geschaffen werden, in denen arbeitslose Akademiker z.B. Forschungsaufträge der öffentlichen Hand bearbeiten. Die von der Gesellschaft teuer bezahlte Qualifizierung der Akademiker darf nicht verlorengehen. Besonders in Zusammenarbeit mit der GEW bemühen sich Selbsthilfegruppen, derartige Programme zu erstellen.

Sicherlich liegt der Frage nach den Bedarfsrechnungen eine politische Entscheidung über den Charakter des öffentlichen Dienstes, über Umfang und Qualität sozialer Leistungen für die Bürger zugrunde. Insofern richten sich die beschäftigungspolitischen Forderungen der Gewerkschaften zugleich gegen die „Entstaatlichungskonzeptionen“ der Bundesregierung.

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) hatte beispielsweise für das Jahr 1980 in 16 verschiedenen Aufgabenfeldern ein Personaldefizit von etwa 300 000 und für den Zeitraum von 1985 bis 1990 einen Bedarf von 850 000 vorwiegend für das Bildungswesen, die Gesundheitssicherung und die sozialen Dienste errechnet. Personaldefizite existieren darüber hinaus in neu entstandenen Aufgabenfeldern wie dem Umweltschutz.

Bernd Schneider

Zum BetrVG die erste Lesung: Niedriges Motiv hinter hohlem Pathos

Die Bundestagsmehrheit hat in erster Lesung den Entwurf eines „Gesetzes zur Verstärkung der Minderheitsrechte in den Betrieben und Verwaltungen (MindRG)“ gebilligt. Was da am 20. Juni in Bonn auf den Abgeordnetenbänken lag, war im Klartext der vom DGB und seinen Gewerkschaften bekämpfte Gesetzesplan zur Aushöhlung des Betriebsverfassungsgesetzes und zur Schwächung der Einheitsgewerkschaft. Die „Minderheit“, die „geschützt“ werden soll, ist in Wahrheit der CDU/CSU-gesteuerte „Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands“, der nicht recht auf eigenen Beinen stehen kann.

Zu den Initiatoren des Gesetzentwurfes der Regierungskoalition gehören Heimo George und Graf Lambsdorff von der CDU bzw. FDP ebenso wie der DGB-Funktionär Müller-Remscheid, der auch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist. Mit der ersten Lesung, der bis Ende dieses Jahres noch die zweite und dritte folgen sollen, hat die Kohl/Genscher-Regierung klargemacht, daß sie sich auf der argumentativen Ebene nicht beeindrucken lassen will.

Der Gesetzentwurf ist in vier Artikel gegliedert, die die beabsichtigten Änderungen des Betriebsverfassungsgesetzes (Art. I), des Personalvertretungsgesetzes (Art. II), die Schaffung eines Gesetzes über die Errichtung von Sprecherausschüssen für leitende Angestellte (Art. III) und die Änderung des Arbeitsgerichtsgesetzes (Art. IV) regeln. Was im Betriebsverfassungsgesetz unter dem Motto „Minderheitenschutz“ geändert werden soll, soll ebenso auch am Personalvertretungsgesetz korrigiert werden.

Im Betriebsverfassungsgesetz ist die Änderung von zwölf Paragraphen beabsichtigt, und zwar der §§ 14, 16, 26, 27, 28, 38, 47, 51, 55, 59, 63, 116. Hier die wichtigsten Änderungen:

– (§ 14) Jeder Wahlvorschlag von Arbeitnehmern soll nur noch von 5 Prozent (statt 10 Prozent) der Wahlberechtigten unterzeichnet sein, wobei in jedem Falle 50 Unterschriften (statt 100) genügen sollen, mindestens aber drei. Neu vorgesehen ist ein Absatz 8, der lautet: „Jeder Wahlvorschlag einer Gewerkschaft muß von zwei Beauftragten unterzeichnet sein.“

– (§ 16) In den Wahlvorstand soll künftig jede im Betrieb vertretene Gewerkschaft „einen dem Betrieb angehörenden Beauftragten als nicht stimmberechtigtes Mitglied“ entsenden können, also einen Aufpasser.

– (§ 26) Nicht wenn eine Gruppe im Betriebsrat „mehr als“, sondern „mindestens“, ein Drittel der Mandate hat, bekommt sie ein Vorschlagsrecht für den Betriebsratsvorsitzenden.

verstärkt werden; ebenso in bezug auf den Konzernbetriebsrat.

– (§ 63) Auch die Jugendvertretung soll nach der Verhältniswahl (statt bisher Mehrheitswahl) gewählt werden.

– (§ 116) Hier geht es um die Anpassung des Vorschlagsmodus und -rechts für die Wahl des Seebetriebsrats entsprechend den in § 14 beabsichtigten Änderungen.

Die Linie ist also durchgängig: Durch die Senkung des Unterschriftenquorums für Wahlvorschläge der Belegschaft und die Einführung eines ausdrücklichen Vorschlagsrechts von Gewerkschaften, die nur zwei Unterschriften aufbringen müssen, soll jenen leichter Zugang zu den Betriebsräten verschafft werden, die bei der DGB-Praxis der einheitlichen gewerkschaftlichen Kandidatenliste kaum Chancen hatten – besonders dem CGB. Und die Verstärkung der Minderheitenrechte im Betriebsrat selbst zielt auf die Stärkung spalterischer Elemente, auf die Lähmung effektiver Betriebsratsarbeit.

Die Argumente der DGB-Gewerkschaften gegen diese negative Novellierung des BetrVG sind längst bekannt und müssen hier nicht wiederholt werden. Sie machen aber auf die Koalitionsabgeordneten offensichtlich keinen Eindruck, weshalb der DGB den nötigen außerparlamentarischen Druck, spätestens auch in den Herbstaktionen, erzeugen muß. (Zu dem Gesetzentwurf über die Errichtung von Sprecherausschüssen leitender Angestellter werden wir im September-Heft ausführlich Stellung nehmen.) Gerd Siebert

Wird in Zukunft die Arbeitskraft wie ein Auto versichert werden?

Frau S. ist wegen ihrer geringen Arbeitsmarktchance (weiblich, über 40 Jahre, gesundheitliche Einschränkung) in einer besonders ungünstigen Risikoklasse. Um ihren hohen Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken, geht sie auf den Vorschlag ihrer Versicherung ein und vereinbart Selbstbeteiligung, z. B. eine Karenzzeit von drei Monaten. Da sie diese Zeit kaum mit Erspartem überbrücken kann, wird sie im Fall ihrer Arbeitslosigkeit eher einen niedrigeren Lohn akzeptieren. Müssen Arbeitnehmer in Zukunft ihre Arbeitskraft ebenso wie ihren PKW versichern?

Zunehmend wird die Frage diskutiert, ob die traditionellen sozialen Sicherungssysteme erhalten oder durch neue ersetzt werden sollen. Dabei wird von linken Kritikern zu Recht die Disziplinierungsfunktion insbesondere der Arbeitslosenversicherung (Zumutbarkeit, Sperrzeiten) sowie die Tatsache in den Vordergrund gestellt, daß immer mehr Menschen nicht nur aus dem Arbeitsprozeß, sondern auch aus dem Bereich der Sozialversicherung ausgegliedert werden. Doch darf nicht übersehen werden, daß die Sozialversicherung

zugleich ein kollektives Sicherungssystem ist, dessen Solidarcharakter bisher über den Lohnbezug und die Garantie staatlicher Zuschüsse hergestellt wurde. Unter dem Motto, die Bevormundung des Bürgers abschaffen zu wollen, werden gegenwärtig gerade die sozialen Elemente und nicht etwa die Disziplinierungsinstrumente abgebaut. Während die großen Unternehmerverbände das Sozialversicherungssystem nicht offen in Frage stellen und sich auf punktuelle Erzeugnisvorschläge beschränken, ha-

ben kleinere Verbände wie die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und „marktradikale“, der FDP nahestehende Institute wie das Institut für Weltwirtschaft in Kiel und der Kronberger Kreis sehr offen Vorschläge zur Abschaffung der Sozialversicherung gemacht und gar das Kunststück zuwege gebracht, das bisher als nicht versicherbar geltende Risiko der Arbeitslosigkeit für private Versicherungsgesellschaften attraktiv zu machen.

Ausgangspunkt aller Überlegungen im Unternehmerlager ist, daß das im Bereich der Sozialversicherung brachliegende Kapital durch den Ausbau des privaten Versicherungswesens (evtl. auch durch die Abschaffung des Umlageverfahrens in der Rentenversicherung, des sog. Generationenvertrags) aktiviert werden muß. Ebenso sollen die Staatszuschüsse wegfallen und für private Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Der Abbau der Lohnersatzleistungen wird zudem als notwendige Voraussetzung für die weitere Senkung des Lohnniveaus angesehen.

Strittig freilich ist – und darum geht es auch bei den Auseinandersetzungen zwischen FDP und CSU – wie hoch der systemstabilisierende Charakter der Sozialversicherung einzuschätzen ist, wie weit der Abbau betrieben werden kann, ohne den „sozialen Konsens“ entscheidend zu gefährden.

Während CDU/CSU und ihnen nahestehende Wirtschaftskreise eher dafür plädieren, die Abbaumaßnahmen unter vorläufiger Beibehaltung der Grundlagen der Sozialversicherung (Lohnersatz, kollektive Sicherung) fortzuführen, Bedürfniskriterien und Disziplinierungsfunktionen weiter auszubauen, streben die „Marktradikalen“ eine Auflösung der Sozialversicherung an. Ihr 3-Stufen-Modell sieht eine Grundsicherung (Sozialhilfe), eine Pflichtversicherung, die bei einem privaten Versicherer erfolgen kann und auch nicht mehr sichern soll als das „Existenzminimum“, sowie eine private Zusatzversicherung vor. Auch im Pflichtversicherungsbereich herrscht das reine Versicherungsprinzip. Unternehmerbeiträge und Bundeszuschüsse entfallen.

Wegen seines liberalen Anstrichs und seiner Nähe zu Existenzgeldvorstellungen wurden Bangemanns Rentenpläne, denen dieses Modell zugrunde liegt, von den Grünen als Schritt in die richtige Richtung begrüßt. Ohne hier auf die Existenzgeldproblematik eingehen zu können, sei doch erwähnt, daß die angeblich systemsprengende Entkoppelung von Arbeit und (Sozial-)einkommen im Unternehmerjargon schlicht Befreiung von den Lohnnebenkosten heißt.

Gegen die Pläne, den Sozialstaat letztlich auf die Sozialhilfe zu reduzieren und in Abgrenzung von grün/alternativen Vorstellungen haben der DGB und detaillierter die Memorandumgruppe das Konzept einer in die Arbeitslosenversicherung integrierten Mindestsicherung gestellt.

Bernhild Vögel

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Möglichkeiten der Einigungsstelle werden oft nicht voll genutzt

Nach einem im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit- und Sozialordnung erstellten Forschungsbericht kam es von 1972, also seit es das Instrument der Einigungsstelle gibt, bis 1979 nur in jedem achten der untersuchten Betriebe jemals zu Anrufung der Einigungsstelle. Dies zeigt, das insbesondere in Klein- und Mittelbetrieben die Möglichkeiten der Einigungsstelle noch längst nicht voll ausgeschöpft werden. Gerade in den Bereichen, in denen viele Unternehmer mit ihrem „Herr-im-Haus“-Standpunkt die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats grob mißachten, kann die Einigungsstelle eine wichtige Funktion haben: Sie ist für den Unternehmer mit Kosten verbunden und zwingt ihn, das Betriebsverfassungsgesetz ernster zu nehmen und vor einem nicht nur innerbetrieblich besetzten Gremium seine Vorstellungen offenzulegen. Wen wundert es, daß viele Unternehmer Einigungsstellen verhindern wollen, vor allem, wenn der Betriebsrat die Initiative ergreift.

Nicht nur Sozialpläne

Im Betriebsverfassungsgesetz ist im einzelnen aufgezählt, in welchen Fragen die Einigungsstelle tätig wird und wann sie die Einigung zwischen Unternehmer und Betriebsrat ersetzt. In der Praxis konzentrieren sich die Einigungsstellenverfahren im wesentlichen auf Sozialplanverfahren (26 Prozent aller Einigungsstellenverfahren) und Verfahren nach § 87 BetrVG. Das Verfahren, wie die Einigungsstelle zusammengesetzt und tätig wird, regelt § 76 BetrVG. Rechtsprechung und Literatur spiegeln wider, wie Einigungsstellenverfahren möglichst verhindert oder wenigstens herausgezögert werden sollen. Auch die Besetzung der Einigungsstellen steht im Mittelpunkt einer Reihe von juristischen Erörterungen und Gerichtsverfahren. Jahrelang haben die Unternehmer vor den Gerichten versucht, die Kosten der Einigungsstelle so gering wie möglich zu halten. Inzwischen ist es durch das Bundesarbeitsgericht höchststrichlerlich geklärt, daß der Vorsitzende der Einigungsstelle einen Honoraranspruch von 13/10 der Gebühren nach der Rechtsanwaltsgebührenordnung, die außerbetrieblichen Beisitzer 7/10 der Gebühren des Vorsitzenden beanspruchen können. Allerdings sollte der Betriebsrat bei den von ihm benannten Beisitzern darauf achten, daß er einen offiziellen Beschluß und eine entsprechende Vereinbarung mit den Beisitzern trifft. Das BAG hat nämlich in einem Verfahren (Beschluß vom 1. Dezember 1983 – 6 ABR 6/81) Honoraransprüche von Beisitzern abgelehnt, weil eine

entsprechende Vereinbarung nicht nachgewiesen werden konnte.

Die Rechtsprechung des BAG stößt auf erhebliche Kritik aus dem Unternehmerlager. Der Unternehmerverband Gesamtmetall hat 1983 unter dem Tenor „Die Einigungsstellen sind viel zu teuer“ eine Untersuchung über 179 durchgeführte Einigungsstellenverfahren vorgelegt, die darin mündet, notfalls auch eine gesetzliche Beschränkung der Kosten zu verlangen, „wenn nicht die Kosten der Einigungsstelle durch Zurückhaltung bei allen Beteiligten sowie durch eine Korrektur der höchststrichlerlichen Rechtsprechung wieder auf eine angemessene Höhe zurückgeführt werden können“. Die Untersuchung selbst belegt allerdings dieses Ergebnis kaum: Bei einem durchschnittlichen Zeitaufwand von 12 Stunden pro Einigungsstellenverfahren (Vorbereitungs- und Anfahrtszeiten nicht mitberechnet) betrug das Honorar bei den gewerkschaftlichen Beisitzern, um die es hierbei in erster Linie geht, in 63 Prozent der Fälle zwischen 500 und 5000 DM, in 9 Prozent wurden die gewerkschaftlichen Beisitzer sogar unentgeltlich tätig, in 18 Prozent der Fälle blieb das Beisitzerhonorar unter den vom BAG entwickelten Sätzen. Insgesamt wurde in 80 Prozent der Fälle vorher ein Festhonorar vereinbart. Gesamtmetall läßt jedoch nicht locker. Auf Anfrage eines CDU-Abgeordneten mußte sich der Bundestag am 22. April 1983 mit dieser wichtigen Frage auseinandersetzen. Selbst die nicht gerade gewerkschaftsfreundliche Bundesregierung mußte dabei feststellen, sie habe nicht den Eindruck, daß sich bestimmte Personen im Zusammenhang mit der Tätigkeit in Einigungsstellen „Pfründe“ geschaffen hätten, sie wolle jedoch am Ball bleiben und jedem Verdacht nachgehen.

Zusammensetzung

Der Betriebsrat kann sich – wenn dies sachlich notwendig ist – vor der Einigungsstelle von einem Rechtsanwalt vertreten lassen. Auch diese Kosten hat der Unternehmer zu tragen (BAG, Beschluß vom 5. November 1981 – 6 ABR 24/78).

Ein weiteres Feld unternehmerischer Strategie sind die Versuche, auf die Zusammensetzung der Einigungsstelle Einfluß zu nehmen, auf Arbeitnehmerseite versteht sich. Die immer wieder von ihnen beschworenen Horrorgestaltungen haben dazu geführt, daß die Einigungsstellen in der Praxis durchschnittlich nur zwei bis drei Beisitzer haben. Trotzdem sollten die Betriebsräte immer wieder versuchen, eine größere Anzahl Beisitzer durchzuset-

zen, wenn ihnen dies sinnvoll erscheint. Nicht durchsetzen konnten sich die Unternehmer bei den Versuchen, die gewerkschaftlichen Beisitzer in den Verfahren zu verhindern und bestimmte Personen von vorneherein auszuschließen. Hier hat sich bei den Gerichten und in der Literatur die – eigentlich selbstverständliche – Meinung durchgesetzt, daß es allein Sache des Betriebsrates ist, welche Beisitzer er für die Einigungsstelle benennt. Auch wegen angeblicher „Unzumutbarkeit“ können Beisitzer nicht abgelehnt werden. Juristisch hat der Unternehmer keine Möglichkeit, mit dem Hinweis auf angebliche Geschäftsgeheimnisse Informationen oder Unterlagen vor der Einigungsstelle zurückzuhalten. Ebenso wie die Betriebsratsmitglieder unterliegen auch die Mitglieder der Einigungsstelle bei objektiv geheimhaltungsbedürftigen und ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig erklärten Tatsachen der Schweigepflicht des § 79 Abs. 1 BetrVG.

Dem Unternehmer Fristen setzen

Ungezählt und vielfältig sind schließlich Versuche der Unternehmenseite, mißliebige Einigungsstellenverfahren zu torpedieren und hinauszuzögern. Das Betriebsverfassungsgesetz enthält leider – mit Ausnahme des § 38 Abs. 2 BetrVG – keine Bestimmungen darüber, in welchem Zeitraum die Einigungsstellen zu besetzen sind und zusammentreten müssen. Um die Betriebsräte müde zu machen, werden von ihnen angeforderte Stellungnahmen zu der Person des Vorsitzenden und der Anzahl der Beisitzer immer wieder hinausgezögert. Hier sollte der Betriebsrat dem Unternehmer eine Frist zur Stellungnahme setzen. Erfolgt eine Einigung innerhalb dieser Frist nicht, so sollte unverzüglich nach § 76 Abs. 2 BetrVG, § 98 ArbGG das Arbeitsgericht angerufen werden. Eine weitere Verzögerungstaktik besteht darin, selbst bei eindeutig mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten die Zuständigkeit der Einigungsstelle zu bestreiten.

Über die Frage, ob die Einigungsstelle zuständig ist, entscheidet aber weder der Unternehmer noch das Arbeitsgericht in dem Bestellungsverfahren, sondern lediglich die Einigungsstelle selbst bzw. das Arbeitsgericht in einem parallelen Beschlußverfahren. Das heißt: Weigert sich der Unternehmer, einem Einigungsstellenverfahren zuzustimmen oder kommt aus anderen Gründen eine Einigung mit dem Betriebsrat über die Besetzung der Einigungsstelle nicht zustande, so muß das Arbeitsgericht die Einigungsstelle einrichten. Eine Ausnahme besteht nach ständiger Rechtsprechung nur dann, wenn die Einigungsstelle „offensichtlich unzuständig“ wäre. Die Einigungsstelle entscheidet als rechtliche Vorrage erst einmal selbst, ob sie zuständig ist. Ist der Unternehmer mit der Einrichtung der Einigungsstelle nicht einverstanden, weil er sie für unzuständig hält, so muß er beim Arbeitsgericht Feststellungsklage einreichen. Bis dieses Verfahren rechtskräftig entschieden ist, wird die Einigungsstelle

tätig, das Besetzungsverfahren darf deshalb nicht ausgesetzt werden. BAG-Beschluß vom 24. November 1981 – 1 ABR 42/79: „Eine Aussetzung gemäß § 148 ZPO bis zum Abschluß jenes Besetzungsverfahrens ist in Hinblick auf den besonderen Zweck des Verfahrens nach § 98 ArbGG, den Betriebspartnern möglichst rasch ohne zeitraubende Prüfung schwieriger Zuständigkeitsfragen eine formal funktionsfähige Einigungsstelle zur Verfügung zu stellen, nicht zulässig.“

Ist ein Einigungsstellenspruch ergangen, mit dem der Unternehmer nicht einverstanden ist und ficht er diesen Spruch vor dem Arbeitsgericht nach § 76 Abs. 5 BetrVG an, so ist er trotzdem verpflichtet, den Spruch der Einigungsstelle durchzuführen. Der Spruch wird durch das Anfechtungsverfahren nicht ausgesetzt (ArbG Frankfurt vom 3. August 1982 – 13 BV Ga 5/82 und LAG Berlin vom 6. Dezember 1984 – 4 Ta BV 2/84). Der Betriebsrat kann die Durchsetzung des Einigungsstellenspruchs notfalls mit einer einstweiligen Verfügung erzwingen (LAG Berlin vom 6. Dezember 1984).

200 Milliarden DM Rentenrückstellungen?

Die Rückstellungen für Renten dürften über 200 Milliarden DM betragen, wird von Michael Schoden im DGB-Organ „Die Quelle“ (6/1985) festgestellt. Also ist die Rentenversicherung doch nicht pleite?! Bei den mehr als 200 Milliarden DM handelt es sich jedoch nicht um Rücklagen der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern um Rücklagen für Betriebsrenten, die sich damit seit 1977 (40 Milliarden DM) vervielfacht haben. In etwa der gleichen Zeit, von 1975 bis zum Jahreswechsel 1984/85, wurden die Reserven der Rentenversicherung von 45 Milliarden DM auf nicht viel mehr als ein Fünftel, auf unter 10 Milliarden DM, abgebaut. Und für Ende November rechnet der Vorstandsvorsitzende des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR), Alfred Schmidt (DGB), mit neuen Liquiditätsschwierigkeiten der Rentenversicherung, die nur mit einem Betriebsmittelkredit überbrückt werden können, wenn die Rentenversicherung nicht vorher den zusätzlichen Bundeszuschuß erhält, den der Bund in Höhe bis zu 1,5 Milliarden DM in Aussicht gestellt hat.

Eine absurde Entwicklung: Die Rentenversicherung, die für alle Arbeiter und Angestellten da ist, geht finanziell am Krückstock. Die Betriebsrentenfonds, auf deren Leistungen nur ein Teil der Arbeiter und Angestellten Anspruch hat, aber quellen über. „Sozialer Rechtsstaat“ – „Sozialpflichtigkeit des Eigentums“? – Nein, gewöhnlicher Kapitalismus! Die Rücklagen für Betriebsrenten sind vor allem für die großen Konzerne billiges Kapital, mit dem sich gut noch mehr Gewinn machen läßt.

A. B.

Betriebsänderung

Über ein Viertel aller Einigungsstellenverfahren wurden in den letzten Jahren als Sozialplanverfahren nach § 112 BetrVG durchgeführt. Vor den Sozialplan hat das Betriebsverfassungsgesetz in § 112 den sog. Interessenausgleich geschaltet, ein Rechtsinstrument, das in der Praxis bisher so gut wie bedeutungslos ist. Der Unternehmer soll sich vor dem Sozialplan mit dem Betriebsrat über die geplante Betriebsänderung einigen. Die einzige rechtliche Sanktion, um dazu Druck auszuüben, bietet § 113 Abs. 3 BetrVG: Der Unternehmer ist zur Zahlung einer Abfindung an den einzelnen Beschäftigten verpflichtet, wenn er eine geplante Betriebsänderung durchführt, „ohne über sie einen Interessenausgleich mit dem Betriebsrat versucht zu haben, und infolge der Maßnahme Arbeitnehmer entlassen werden oder andere wirtschaftliche Nachteile erleiden.“ Wie diese „Versuche“ von Unternehmenseite aussehen, kann man sich vorstellen. Hier hat das Bundesarbeitsgericht am 18. Dezember 1984 (1 ABR 176/82) eine sehr interessante, von Unternehmenseite scharf kritisierte Entscheidung getroffen: „Ein Unternehmer, der Ansprüche auf Nachteilsausgleich (§ 113) vermeiden will, muß das für den Versuch einer Einigung über den Interessenausgleich vorgesehene Verfahren voll ausschöpfen. Er muß, falls keine Einigung mit dem Betriebsrat möglich ist und dieser nicht selbst die Initiative ergreift, die Einigungsstelle anrufen, um dort einen Interessenausgleich zu versuchen.“

In der Begründung heißt es: „Die hier vertretene Auffassung führt auch zu praktikablen Regelungen. Ob der Einigungsstellenversuch in der Einigungsstelle selbst gescheitert ist, läßt sich leicht nachprüfen. Ein solcher Vorgang wird zweckmäßigerweise protokolliert. Ob der Unternehmer mit dem Betriebsrat ernsthaft beraten hat, läßt sich kaum oder jedenfalls erheblich schwerer feststellen. Und nur bei ernsthaften Beratungen mit dem Willen zu einer Einigung könnte man davon sprechen, der Unternehmer habe die Einigung versucht.“ Mit dieser Entscheidung wird der „Interessenausgleich“ juristisch aufgewertet und der Unternehmer eher veranlaßt, bereits vor den Sozialplanverhandlungen im Rahmen eines Einigungsstellenverfahrens das „Ob“ und „Warum“ einer geplanten Betriebsänderung ernsthaft zu erörtern. Die Entscheidung gilt für sämtliche Betriebsänderungen nach § 111 BetrVG, also nicht nur für Betriebsabschlüssen. Im Konkursfall wird der Nachteilsausgleich oft mangels Masse kaum durchsetzbar sein, außerdem sind die Betroffenen, die ihn geltend machen könnten, meistens in alle Winde zerstreut. Anders sieht es bei Betriebsänderungen außerhalb des Konkurses aus. Duster orakelt ein Kommentator aus dem Unternehmerlager: „Die Verzögerung der Betriebsänderung durch das Abwarten des Einigungsverfahrens kann sehr erheblich sein ... Insgesamt kann durchaus eine Verzögerung der Betriebsänderung um ein Dritteljahr entstehen.“

Florett

Hinterbliebenenrente à la Blüm – eine Reform mit Haken und Ösen

Zum 1. Januar 1986 tritt die Neuregelung der Hinterbliebenenrenten und die Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung in Kraft. Witwen haben dann unter den gleichen Voraussetzungen wie Witwen Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente. Die neuzugehenden Witwen(er)-Renten werden dafür um 40 Prozent des „Erwerbs- und Erwerbssatzes einkommens“ gekürzt, soweit dieses einen dynamisierten Freibetrag von zunächst 900 DM übersteigt (für Kinder und einige Einkommen gibt es weitere Freibeträge). 1921 und später geborenen Frauen wird bei den nach dem Ende dieses Jahres neu zugehenden Versicherungsrenten für jedes Kind ein Babyjahr angerechnet.

Schon vor dem 1. Januar 1986 bewilligte vorzeitige Altersruhegelder werden bei Vollendung des 65. Lebensjahres auf Antrag unter Berücksichtigung der Erziehungszeiten neu festgestellt. Für ab dem Anfang nächsten Jahres geborene Kinder kann das Erziehungsjahr auch bei den Vätern, sowie bei Pflege- und Stiefelternanteilen angerechnet werden. Das Babyjahr zählt auch bei der Wartezeit mit. Eine Frau, die 5 Kinder erzogen hat, würde damit allein die Wartezeit für ein Altersruhegeld ab 65 erfüllen. Für die Anwendung der Reform der Hinterbliebenenversicherung gelten Übergangsbestimmungen. So können Ehepaare, die im kommenden Jahr 50 Jahre und älter werden, bis spätestens 1988 entscheiden, ob sie Hinterbliebenenrente nach altem oder neuem Recht wollen.

Gerd Muhr, der stellvertretende Vorsitzende des DGB, hat zu der Neuregelung erklärt: „Eine Reform mit Haken und Ösen, bei der viele Erwartungen auf der Strecke bleiben.“ In der Tat sind vor allem viele Erwartungen der Frauen auf der Strecke geblieben. Wurde doch nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts 1975 für die Gleichstellung der Witwen von allen Parteien versichert, mit der Reform müßte die eigenständige soziale Sicherung der Frauen gestärkt und für Witwen ohne oder mit nur geringer eigener Rente der Satz der Hinterbliebenenrente erhöht werden. Mit der jetzt in Kraft tretenden Neuregelung erhält keine Frau an Witwenrente auch nur einen Pfennig mehr. Vielmehr müssen die Frauen, ein Teil der künftigen Witwen, wenn ihr eigenes Einkommen 900 DM übersteigt, die Gleichstellung der Witwen bezahlen. Was die zusätzlichen Witwenrenten an Mehraufwendungen verursacht, soll durch die Kürzung eines Teils der Witwenrenten eingespart und damit die Reform zu Lasten der Frauen kostenneutral verwirklicht werden.

Praktisch werden die Witwen(er)-Renten damit Bedürftigkeitsleistungen. Wer sie beantragt, muß künftig seine Einkommensverhältnisse offenbaren und sich während des Bezugs der Witwenrente weiteren Einkommensüberprüfungen unterziehen. Wenn dazu versichert wird, das

eigene Einkommen, so der eventuelle Arbeitsverdienst, der Witwe bleiben unangezählt, so ist das nichts als Schaumstrategie. In Wirklichkeit führt nämlich nicht eine höhere Witwenrente, sondern umgekehrt höheres eigenes Einkommen zur Kürzung des Gesamteinkommens. Eine Witwe mit 1200 DM Witwen- und 500 DM eigener Rente bleibt von einer Kürzung verschont. Beträgt umgekehrt die eigene Rente 1200 DM und die Witwenrente 500 DM wird die letztere und damit das Gesamteinkommen der Witwe um 120 DM gekürzt. Ein besonderer sozialer Skandal aber ist es, daß zwar Kranken- und Arbeitslosengeld auf die Witwenrente angerechnet werden, Einkommen aus Kapitalvermögen, Vermietung und Verpachtung aber nicht.

IBFG fordert Boykott des Apartheidregimes

Als Antwort auf die Verhängung des Ausnahmezustandes hat der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) den Boykott des südafrikanischen Apartheidregimes gefordert. Investitionsgarantien und Exportkredite sollten nicht mehr gegeben werden. Von den Regierungen wird verlangt, die sportlichen und kulturellen Beziehungen zum Rassistenregime abzubauen. Bereits vor Verhängung des Ausnahmezustandes hatte die Jugend der IG Bergbau und Energie (IGBE) eine Solidaritätskampagne für die schwarzen südafrikanischen Gewerkschafter gestartet. Mit dezentralen Aktionen und Ständen soll die Öffentlichkeit über die Zustände in Südafrika informiert werden. Auch der IG-Metall-Vorsitzende Hans Mayr hat Stellung gegen das Rassistenregime genommen. Am 26. Juli forderte er die Bundesregierung auf, Position gegen die südafrikanische Regierung zu beziehen. „Wenn sich die Bundesregierung nicht zum Komplizen des Systems in Südafrika machen will, muß sie ihr wohlwollendes Schweigen brechen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes protestieren“, erklärte er.

Die Anrechnungsregelung gelte auch für die Leistungen der Unfallversicherung – nicht aber für die Minister- und Abgeordnetenversorgung. Hier haben schon seit jeher Witwen unter gleichen Voraussetzungen Anspruch auf die Hinterbliebenenversorgung, ohne daß in Bonn jemand daran denkt, auch der Ministerwitwe deshalb künftig eigenes Einkommen auf ihre lukrative Witwenversorgung anzurechnen. Das Anrechnungsmodell in der Rentenversicherung ist also ein Schritt weiter weg von der Harmonisierung der verschiedenen Alters- und Hinterbliebenenversicherungssysteme, wie sie der DGB seit langem anstrebt.

Der Minister für Sozialdemontagen, Norbert Blüm, hat geprahlt, die Einführung der Erziehungszeiten in die Rentenversicherung sei ein „Jahrhundertwerk“, mit dem die „Erziehungszeiten... mit der Erwerbsarbeit gleichbewertet“ werden. Dazu ist zunächst daran zu erinnern: Das Babyjahr wird erst jetzt verwirklicht, weil die CDU/CSU es vor 14 Jahren aus dem Rentenreformgesetz gestrichen hat. Die Erziehungszeit wird aber auch jetzt nicht mit der Erwerbsarbeit gleichbewertet. Erstens wird nur ein Babyjahr angerechnet, und das zweitens nur mit 75 Prozent des Durchschnittsverdienstes der Arbeiter und Angestellten bewertet. Das bringt 25 DM mehr Rente für ein Kind.

Eine weitere soziale Ungerechtigkeit aber ist es, daß die vor 1921 geborenen Frauen, und damit die Frauen, die durch NS-Verfolgung oder Krieg ihren Mann verloren, die die vom Krieg hinterlassenen Trümmer mit weggeräumt haben, von der Anrechnung der Erziehungszeiten ausgeschlossen wurden. In ihrem Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1980 haben die Unionsparteien dagegen die Anrechnung von 5 Erziehungsjahren je Kind – „rückwirkend grundsätzlich 1 Jahr je Kind“ und die Orientierung der Bewertung am entsprechenden Durchschnittseinkommen versprochen. Von einer Ausgrenzung der älteren Frauen war da nicht die Rede.

Die ganze Reform ist eher Flickschusterei, aber wahrhaftig kein Jahrhundertwerk. Für die Gewerkschaften kann damit vor allem das Ringen um die Verbesserung der eigenständigen sozialen Sicherung der Frauen nicht abgeschlossen sein. Es gilt jetzt vor allem, das Babyjahr für alle Frauen durchzusetzen, also auch und vor allem für die älteren Frauen, die Bewertung der Erziehungszeit mit dem vollen Durchschnittsverdienst aller Arbeiter und Angestellten und die schrittweise Ausdehnung der anzurechnenden Erziehungszeit bis zum Schulbeginn. Nach wie vor sind auch die weiteren Forderungen aktuell: Die Gewährung eines Zuschlages zur Rente als Ausgleich für die Unterbezahlung der Frauen – gleich hohe Werte wie für Männer bei allen Versicherungszeiten, die mit Tabellenwerten angerechnet werden. – Wiederaufleben des „Arbeitgeberbeitrages“ für Versicherungszeiten, für die die Beiträge bei der Eheschließung erstattet wurden.

Arthur Böppe

Öldollars und moderner Sklavenmarkt Arbeiterrechte mit Füßen getreten

Das im Osten der arabischen Halbinsel gelegene Emirat Bahrein gehört zu den industriell am weitesten entwickelten Ländern der Golfregion. So hat sich denn auch im Lande eine relativ starke Arbeiterklasse herausgebildet, die gewerkschaftlich gut organisiert ist. Doch ebenso wie in Saudi-Arabien oder den übrigen Golfmonarchien werden auch in Bahrein die Rechte der Arbeiter von den dort ansässigen ausländischen Monopolen und der einheimischen Bourgeoisie mit Füßen getreten, gehören Verfolgungen und Inhaftierungen von Gewerkschaftern zum politischen Alltag des Regimes.

Wie die meisten Staaten der arabischen Halbinsel war auch Bahrein lange Zeit britische Kolonie. Mit dem sogenannten „Vertrag über den Frieden im Persischen Golf“ im Jahre 1820 beendete Großbritannien seine Feldzüge „gegen das Piratentum“ und unterwarf u. a. auch Bahrein seiner Herrschaft. Formal regierten die Scheichs des Familienclans Khalifa, die auch nach der Unabhängigkeit im Jahre 1971 mit Isa bin Sulman al-Khalifa das Staatsoberhaupt stellen. Bis zum Beginn der Erdölförderung im Jahre 1932 durch die Standard Oil Company of California herrschten in Bahrein Feudal- und Gentilverhältnisse. Der Aufbau der Erdölindustrie und das Eindringen des Auslandskapitals zerstörten innerhalb von zwei Jahrzehnten die alten und schufen neue kapitalistische Produktionsverhältnisse.

Da Bahrein über verhältnismäßig geringe Erdölreserven verfügt, hat das Land seine Industrie frühzeitig diversifiziert. Eine Raffinerie, die vor allem saudisches Erdöl verarbeitet, eine Aluminiumhütte, eine Reparaturwerft für Tanker und andere Betriebe ermöglichen dem Land, auch nach Erschöpfung der Erdölvorkommen wirtschaftlich über die Runden zu kommen. Darüber hinaus haben Steuervergünstigungen mittlerweile mehr als 120 Banken ins Land gelockt.

Diese frühe Industrialisierung hat – wie bereits eingangs erwähnt – zur Herausbildung einer relativ starken Arbeiterklasse geführt. Im Oktober 1955 wurde denn auch die Union der Arbeiter Bahreins gebildet, der sich in kurzer Zeit 14 000 Mitglieder, vor allem Erdölarbeiter, anschlossen. Im März 1965 kam es zum ersten großen Streik in der Erdölindustrie, der schnell in einen politischen Generalstreik mündete. Er richtete sich gegen die damalige britische Kolonialherrschaft, die die Khalifa-Dynastie und die US-Erdölgesellschaft. Obwohl dieser Streik brutal niedergeschlagen wurde, beschleunigte er die Erringung der politischen Unabhängigkeit und führte erstmals zur Zusammenarbeit aller fortschrittlich-demokratischen Kräfte im Lande.

Die in Bahrein bis heute gängige Repressionspraxis gegen Gewerkschafter und andere Gegner des Regimes wird durch

eine Aussage von Premierminister Scheich Khalifa deutlich: „Obwohl wir einen Mangel an Gefängnissen haben, nehmen wir alle Verdächtigen fest und verhören sie solange wie man braucht, monatelang wenn nötig.“ Diese gegenüber der französischen Zeitung Le Monde gemachte Äußerung macht denn auch die geschätzte Zahl von derzeit rund 3000 politischen Gefangenen in Bahrein durchaus wahrscheinlich. Eine – bei 267 000 Einwohnern – astronomisch hohe Zahl!

Rege Gewerkschaftskontakte

In den letzten Wochen gab es eine Reihe Kontakte zwischen Spitzenfunktionären von DGB-Gewerkschaften und Gewerkschaftsvertretern sozialistischer Länder. Dabei standen Fragen der Erhaltung des Friedens, der Entspannung und Fortsetzung der bilateralen Beziehungen im Vordergrund. So auch beim Besuch einer DGB-Spitzendelegation unter Leitung des DGB-Vorsitzenden Breit vom 24. bis 27. Juli beim Zentralrat der Sowjetgewerkschaften und bei den Gesprächen mit dem Vorsitzenden des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften, Schelajew.

Herausragendes Ereignis war zweifellos der Empfang der DGB-Spitzendelegation, der u. a. auch der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach angehörte, durch Andrej Gromyko, Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets. Ernst Breit erklärte, daß die Gewerkschaften der Bundesrepublik überzeugte Gegner des Wettrüstens seien, denn es verschärfe die Kriegsgefahr und führe zur sozialen Demontage. Abgelehnt wurde von ihm auch die atomare Aufrüstung des Weltraums. Andrej Gromyko betonte, daß die Sowjetunion an einer Außenpolitik im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit festhalten werde. U. a. erklärte er: „Die UdSSR tritt für die Wiedergeburt der internationalen Entspannung ein.“

Die DDR-Gewerkschaften hatten vom 2. bis 5. Juli eine Spitzendelegation der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) unter Leitung der Vor-

Doch die in Bahrein ansässigen ausländischen Monopole und die einheimischen Unternehmer bedienen sich in enger Kooperation mit dem Regime noch einer anderen Methode, um die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung im Lande niederzuhalten. Nämlich „Teile und herrsche“ durch den Import ausländischer Arbeitskräfte. Wegen Not und Elend zum Verlassen ihrer Heimatländer gezwungen, erhalten die eingewanderten, vorwiegend aus asiatischen Ländern wie Südkorea, Taiwan, Thailand, den Philippinen, Pakistan und Indien stammend, weitaus niedrigere Löhne als ihre Kollegen in Bahrein. Sie müssen isoliert in kasernenähnlichen Lagern leben, sind der Landessprache nicht mächtig, dürfen aufgrund der abgeschlossenen Verträge keine Lohnerhöhungen fordern oder an irgendwelchen gewerkschaftlichen Aktivitäten teilnehmen. Die Arbeitsverträge sind in der Regel auf zwei Jahre begrenzt. Ihre Erneuerung erfolgt nur im Austausch gegen weitere Zugeständnisse seitens der Arbeiter, die gezwungen sind, dies zu akzeptieren, um nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben zu werden.

Neben der eindeutig politischen Ausrichtung ist dieser moderne Sklavenhandel natürlich auch noch ein profitables Geschäft für die Arbeitsvermittler. G. D.

sitzenden Monika Wulf-Mathies zu Gast. Zum Abschluß ihrer Gespräche mit der Schwestergewerkschaft im FDGB bekräftigte die ÖTV-Vorsitzende auf einer Pressekonferenz beider Gewerkschaften in Berlin die gemeinsame Absicht, die Kontakte fortzusetzen und auszubauen. Geplant sei auch der fachbezogene Delegationsaustausch. Erneut sprach sich Monika Wulf-Mathies für Frieden und Abrüstung aus. Ihrer Meinung nach müßten die Beiträge der Gewerkschaften zu diesem Bereich trotz unterschiedlicher Meinungen über das hinausgehen, was Staat und Regierung jeweils für durchsetzbar hielten.

Fast zur gleichen Zeit, vom 1. bis 5. Juli, besuchte eine Delegation der Gewerkschaft Textil-Bekleidung-Leder im FDGB unter Leitung ihrer Vorsitzenden Charlotte Bombal den Hauptvorstand der Gewerkschaft Leder in Stuttgart. Ziel der gemeinsamen Beratungen war es, die bereits bestehenden guten Beziehungen beider Gewerkschaften weiter zu vertiefen.

Wie uns beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) auf Anfrage bestätigt wurde, wird eine Delegation unter Leitung des Vorsitzenden Günter Döding vom 19. bis 23. August die Gewerkschaft Handel, Nahrung und Genuß im FDGB besuchen. Neben Gesprächen mit der Vorsitzenden der FDGB-Gewerkschaft, Hannelore Schulz, gehören Betriebsbesichtigungen in Berlin und im Bezirk Dresden zum Besuchsprogramm. G. M.

Gewerkschaften aus Ost und West gegen Weltraummilitarisierung

So klug können die Köpfe nicht sein, wendet man diesen Werbespruch der FAZ einmal auf ihre Macher an. Das erste Treffen europäischer Gewerkschaften der grafischen Industrie, das am 12. und 13. Juni in Wien stattfand, hatten sie erst einem Bericht der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit“ entnommen. Und das Handelsblatt zeigte sich erstaunt angesichts der gleichfalls dort entnommenen Information, daß seit Jahr und Tag ein gemeinsamer Arbeitsausschuß zwischen der Internationalen Grafischen Föderation (IGF) und dem Ständigen Komitee der Gewerkschaften der Grafischen Industrie (SKGGI) besteht.

Beide Unternehmerblätter hätten wohl die Konferenz in Wien Konferenz sein lassen, hätte sich ihnen damit nicht die Möglichkeit geboten, einmal mehr gegen die „kommunistische Unterwanderung des DGB“ zu wettern, denn Erwin Ferlemann, Vorsitzender der IG Druck und Papier, habe in Wien den Eindruck entstehen lassen, „seine Gewerkschaft wolle Intentionen des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes den Führungsgremien des Deutschen Gewerkschaftsbundes nahebringen“ (so Ernst Günter Vetter in der FAZ vom 4. Juli). Was ihn und Herrn Narendorf vom Handelsblatt nicht paßte, war schlicht die Tatsache, daß die grafischen Gewerkschaften aus Ost und West gemeinsam gegen die von den USA vorangetriebene Militarisierung des Weltraums auftraten. Die Verhinderung solcher Rüstungsbestrebungen ist nach Lesart dieser Herren „kommunistisch“.

Wer dagegen für Rüstungsförderung eintritt, dem muß die Tatsache, daß sich Gewerkschaften, ungeachtet ihrer Herkunft aus Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, an einen Tisch setzen, um über gemeinsam interessierende Fragen zu informieren, kalte Schauer über den Rücken jagen. Themen der Konferenz waren „Wirtschaftskrise – Folgen der technischen und arbeitsorganisatorischen Rationalisierung – Arbeitslosigkeit und Beschäftigungspolitik – Sicherung des Friedens“. Zweifellos gibt es genug Anlaß, sich über diese Probleme gegenseitig zu informieren sowie gemeinsam darüber zu diskutieren, wie Lösungen gefunden werden können, auch dann, wenn Probleme in den verschiedenen Ländern unterschiedlich stark oder – wie bei Arbeitslosigkeit in den sozialistischen Ländern – keine Rolle spielen. Ganz besonders betrifft dies natürlich die Friedenssicherung.

Alein die Tatsache, daß Gewerkschaften aus Ost und West miteinander reden, Ansichten des anderen kennenlernen, hilft, den Friedensgedanken zu fördern. Genau dies aber ist es, was die Schreiber von FAZ und Handelsblatt nicht wollen. Der Präsident der IGF, Leonhard Mahlein, hatte daher in seiner Eröffnungsrede in Wien ganz bewußt den Mannesmann-Vorstandsvorsitzenden mit einer bemerkens-

werten, eigentlich selbstverständlichen Aussage zitiert, die allerdings für manche Gewerkschafter noch lange nicht so selbstverständlich ist: „Wir können bei unseren Geschäftsbeziehungen mit anderen Ländern auf Vorbehalte gegenüber Staatsformen, Weltanschauungen und Religionen keine Rücksicht nehmen. Wer miteinander spricht und miteinander Handel treibt, erhöht politische Spannungen nicht – er vermindert sie.“ Immerhin, so

Neue ILO-Übereinkommen in Genf erzielt

Mit der Annahme von zwei Übereinkommen und einer Entschließung ist Anfang Juli die 71. Tagungsperiode der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf beendet worden. In der ILO sind rund 150 Länder vertreten; sie ist eine Unterorganisation der Vereinten Nationen.

Das eine Übereinkommen, das nach Ratifizierung durch die jeweilige Landesregierung verbindlich wird, fordert von den Mitgliedsländern die Einführung betriebsärztlicher Dienste für alle Arbeitnehmer, auch im öffentlichen Sektor. Vorgesehen ist eine Erweiterung der Aufgabenfelder aus dem medizinischen in den ergonomischen und sicherheitstechnischen Bereich. Das andere Übereinkommen betrifft das Führen von Arbeitsstatistiken. Eine Entschließung fordert weitere Maßnahmen der Regierungen zur gesellschaftlichen und sozialen Gleichstellung von Mann und Frau. In erster Lesung wurde ein Übereinkommen zum Thema Asbest debattiert. Es sieht den schrittweisen Ersatz durch andere Stoffe und Verwendungsverbote für bestimmte Asbestarten und -erzeugnisse vor.

Wie NACHRICHTEN bereits mitteilten (Nr. 6 und 7) hatte die ILO auch beschlossen, einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Berufsverbote in der Bundesrepublik einzusetzen.

Mahlein, sei das oft ideologiebeladene Aufeinandertreffen von Gewerkschaften aus Ost und West bei IGF und SKGGI schon etwas abgebaut. (Auszüge des Referats von Mahlein brachten wir in der letzten Ausgabe.)

Von dem neuen Präsidenten der SKGGI und Vorsitzenden der IG Druck und Papier der DDR, Werner Peplowski, kam der Vorschlag, von der Konferenz eine Resolution an die Verhandlungsführer der UdSSR und USA in Genf zu senden, mit der Aufforderung, „ernsthaft darauf hinzuwirken, den Weltraum waffenfrei zu halten und die Rüstung auf der Erde zu begrenzen und zu reduzieren, wie es dann in der gemeinsam erarbeiteten und einstimmig verabschiedeten Resolution heißt. Erwin Ferlemann hatte in der Diskussion hinzugefügt, eine Resolution allein genüge nicht. Es müsse Aufgabe jeder Organisation in ihrem jeweiligen Land sein, Aufklärungsarbeit darüber zu leisten, welche Folgen aus dem Weltraumrüstungsprogramm erwachsen. „Für uns sollte diese Konferenz der Beginn des Kampfes gegen die Weltraumrüstung sein.“ In diesem Zusammenhang hatte Ferlemann angekündigt, daß der DGB-Bundesvorstand auf seiner Sitzung Anfang Juli ein konkretes Programm für Aktionen gegen diese Pläne beschließen werde.

Tatsächlich stand das Thema am 2. Juli auch auf der Tagesordnung des DGB-Bundesvorstandes, ein entsprechender Beschluß gegen das SDI-Programm der USA wurde verabschiedet (siehe Seite 13). Statt dessen weiß die FAZ zu berichten, Ferlemann sei vom DGB-Vorsitzenden Breit für seine zutreffenden Äußerungen in Wien gerügt worden.

In dem einstimmig angenommenen Schlußdokument (vgl. S. 23) formulierten die 70 Vertreter von 32 nationalen Gewerkschaften Europas die den Konferenzthemen entsprechenden Aufgaben für die nächste Zeit. Auf Vorschlag von Tony Dubbins von der NGA Großbritanniens wurde als vordringliche Aufgabe zusätzlich aufgenommen, die Versuche westeuropäischer Regierungen, Gewerkschaftsrechte einzuschränken bzw. die Organisationen der Arbeiter und Angestellten ganz zu zerschlagen, energisch zu bekämpfen. Diese Versuche, so Dubbins, seien voraussichtlich noch in ganz Westeuropa zu erwarten. Die Angriffe der britischen Regierung auf die Gewerkschaftsrechte bezeichnete er als ein „erstes Gefecht“. Für die Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern wird in dem Dokument ausdrücklich vermerkt, ihre Aufgaben bei der Interessenvertretung der Werktätigen künftig noch besser wahrzunehmen.

Im Vordergrund der Konferenz stand jedoch eindeutig die Sorge um den Erhalt des Friedens. Fehlte dieses Thema in keinem der Diskussionsbeiträge, so sprachen sich ausdrücklich die meisten Gewerkschafter aus den sozialistischen wie den kapitalistischen Ländern für eine Fortsetzung des fruchtbaren Dialogs aus.

Bernhard Keßeler

Industriebranchen unter Druck

Umbruch im Produktionsbereich? Branchenanalysen: Chemische Industrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektronische Industrie, Textil- und Bekleidungsindustrie und Bauindustrie in der BRD, Beiträge des IMSF 7, Frankfurt/M. 1985, 428 Seiten, DM 30,-.

Strukturwandel und Strukturkrise sind heute zentrale Begriffe, wenn wirtschaftliche Krisenscheinungen und Massenarbeitslosigkeit erklärt werden sollen. Überraschend daher, wenn eine Untersuchung der Strukturveränderungen im Produktionsbereich der Bundesrepublik zu dem Ergebnis kommt, daß sich der Strukturwandel in den krisenhaften siebziger und achtziger Jahren eigentlich verlangsamt hat. Im Einleitungskapitel des vorliegenden „Beitrags“ des IMSF wird die These vertreten, daß die eklatante Wachstumsverlangsamung im Kapitalismus wenig mit der „Ölkrise“, dafür aber viel mit den „normalen“ kapitalistischen Widersprüchen zu tun hat. Die Rekonstruktion nach dem zweiten Weltkrieg – vor allem die Neubauwelle und die Automobilisierung – habe diese zunächst überdeckt. Erst mit dem Nachlassen dieser Sonderfaktoren sei die Deformation des Wirtschaftsablaufs durch Monopole und Staat, der verschärfte Widerspruch zwischen Produktion und Markt, wieder hervorgetreten. Interessant sei heute vor allem, wie Kapital und Regierung auf diese Situation reagieren, wie sie durch Rationalisierung und „Sparpolitik“ die Krisen verschärfen. Vor allem der im folgenden im Mittelpunkt stehende Typ der kapitalistischen Rationalisierung würde nur tiefer in die Depression führen.

Die folgenden Analysen liefern da wichtiges Material, vor allem was die Wirkungen der neuen Technologien betrifft. Das Kapi-

tel über Industrieroboter als einer typischen Rationalisierungstechnik macht deutlich, daß sich hier die kostensenkenden Wirkungen von Massenproduktion und Möglichkeiten der Spezialisierung verbinden lassen.

Der entscheidende Gebrauchswert des „Beitrags“ besteht aber in den folgenden Branchenanalysen. Die sechs wichtigsten Sektoren des produzierenden Gewerbes – Chemieindustrie, Maschinenbau, Automobilindustrie, Elektrotechnik, Textil- und Bekleidungsindustrie und Bauwirtschaft – werden in eigenen, in sich abgeschlossenen Abschnitten untersucht. Im Mittelpunkt steht dabei die Analyse der Produktionsbedingungen. Während andere Branchenanalysen aus dem gewerkschaftlichen Bereich das Schwergewicht auf die unmittelbaren Beschäftigungswirkungen der Rationalisierung legen, ist der Ansatz hier umfassender. Auch der Praktiker findet eine Fülle von Material: Absatzverhältnisse, Verwertungsbedingungen, Konzentration, Internationalisierung und die Verflechtung mit dem Staat werden branchenweise auf einer breiten Datengrundlage dargestellt. Ein Tabellenverzeichnis am Schluß erleichtert auch für diejenigen eine rasche Orientierung, die sich nur für einen bestimmten Aspekt interessieren. Bilanz: ein „Nachschlagewerk“ für alle, die sich theoretisch oder praktisch mit Branchenfragen befassen.

David Schuster

Bestellschein

8/85

Hiermit bestelle ich

- Abonnement(s) NACHRICHTEN zum Preis von 40 DM jährlich einschließlich Porto.
 Senden Sie mir bitte ein kostenloses Probeheft.

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Vertrauensgarantie:
 Ich bin berechtigt, diese Bestellung innerhalb einer Woche nach Absendung gegenüber der Nachrichten-Verlags-Gesellschaft mbH, Kurfürstenstraße 18, 6000 Frankfurt/M. 90, in schriftlicher Form zu widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

(Falls geworben durch einen anderen Abonnenten, bitte Namen und Anschrift des Werbers sowie Buchwunsch aus der Produktion des Nachrichten-Verlages auf gesondertem Blatt angeben.)

VERLAGSINTERNES

Nachdem wir in der letzten Ausgabe bereits Auszüge aus Leonhard Mahleins Rede vor den Teilnehmern der Konferenz der grafischen Gewerkschaften Europas veröffentlichten, bringen wir nun – wie angekündigt – den Bericht von der Wiener Konferenz (siehe S. 34). Von Interesse für unsere Leser dürften auch die Abschlusserklärung sowie die Resolution der Gewerkschaftsvertreter aus den meisten kapitalistischen und sozialistischen Ländern Europas an die Verhandlungsführer der USA und UdSSR in Genf sein (Seite 23). Wir dokumentieren sie nicht zuletzt deshalb, weil auch diese einmütigen Willensbekundungen von Gewerkschaftern aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen ins Kreuzfeuer rechter Saubermänner von FAZ und Handelsblatt geraten sind, die dieser Konferenz insgesamt, wie ihren Beschlüssen und vor allem den Äußerungen des IG-Druck- und Papier-Vorsitzenden Erwin Ferlemann in Wien die Absicht untersuchen, dieserart den DGB mit „kommunistischem Gedankengut“ infiltrieren zu wollen.

Die Absicht dieser Herren ist klar: Wer gegen das US-amerikanische Weltraumrüstungsprogramm SDI auftritt, ist den Kommunisten auf den Leim gegangen. Offenbar besteht der DGB-Bundesvorstand nur noch aus einer Horde wildgewordener Kommunisten, hat dieses Gremium doch am 2. Juli – wie übrigens von Ferlemann in Wien bereits angekündigt – eine eindeutige Stellungnahme gegen SDI abgegeben. (Der Leser findet diese Erklärung auf Seite 13.)

In die gleiche Richtung zielt ein Angriff des CDA-Hauptgeschäftsführers Heribert Scharrenbroich gegen das IG-Metall-Vorstandsmittglied Hans Preiss (siehe Personalien S. 27), der den Gedanken äußerte, gegen Sozialabbau und Demontage demokratischer Rechte nötigenfalls auch vom Widerstandsrecht, wie es im Grundgesetz und in der Satzung der IG Metall verankert ist, Gebrauch zu machen.

Die Denunziation legitimer Ansprüche auf Interessenvertretung, sei es gegen das mörderische SDI-Programm oder gegen Sozial- und Demokratieabbau, hat Methode. Wie sie funktioniert, mag der Leser auch den Betrachtungen Hans Preiss' entnehmen, die dieser nach den offiziellen Zeremonien zum „40. Jahrestag der Niederlage“ – wie der 8. Mai '45 von denen genannt wird, für die er tatsächlich Niederlage ihres Herrschaftsstrebens war – niederschrieb: „40 Jahre danach und kein bißchen weise“, Seite 14.

Alles in allem: Neben der kontinuierlichen Berichterstattung findet der Leser auch in dieser Ausgabe wieder eine Fülle streitbarer Meinungsäußerungen, die Argumente liefern. Für NACHRICHTEN gibt es eben kein Sommerloch. jaco

TERMINKALENDER

- **12. bis 14. September**
Technologiepolitische Bundeskonferenz des DGB in Bonn
- **22. bis 27. September**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Westberlin
- **24. September**
Gewerkschaftstag der IG Bergbau und Energie in Oberhausen
- **3. bis 5. Oktober**
Handwerkskonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **4. bis 6. Oktober**
21. Bundestagung der Christlich-DEMokratischen Arbeitnehmerschaft in der CDU (CDA) in Saarbrücken
- **7. bis 12. Oktober**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Bau-Steine-Erden in Hamburg
- **11. bis 12. Oktober**
Zentrale Frauenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Duisburg-Rheinhausen
- **27. Oktober bis 1. November**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Leverkusen
- **7. bis 9. November**
12. Frauenkonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **8. bis 9. November**
Zentrale Angestelltenkonferenz der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Bad Kissingen
- **13. bis 15. November**
Bundeskonferenz der Deutschen Journalisten-Union (DJU) in der IG Druck und Papier in Springen
- **14. bis 16. November**
11. Bundesfrauenkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Ludwigshafen
- **18. bis 20. November**
12. ordentliche Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Köln
- **27. bis 28. November**
12. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bonn
- **13. bis 15. März 1986**
12. Angestelltenkonferenz der IG Metall in Frankfurt
- **4. bis 6. Dezember**
Personalrätekonferenz der Deutschen Postgewerkschaft in Augsburg

Postvertriebsstück
Nachrichten-
Verlags-GmbH
Kurfürstenstr. 18
Postf. 90 07 49
6000 Frankfurt/M. 90

Zu guter Letzt

Schnüffelnasen

Kürzlich enthüllte der „Spiegel“, daß die Schnüffelei des Verfassungsschutzes tief in den DGB hineinreicht. Neben Kommunisten füllen sozialdemokratische Gewerkschafter reihenweise die Datenkarteien. „Ich freue mich, daß ich noch nicht verhaftet bin“, sagte sarkastisch Alois Mittenmüller, DGB-Kreisvorsitzender in München, als er erfuhr, daß ihn der Verfassungsschutz unter der Nummer 190 161 009 erfaßt hat, weil er zu einer Demonstration zum Antikriegstag aufrief.

Zur Vervollständigung der Unterlagen erinnerte Mittenmüller in der „Welt der Arbeit“ daran, daß er das schon elfmal getan hat und zum 1. September 1985 zum zwölften Mal tun wird. Da es für einen Gewerkschafter eine Schande sei, beim Antikriegstag nicht mitzumachen, vermutet der Münchner DGB-Kreisvorsitzende, daß außer ihm noch eine ganze Menge seiner Kolleginnen und Kollegen beim Verfassungsschutz gespeichert sind.

Aber nicht nur das. Gespeichert werden auch interne DGB-Papiere zur Tarifpolitik und Telefonverzeichnisse. Meint der „Spiegel“: „Dem Verfassungsschutz ist offenbar das klare Feindbild abhanden gekommen.“ Da irrt das deutsche Nachrichtenmagazin aber gewaltig. Denn genau dafür werden ja die Schnüffelnasen im Unternehmerinteresse gebraucht, herauszufinden, wie und wohin sich das Klasseninteresse der Arbeiter entwickelt.

Herr Hellenbroich, der Exverfassungsschutzpräsident und designierte BND-Chef, hat das auf seine feine Art in einem extra gewährten „Spiegel-Gespräch“ anschaulich dargelegt. Die Namen von sozialdemokratischen Gewerkschaftern seien für ihn eigentlich erst dann interessant, sagte Herr Hellenbroich, wenn sie zusammen mit Kommunisten in Erscheinung träten.

Da erkennt man doch den richtigen Klassenriecher des Herrn Hellenbroich. Denn in der Tat ist für die Bourgeoisie nichts gefährlicher als die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten beim Schutz von Verfassungsrechten der Arbeiterklasse. Da muß man, wie Herr Hellenbroich bemerkt, doch „möglichst umfassend seine Akten beieinander haben“.

pitt

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare
Gegründet 1961
von Heinz Seeger

ISSN 0047-8598

Herausgeber: Arthur Böpplé, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Leonhard Mahlein, Stuttgart; Willi Malcomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
Postfach 90 07 49, Kurfürstenstr. 18,
6000 Frankfurt/M. 90, Telefon (069)
77 80 79, Konto-Nr. 16 15 61 29 00,
Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.,
Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der Nachrichten-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „INFORMATIONEN zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember).

Einzelpreis 4,- DM; Jahresabonnement 40,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Kurfürstenstraße 18,
6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Kurfürstenstraße 18,
6000 Frankfurt/M. 90.

Dr. Heinz Schäfer, Sternstraße 52, 6103 Griesheim.

Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews und Artikeln von nicht der Redaktion angehörenden Autoren ist die Zustimmung des Gesprächspartners bzw. Autors notwendig.

Redaktionsschluß: 2. August 1985

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.



Nachrichten-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main